Nr. 232.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 4. Oktober 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Fertigstellung der heutigen Nummer hat sich wegen des Eintreffens zahlreicher und umfangreicher Depeschen nach Mitternacht verzögert, was die Abonnenten entschuldigen wollen.

Eine Erörterung über die Parteitaktik.

Genossin Clara Zetkin ersucht uns um Veröffentlichung der folgenden Erörterung:

Der „Vorwärts" hat an die Wiedergabe einiger Stellen aus meinem Artikel in der „Gleichheit" kritische Bemerkungen geknüpft. Das ist nicht nur sein gutes Recht, sondern seine Pflicht, und ich wünsche nur von Herzen — und recht viele Genossen wünschen es mit mir — der „Vorwärts" möchte den gleichen pflichteifrigen Drang, auf „ketzerische" Ansichten zu reagiren, jederzeit und allen gegenüber mit der gleichen Fixigkeit und Entschiedenheit bethätigen, wie gegenüber meinen „phantasievollen" Ausführungen. Siehe die Haltung des Zentralorgans in betreff der Heine'schen Auffassung, in betreff Schippel's Ansicht über die Zollpolitik ꝛc. ꝛc.!

Es liegt nicht in meiner Absicht, gegenwärtig an dieser Stelle meine Ansicht zu begründen, daß ein Zusammenhang besteht zwischen den opportunistischen Strömungen in unseren Reihen und einer gewissen Lauheit des Wahlkampfes unsererseits, sowie der schwächeren Werbekraft unserer Agitation. Dadurch, daß der „Vorwärts" diese Ansicht „phantasievoll" nennt, ist sie ja ebenso wenig widerlegt, als sein eigener gegentheiliger Standpunkt damit als unhaltbar erwiesen wäre, daß ich ihn etwa als „kurzsichtig" oder den höflichen Gepflogenheiten des Blattes entsprechend als „wundersam optimistisch" bezeichnen würde.

Immerhin will ich betonen, daß ich mit meiner Auffassung innerhalb der Partei keineswegs vereinzelt dastehe. In Berlin selbst fehlt es nicht an Parteigenossen, deren Meinung nach ein Zusammenhang besteht zwischen den Berliner Wahlresultaten und der Stellung des „Vorwärts" in der Frage der Kolonialpolitik, der Zollpolitik, sowie seinem Ton geheimbderäthlicher Erlasse und professoraler Ergüsse. Der Vorwurf, in meinen Ansichten „phantasievoll" zu sein, drückt mich deshalb nicht, und es wundert mich auch nicht sattes eines Blattes, dessen politischer Theil — mit Ausnahme dessen, was Liebknecht schreibt — reichlich und täglich den Mangel an Phantasie — und manch' anderem noch empfinden läßt.

Dagegen fühle ich mich veranlaßt, eine Auffassung zurückzuweisen, die im Schlußsatze der Vorwärtspolemik mit jener diplomatischen Feinheit angedeutet ist, welche die Auslassungen unseres Zentralorgans in Fragen des Parteilebens so ganz besonders ziert.

Nach diesem Schlußsatz scheint es, als ob der Unterschied zwischen der „staatsmännelnden" Richtung und ihren Gegnern in der Partei einzig und allein in dem mehr oder minder häufigen Gebrauch des Wortes „revolutionär" bestehe.

Ich glaube gern, daß diese Auffassung der Sachlage aus den Tiefen eines harmlosen Gemüths quillt und nicht dem Wunsche entsprossen ist, die Diskussion über die strittigen Fragen zur Versumpfung zu bringen. Aber dieses harmlose Gemüth in allen Ehren, wie reimt sich diese Auffassung mit der Wirklichkeit? Wie stimmt sie zu den in Hamburg vertretenen Ansichten bezüglich unseres eventuellen Verhaltens bei Forderungen der Regierung auf Neubewaffnung des Militärs? Handelt es sich wirklich nur um den Gebrauch oder Nichtgebrauch eines Wortes bei den Auseinandersetzungen über die von Heine angepriesene Politik des Tauschhandels: Kanonen für Volksrechte? Als der „Vorwärts" unsere prinzipielle Haltung zur Frage der Kolonialpolitik preisgab, um sich zu dem Möchte-gern-Witze aufzuschwingen: die deutsche Sozialdemokratie sei nicht die Schützerin der Interessen der Mandschu-Dynastie — opponirte da vielleicht so gut wie die gesammte Parteipresse lediglich aus abergläubischer Vorliebe für Worte und Formeln oder aus der Ueberzeugung heraus, daß unsere grundsätzliche Stellung über Bord geworfen worden war? „Preisfrage. U. A. w. g."

Eine politische Partei kann sich sicherlich in ihrer lebendigen Entwickelung nicht durch Worte und Formeln behindern lassen. Aber nicht um die Vorliebe für bestimmte Worte und die Abneigung gegen sie dreht sich der Gegensatz der Meinungen innerhalb der Partei. Vielmehr um ganz bestimmte gegensätzliche Auffassungen, grundsätzliche und taktische Fragen betreffend. Die Gegensätze sind gewiß keine zufälligen, sie sind in der Entwickelung unserer Bewegung innerhalb des gegebenen geschichtlichen Milieus begründet. Sie sind meines Erachtens auch nicht zu bejammern, denn ihre Erörterung wirkt befruchtend auf das innere Leben unserer Partei. Nicht in dem Vorhandensein der Gegensätze liegt das bedenkliche, sondern in der auf manchen Seiten vorhandenen Neigung, eine Auseinandersetzung über die Gegensätze zu vermeiden und mit guten und schlechten Witzen über dieselben hinweg zu voltigiren. Witze mögen gelegentlich über eine Schwierigkeit hinweghelfen, Schwierigkeiten zu lösen vermögen sie nicht.

Zum Schlusse noch eine Bemerkung. Wenn die Gegner des Opportunismus in unseren Reihen das Wort „revolutionär" öfter gebrauchen, als manchen zartbeohrten Leuten angenehm ist, so ist das nur die Reaktion gegen die Ultra der „weisen Mäßigung", die der Klang und Anblick des schrecklichen Worts in jene hysterische Erregung versetzt, welche manche alte Jungfer zu befallen pflegt, in deren Gegenwart unvorsichtigerweise das Wort „Mann" ausgesprochen wird. Daß in dieser Beziehung dem Sozialdemokraten geziemen soll, was dem ungeschichtlich denkenden Spießbürger wohl ansteht, ist nicht blos komisch, es ist kennzeichnend. Die Abneigung gegen das Wort revolutionär ist eines jener Strohhälmchen, die da künden, woher der Wind kommt, und wohin er geht. Sie ist ein äußeres Anzeichen für die Strömung, welche die „revolutionäre Phrase" bekämpft, aber in der seichtesten opportunistischen Phrase schwelgt, jener Strömung, die — um Schoenlank's treffenden Ausspruch zu gebrauchen — „vor lauter „praktischer Politik" geneigt ist, unsere Prinzipien in das Austragsstübel zu schaffen."

Stuttgart, den 30. September 1898.

Clara Zetkin.

* * *

Wir waren sehr im Zweifel, ob es sich empfiehlt, gerade jetzt während des Parteitages auf eine Reihe von Fragen einzugehen, die von der Genossin Zetkin in ihrer Erwiderung auf unsere kurze Polemik angeregt sind. Ein Ablehnen hätte vielleicht den Eindruck hervorgerufen, als ob wir einer Diskussion über eine Kritik aus dem Wege gehen wollen, die die Haltung des „Vorwärts" in mehreren Fragen kritisirt und als warnende Stimme für diejenigen erscheinen soll, die angeblich vom revolutionären Klassenkampf und den revolutionären Prinzipien der Partei abgewichen sind.

Wir bekennen uns schuldig, daß wir nicht zu denjenigen gehört haben, die in jeder abweichenden Meinung eines einzelnen Parteigenossen von den bisher üblichen Auffassungen einen Parteiverrath erblickten, noch schätzten wir den Einfluß solcher Parteifreunde so hoch ein, daß wir glauben konnten, die ganze Partei werde sich auf grund solcher Aeußerungen gleich Hals über Kopf in das opportunistische oder sozialreformatorische Lager stürzen. So oder ähnlich lauteten aber die Kassandrarufe einiger Parteifreunde gegenüber den Parteiketzern Heine, Schippel und Auer.

Die Versumpfung der Partei, ihr opportunistischer Charakter, das sind Vorwürfe, die in unserer Parteigeschichte regelmäßig wiederkehren; die Entdeckung solcher „Verwirrungen" war immer nur Sache einiger Auserlesenen, die auf den Zinnen der Partei treue Wächterdienste hielten. Sie nur glaubten, rein und unverfälscht das Banner des Prinzips muthig voranzutragen. Auch gegenwärtig hat man die Dinge stark übertrieben; Aeußerungen einzelner ist weit über Gebühr großes Gewicht beigelegt worden, ihre Anschauungen sind nicht die der Partei.

Geschickt hat man dem, was auf dem letzten Parteitag von Schippel und in Berlin von Heine und schließlich auch im „Vorwärts" gesagt und geschrieben wurde, manches unterlegt, um den Grund zu finden für eine heftige, das sachliche Gebiet überschreitende Polemik, die jeden Anreiz verlieren würde, wenn man bei den Thatsachen bliebe. Was die ruhige Erwägung verwerfen muß, baut die Phantasie geschickt wieder auf.

Aber wir haben bisher nur beobachten können, daß die schweren Sünden der Partei, die von Dresden fortgesetzt uns und anderen ins Gewissen gerufen wurden, nur wenige zur Beichte veranlassen konnten. Warum? Genossin Zetkin kann sicher sein, nicht weil es so viele hartgesottene Sünder giebt, sondern weil sie sich frei von jeder Schuld wissen.

Nun behauptet die Genossin Zetkin, daß es sogar in Berlin Parteigenossen giebt, die daran glauben, daß der „Vorwärts" und seine Haltung zur Kolonialpolitik, Zollpolitik und anderen Dingen schuld sei, daß der Wahlkampf lau geführt wurde und daß das Wahlergebniß nicht so war, wie man es wünschen mußte. Wir geben unumsirritten zu, daß solche Ansichten in Berlin ausgesprochen wurden, nur können wir, doch noch etwas besser orientirt als unsere Stuttgarter Genossin, hinzufügen, daß es auch sehr viele Parteigenossen in Berlin giebt, die glauben, daß die Stellung mancher Parteigenossen zur Frage der Betheiligung an der Landtagswahl, die Empfehlung derselben, die bürgerlichen Parteien zu unterstützen, uns bei der Wahl arg kompromittirt und schließlich geschädigt haben. Und wenn die Voraussetzung der Genossin Zetkin richtig wäre, dann hat die zuletzt gegebene Folgerung weit mehr Berechtigung für sich. Aber wo treffen wir da die Genossin Zetkin. Wenn sie den Geheimraths- und professoralen Stil, der dem „Vorwärts" zum großen Theil doch auch von ehemaligen Handwerksgesellen gegeben wurde, so echt proletarisch haßt, dann bitten wir die Betheiligung an den Landtagswahlen, den schändlichen Fleck aus unserem prinzipiellen Gewande zu entfernen. Diese Frage trägt ein gut Theil der Schuld daran, daß wir nicht in der alten Reinheit dastehen. Wenn es schon sein muß, dann möchten wir doch ganz sauber und rein erscheinen. Man sieht, unter solchen Umständen kann das harmloseste Gemüth zu radikalen Schlußfolgerungen greifen, über die im revolutionären Eifer mit Prinzipienfestigkeit von der Genossin Zetkin hinübergehupft wird.

Was die höflichen Erwähnungen unserer Vorzüge anbetrifft, so nehmen wir sie dankend entgegen, nur müssen wir uns gegen die Herabsetzung wenden, die unserem Kollegen Liebknecht zugedacht ist. Wir wissen nicht, wie weit die Genossin Zetkin orientirt ist, was unser Kollege Liebknecht schreibt. Unsere Auffassung unterscheidet sich von der ihrigen. Liebknecht weiß wohl mit Feuer und Begeisterung zu schreiben, aber Phantasie hat ihm stets in seiner journalistischen Thätigkeit fern gelegen. Phantasie fehlt dem „Vorwärts"; aber schließlich ist der „Vorwärts" auch kein Blatt, das phantasievolle Märchen zu bringen, den Ehrgeiz und die Aufgabe hat. Wir wissen die Partei der Kinderstube entwachsen.

Die Stellung der Partei zum Militarismus wird getadelt. Uns ist ganz unbekannt, daß die Auffassung Schippel's, die er gelegentlich zur Forderung der Artillerievorlage bekundete, in der Partei irgendwie Anklang gefunden hätte. Man wendet sich doch aber nicht gegen Auffassungen, die in der Partei keinen Boden haben. Wozu dagegen polemisiren? Wir gehören nicht zu denen, die aus Freude an der Polemik das Vaterland in der Gefahr erklären, die Partei als zerrissen, als verfaulend darzustellen belieben. Unsere ablehnende Stellung zu den Militärforderungen steht fest. Hätte der „Vorwärts" wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" endlose Artikel über diese Frage geschrieben, dann wären wir heute genau so weit, ohne daß wir einen von den Frevlern Schippel und Auer als Bekehrte dem Parteitag präsentiren könnten.

Dasselbe trifft in noch erhöhtem Maße für die Heine'sche Kompensationspolitik zu. Wir sind erstaunt, daß man nicht, und zwar mit weit mehr Berechtigung, das Flugblatt der Liegnitzer Genossen, die den Bauern die Getreidezölle versprachen, als ein sehr bedenkliches Zeichen des Opportunismus in der Partei brandmarkt. Ueber diese Dinge hat sich niemand in der Partei erregt, weil sich vernünftigerweise jeder sagte, den sehr braven Parteigenossen in Liegnitz ist ein böser Lapsus passirt, für den die Partei keine Verantwortung trägt. Wenn man hätte wollen, hätte man auch hierüber ein Vierteljahr die Kassandra tragiren können. Der Fehler der Genossen bestand darin, daß sie sich auf das Prophezeien verlegten; daß sie Fragen aufwarfen, wie in noch nicht dagewesenen und in vorerst nicht zu erwartenden Situationen unsere Taktik einzurichten sei. Solche Diskussionen sind ebenso unfruchtbar wie die Zukunftstaats-Debatten. Die neuen Propheten haben nun das Pech, mit den alten Propheten in der Partei in Streit zu gerathen. Wir stehen bei diesem Streit ganz kühl daneben und arbeiten trotz der arg bösen Zensuren der Genossin Zetkin mit Eifer an den gegenwärtigen Aufgaben der Partei mit. Dabei haben wir in Hülle und Fülle zu thun, an Stoff mangelt es uns nicht. Wir lassen uns den Stoff hierfür von den Gegnern und nicht von den Spintisirern in den eigenen Reihen liefern.

Daß wir durch unsere Stellung zur Kolonialpolitik das Lob der Parteigenossen nicht erworben haben, gestehen wir zu. Aber die Differenz mit uns drehte sich nicht, wie Klara Zetkin behaupten möchte, um prinzipielle Auffassungen und schlechte Witze, sondern es war ein Streit um Worte, richtiger um die Frage, ob immer der Superlativ anzuwenden sei. In der Schärfe des Ausdruckes bei der Verurtheilung der Kolonialpolitik standen wir den übrigen Parteiblättern nach, in der Schätzung des agitatorisch-politischen Werthes für unsere Partei mögen wir anderer Meinung gewesen sein, aber sachlich bestanden keine Differenzen zwischen uns und der übrigen Parteipresse.

Die Genossin Zetkin hat unbedingt die Auffassung, daß in der Partei eine starke Strömung sei, die die Partei von ihrer alten Taktik und Prinzipientreue abbringen könnte. Das ist nicht der Fall und wir können da ebenso, wie die Redakteurin der „Gleichheit" mit einem trefflichen Ausspruch des Genossen Schoenlank dienen, den er auf dem Breslauer Parteitag bei der Vertheidigung des von der Agrarkommission ausgearbeiteten Programms that, indem er sagte:

„Die revolutionäre Phrase mit dem dramatischen rrr . . . bedeutet dem gegenüber gar nichts."

Und an anderer Stelle sagt derselbe Redner:

„Die Revision unserer Vorstellungen geht unaufhaltsam weiter und der verbissene Fanatismus der Parteidogmatiker in der Partei fängt bereits an zu bröckeln. Sie werden noch sehen, daß wir jetzt mit der Agrarfrage auf das ernsthafteste zu rechnen haben werden, mit neuen Begriffen, mit neuen Zielen. Das Agrarwesen läßt sich nicht nach der alten Schablone behandeln, die bisher so oft an die Stelle der Forschungen und der Erkenntniß getreten ist."

Wenn wir uns nun ferner vergegenwärtigen, daß Schoenlank der Ansicht ist, unsere theoretische Auffassung im Programm, wonach eine fortgesetzte Verelendung der Masse eintritt, sei unrichtig, Parvus aber dagegen aufs heftigste polemisiren muß, und wenn wir dann beachten, daß Bebel und Parvus für die Landtagswahl, Schoenlank dagegen auftritt, Auer das Agrarprogramm gegen Schoenlank und Bebel bekämpft, dann werden wir irre daran, ob es der Genossin Zetkin möglich ist, uns einen Parteigenossen vorzustellen, der ihrer innersten Ueberzeugung nach ganz prinzipiell geblieben ist. Wir kennen keinen, ja wir müssen bedauern, daß selbst Klara Zetkin nicht dazu gehört.

Man macht nicht über Dinge Spektakel, die längst abgethan sind; durch ihr häufiges Erwähnen redet man blos sich und anderen vor, sie treiben in der Partei ihr Wesen, während sie längst zur Ruhe gebettet wären, wenn man sie nicht in nervöser Gereiztheit immer wieder an das Tageslicht zerrte.

Wenn man bei jeder Rauchentwickelung erschreckt gleich auf ein gefährliches Feuer schließt, dann würde man sehr oft zum Narren gehalten werden. So manches, was als Gefahr von laut redenden und trotzdem überaus furchtsamen Parteigenossen gekennzeichnet wird, ist blos ein Zeichen des noch immer jungen Lebens in der Partei, ein Beweis dafür, daß wir noch lange nicht verknöchert sind und gegenseitig einen Puff vertragen. Und läßt die Partei auch künftig etwas von dieser Gesundheit merken, so dürfte das nichts schaden.

Die Pariser Bevölkerung und die Affaire Dreyfus.

Die letzten Tage ist die Aufregung in Paris gewaltig gestiegen. Am Sonnabend sprach der Genosse Jaurès vor etwa 6000 Personen über den Sozialismus und die Dreyfus-Angelegenheit. Er protestirte zunächst dagegen, daß man niemanden zu Picquart lasse. Die Sozialisten träten für Dreyfus ein, da sie überhaupt für die Unterdrückten eintreten. Die Unfähigkeit des Generalstabes sei erwiesen. Das geheime kriegsgerichtliche Verfahren widerspreche der Freiheit. Die Versammlung nahm einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher ausgeführt wird, das Proletariat müsse sich bestreben, die militärischen Institutionen Frankreichs mit den Grundsätzen der republikanischen Demokratie in Einklang zu bringen und müsse volle Klarheit über die Verbrechen des gegenwärtigen Militarismus verlangen. Nach Schluß der Versammlung wurden vier Personen wegen aufhetzender Rufe verhaftet.

Am Sonntag sollte in dem „Wagram-Saale" eine von bürgerlicher Seite einberufene Versammlung abgehalten werden, die ebenfalls zu gunsten der Revision Stellung nehmen sollte. Der Wirth verweigerte, wie wir bereits kurz mittheilten, die Hergabe des Saales, weil er Ruhestörungen befürchtete. Gerade infolge dieser Maßnahmen, hinter denen, wohl nicht mit Unrecht, die Déroulède-Leute und die Polizei vermuthet wird, kam es am Nachmittag gelegentlich der Demonstrationen zu Reibungen zwischen den beiden Richtungen. Gegen 4 Uhr nachmittags versuchte eine Anzahl Manifestanten, die von den Zugängen zu dem Wagram-Saale, welcher vollständig geräumt wurde, vertrieben worden waren, nach dem Opernplatze vor dem „Cercle militaire" zu gelangen, wurden aber von der Polizei zerstreut.

Vor dem „Wagram Saale" hatte sich eine ziemlich zahlreiche Menge angesammelt, aus deren Mitte vereinzelt Rufe: „Es lebe Zola! Es lebe die Revision" ertönten. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich auch der Direktor des Blattes „L'Aurore", Vaughan, sowie der Redakteur des „Temps", Morhardt, welche festgenommen wurden, als sie den Saal betreten wollten. — Zwischen den Polizeibeamten und einer Anzahl Personen, welche die Absperrung der Polizei zu durchbrechen versuchten, kam es zu einem Handgemenge. Mehrere Personen wurden auch hierbei verhaftet, darunter auch der Deputirte Paulin Mery. Wiederholte Rufe: „Revision! Nieder mit den Juden!" wurden laut. In diesem Augenblicke erschien Déroulède an der Spitze zahlreicher Freunde, welche, da sie das Gitter vor dem Wagram-Saale geschlossen sahen, unter Hochrufen auf die Armee nach der „Place des ternes" zogen.

Ueber die Vorgänge meldet uns ein Privattelegramm: „Die Polizei nahm gegenüber der Menge eine herausfordernde Haltung ein; im offenen Bunde mit den Déroulède-Leuten mißhandelte sie ohne sichtlichen Grund die Manifestanten. Die Regierung macht sich entweder absichtlich zum Mitschuldigen oder aber sie beweist eine große Schwäche gegenüber denjenigen, die unter

allen Umständen [illegible] Revision des Prozesses vereiteln wollen. Immerhin ist die Au[illegible]ung eine bedeutende."

Im ganzen wurden 35 Verhaftungen vorgenommen, wovon sechs aufrecht erhalten wurden.

Die „Petite République" veröffentlicht in ihrer Nummer vom Montag anonyme Briefe, welche die Mittheilung von einer plötzlichen Erkrankung des Obersten Picquart erhalten. Trotzdem dürfe ihn niemand besuchen. Von anderer Seite wird diese Erkrankung in Abrede gestellt.

Weiter liegen uns noch folgende Nachrichten zur Dreyfus-Affäre vor: Die „Libre Parole" meint, der Generalprokurator Manau werde in seinem Gutachten erklären, eine Revision des Dreyfusprozesses sei unmöglich, anders stehe es jedoch mit der Annullirung desselben. — Vaughan, Pressensé und Morhardt, die Veranstalter der Versammlung im Wagram-Saale, veröffentlichen in der „Aurore" einen Protest gegen das Verbot der Versammlung und gegen das Vorgehen der Polizei bei Räumung des Saales, welches eine Verletzung der Grundsätze der Revolution sei.

Aus Rom wird vom 3. Oktober gemeldet: Wie die „Capitale" mittheilt, stieg du Paty de Clam am Donnerstag in einem Hotel in Rom unter dem Namen eines Grafen Marcois de Beel ab und hatte mit mehreren Freunden und einem französischen Journalisten Unterredungen. Am Sonnabend reiste du Paty de Clam ab, angeblich nach Neapel, in Wirklichkeit benutzte er den nach Oberitalien fahrenden Zug.

Ferner aus Paris: Der „Matin" veröffentlicht heute die folgenden weiteren Enthüllungen, welche Esterhazy dem Pariser Vertreter des „Observer", Strong, gemacht haben soll: 1. Das Bordereau stammt von Esterhazy, aber die Reproduktion in den Blättern ist nicht nach dem Original, sondern nach einer schlechten Kopie hergestellt; 2. das „Petit bleu"- und das Speranza-Telegramm wurden von Esterhazy auf Befehl Paty de Clams geschrieben, um Picquart zu verderben. Paty handelte dabei im Namen des ganzen Generalstabes; 3. Bertulus, welcher die gerichtlichen Verfolgungen gegen Esterhazy und Paty de Clam beantragt, hatte, wurde von der Anklagekammer für inkompetent erklärt, nachdem der Generalstab, sowie der Kriegsminister Cavaignac einen Druck auf die Anklagekammer ausgeübt hatten, um Paty, den Vetter Cavaignac's, und Esterhazy zu retten; 4. als Oberst Pellieux die Untersuchung im Esterhazy-Prozeß leitete, erhielt Esterhazy täglich geheime schriftliche Mittheilungen über die Aussagen der Zeugen und Rathschläge über die von ihm zu gebenden Antworten; 5. der Bericht Esterhazy's an die letzte Untersuchungskommission begann mit den Worten: „Ich bin der Mann des Generalstabs, rührt mich nicht an!"; 6. die Enthüllungen Esterhazy's werden erst mit großer Bestimmtheit bei der Kammereröffnung erfolgen, um eine Ministerkrisis zu veranlassen. Die große Bombe über die Vaterschaft Esterhazy's bezüglich des Bordereaus wird erst dann platzen, wenn Dreyfus zurückgekehrt und zum zweiten Mal verurtheilt sein wird.

Parteitag
der deutschen Sozialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Wir haben zwar gebeten, daß alle überschüssigen Mittel der Zentralkasse überwiesen werden, weil nur von da aus eine gerechte und gleichmäßige Vertheilung der Gelder sich ermöglichen läßt. Das ist aber leider nicht von allen Orten geschehen. Es giebt ja große und mustergiltige Parteiorte wie Berlin und Hannover, die streng so verfahren, andere aber können das Mitregieren nicht lassen. So haben die Hamburger für Mecklenburg 5000 M. hergegeben, von denen wir nichts wußten. Leipzig hat noch drei preußische Kreise unterstützt, ohne daß wir eine Ahnung hatten. Die in der Nähe wohlhabender Parteiorte liegenden Kreise fahren dadurch besser, als die entfernteren. Wir bitten unsere Mahnung in Zukunft zu beherzigen. Das Stettiner Wahlkomitee sagt mit recht: Mit Geld allein können wir die Dinge nicht machen, so lange die nothwendigen Vorbedingungen für den Erfolg fehlen. Wir haben da recht bedenkliche Erscheinungen gehabt. Wahlkreise, deren Kosten über 6000 M. betrugen, haben aus eigener Kraft nur 100 M. aufgebracht; in solchen Kreisen ist es gar nicht möglich, die Bewegung hochzuhalten.

Zum Schluß ein Wort über die Sammlung für die in Essen nach unserer Ueberzeugung unschuldig verurtheilten Bergleute. Sie ist sehr ergiebig gewesen und es sind 57 949 M. eingekommen. Das ermöglicht eine sehr reichliche Unterstützung. Jede Frau erhält monatlich 50 M., außerdem für jedes Kind 10 M. Die Krankenhauskosten wurden beglichen, die Apothekenrechnungen bezahlt, Umzugskosten vergütet, an Weihnachtsgeschenken für jedes Kind 20 M. ausgegeben. Kurz, es wurde in keiner Weise gekargt. Bisher wurden 19 424 M. so verausgabt. Jetzt verlassen die Verurtheilten nach und nach das Zuchthaus und es ist die Frage, was mit dem Fonds geschehen soll. Soll er aufgespart werden für ähnliche Fälle? Wir haben mit den westfälischen Genossen, die den Fonds verwalten, in voller Einmüthigkeit beschlossen, daß außer den Unterstützungsgeldern jedem der Verurtheilten, der das Zuchthaus verläßt, eine Extra-Unterstützung von 5—600 M. gewährt werde, damit sie ihre Gesundheit wiederherstellen können. Es soll dann jeder, je nach den besonderen Verhältnissen, bis zu 3000 M. erhalten, um sich eine neue Existenz gründen zu können. Wird in dieser Weise verfahren, so dürften unter Berücksichtigung weiterer, kleinerer Ausgaben, die sich heute noch nicht voraussehen lassen, von den gesammelten Geldern zwischen 15- und 20 000 Mark übrig bleiben. Dieser Fonds soll die Zukunft der Verurtheilten sichern, denn es würde doch keinen besonders guten Eindruck machen, wenn man nach einigen Jahren hörte, daß sich dieser oder jener der Verurtheilten wieder in ungünstiger Lage befindet; aus diesem Grunde soll das Geld in dieser Form als Rückhalt dienen, insbesondere, da wir heute noch nicht sagen können, welche Folgen der Zuchthausaufenthalt für den einzelnen gehabt hat. Des weiteren soll das Geld noch als Fonds dienen für andere unschuldig und hart Verurtheilte, denn ganz besonders werden sich ja diese Verurtheilungen häufen, wenn erst die Zuchthausvorlage Gesetz geworden ist. (Sehr gut.) Es ist aber von einem der Betheiligten, die das Zuchthaus verlassen haben, gegen diese Art der Eintheilung Einspruch erhoben worden. Er hat eine Vertheilung gefordert, die so ziemlich der Auftheilung gleich komme. Es wäre uns angenehm, wenn die Genossen uns ihre Meinung auch darüber kundgeben, wie in dieser Angelegenheit am besten verfahren werden kann. (Beifall.)

Den Bericht der Kontrolleure erstattet

Meister: Der Bericht ist auch in diesem Jahre sehr kurz, gewiß ein erfreuliches Zeichen! Die Parteikasse wurde bei jeder Revision in musterhafter Ordnung gefunden. Wir haben auch das Zentralorgan regelmäßig revidirt und auch da eine musterhafte Ordnung gefunden. Auf Ersuchen der Buchhandlung haben wir, was ja eigentlich nicht zu unserer Kompetenz gehört, auch diese einer Revision unterworfen, und auch dort war alles in Ordnung. Die Redaktionsbibliothek des „Vorwärts", die sich nach unserer Ansicht nicht in den wünschenswerthen Verhältnissen befand, haben wir besser umgestaltet, so daß wohl jetzt das Wünschenswerthe erreicht ist. Auch haben wir, da seitens der Berliner Genossen über das Annoncenwesen hier und da Klage geführt wurde, die Expedition revidirt und auch da zu Ausstellungen keinen Anlaß gehabt.

Beschwerden sind eingegangen zunächst seitens der Genossen in Bochum über Lütgenau. Die Kontrolleure konnten den Beschwerdeführern nicht ganz recht geben, aber ein klein wenig mußte die Beschwerde als berechtigt anerkannt werden. Lütgenau befand sich damals gerade im Gefängniß, wir haben ihm später Mittheilung gemacht, daß er sich in gewisser Beziehung im Unrecht befand. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Bochumer eingesehen haben, daß alles, was möglich war, geschehen ist und daß wir nicht weiter eingreifen konnten. Auch die Solinger Angelegenheit, die ja auf allen Parteitagen eine Rolle gespielt hat, hat sofort nach Schluß des vorigen Parteitages zu unleidlichen Verhältnissen geführt. Der Parteivorstand war nach seiner Ansicht nicht in der Lage, den Beschluß des Parteitages genau dem Wortlaut nach zur Ausführung zu bringen. Ein Theil der Genossen, die auf Seiten Schumacher's standen, führten über den Vorstand Beschwerde bei den Kontrolleuren. Wir haben die Sache eingehend, namentlich nach der Seite hin geprüft, ob es dem Vorstand möglich und der Partei nützlich gewesen sein würde, angesichts der Situation dem Wortlaut des Beschlusses Rechnung zu tragen. Wir sind einstimmig zu der Ansicht gelangt und haben dies den Beschwerdeführern klar zu machen versucht, daß der Vorstand, wenn anders er die Partei nicht schädigen wollte, nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat, die Antwort war von sämmtlichen Kontrolleuren unterschrieben.

Aehnlich wie in Solingen, scheinen sich, wenn es so weiter geht, die Verhältnisse in Braunschweig zu gestalten. Eine gewisse Richtung in Braunschweig hat es für nothwendig erachtet, aus der bestehenden Organisation auszutreten. Die Ursachen sind persönlicher Natur, soweit wir unterrichtet sind. Die betreffenden haben sich an die Kontrolleure gewandt, damit Remedur geschaffen wird. Wir waren aber nicht in der Lage, den Wünschen der Beschwerdeführer Rechnung zu tragen. Der Beschluß der Kontrolleure ist ja veröffentlicht worden. Die Beschwerde ging namentlich dahin, daß die Absetzung der Vertrauensmänner nicht in einer Parteiversammlung geschehen ist, sondern in einer öffentlichen Volksversammlung, wo jede Kontrolle über die Parteizugehörigkeit ausgeschlossen war. Es soll eine künstlich zusammengetrommelte Versammlung gewesen sein. Wir haben uns aber überzeugt, daß auch die früheren Vertrauensleute in eben solchen Versammlungen gewählt waren und daß es in Braunschweig Sitte ist, die Wahlen in derartigen Versammlungen vorzunehmen. Das war ein Hauptgrund, weshalb wir die Beschwerde zurückgewiesen haben. Der Parteitag wird sich leider noch selbst mit dieser Frage zu beschäftigen haben und ich kann Ihnen nur empfehlen, daß Sie, wenn Sie nun einmal diese Frage prüfen, sie so eingehend prüfen, daß wir uns in Zukunft nicht mehr damit zu beschäftigen haben.

Es ist ferner eine Beschwerde gegen den Vorstand eingegangen aus Eschwege; die Genossen wollten Geld haben zur Wahl, aber nach Ansicht des Vorstandes und auch der Kontrolleure hatten sie reichlich bekommen. Der Vorstand glaubte seine Schuldigkeit gethan zu haben, und gab den Eschwegern die Lehre, künftig etwas haushälterischer mit den Geldern umzugehen. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. Dann hat der Genosse Moos, der vor Jahren durch ein Leipziger Schiedsgericht der Aemter in der Partei verlustig erklärt war, gebeten, die Kontrolleure möchten seine Rehabilitirung veranlassen. Wir haben dem Vorstand die Bitte unterbreitet, bei den Leipziger Genossen die nöthigen Schritte zu veranlassen, damit dem Wunsche des betreffenden Rechnung getragen wird. Das ist inzwischen geschehen und ich bin beauftragt, im Namen der Kontrolleure die Leipziger zu bitten, den Wunsch zu erfüllen. Thatsächlich ist der Genosse ja längst rehabilitirt, er hat bei den letzten Wahlen gewirkt und vollauf seine Schuldigkeit gethan. Er ist gegenwärtig in Berlin und thut auch da seine Schuldigkeit.

In letzter Stunde sind noch zwei Beschwerden an uns gelangt, eine von Hülle, der sich durch Auer beleidigt fühlt. Auer hat, als es sich darum handelte, die Stelle am „Braunschweiger Volksfreund" zu besetzen, als Parteisekretär ein Telegramm nach Braunschweig geschickt mit den Worten: „Vorsicht, Weiber und Geld". (Heiterkeit.) Die Kontrolleure haben heute Morgen Sitzung gehabt und einstimmig den Beschluß gefaßt, daß es nach Prüfung der Sachlage nothwendig war, daß der Parteivorstand eingriff. (Sehr richtig.) Der Lebenswandel, den Hülle in Erfurt geführt hat, war ein derartiger, daß der Beschluß gerechtfertigt war, wonach er überhaupt auf fernere Zeit kein öffentliches Parteiamt bekleiden kann. Nun hat mich Hülle auch zugleich beauftragt, falls die Kontrolleure seinem Wunsche nicht Rechnung tragen, seine Beschwerde dem Bureau des Parteitages zu überweisen.

Eine zweite Beschwerde in letzter Stunde, die vom Genossen Scholz in Dresden stammt, richtet sich in erster Linie gegen die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" und in zweiter Linie gegen den Parteivorstand. Die „Leipziger Volkszeitung" hat sich geweigert, die Begründung eines Antrages zum Parteitag abzudrucken, und dasselbe that die Redaktion des „Vorwärts". Wir haben es für eine Ueberschreitung unserer Kompetenz gehalten, wenn wir uns in die Einzelheiten der Redaktionen einlassen würden und haben es abgelehnt, uns damit zu befassen.

Ich beantrage Namens der Kontrolleure Decharge für die Geschäftsführung des Parteivorstandes. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Singer wird über die einzelnen Theile des Berichtes debattirt. Ueber die dazu gestellten Anträge soll erst später die Diskussion eröffnet werden.

Zu Punkt „Allgemeines und Agitation" meldet sich niemand zum Worte.

Bei Punkt „Reichstagswahlen" bringt Krüger-Halle eine Beschwerde aus dem Wittenberger Kreise zur Sprache. Bei der Stichwahl zwischen einem Konservativen und dem Mitglied der freisinnigen Vereinigung habe der Kandidat des Kreises Genosse Rohrlack Wahlenthaltung vorgeschlagen. Auer hingegen habe die Parole ausgegeben, gegen den Konservativen zu stimmen. Das sei ein Verstoß gegen den Beschluß des Hamburger Parteitages. Der Parteitag brauche ja nicht, wie es in einer Zuschrift des Genossen Rohrlack gewünscht wird, Auer seine Mißbilligung auszusprechen, aber er müsse in der einen oder anderen Weise dazu Stellung nehmen.

Scheidemann-Gießen wendet sich gegen einen vor kurzem in den „Sozialistischen Monatsheften" erschienenen Artikel über die letzten Reichstagswahlen. „Das krampfhafte Bestreben," so heißt es in diesem Artikel unter anderem, „sich den Wünschen und Anforderungen der Wähler anzupassen, die Rücksichtnahme auf alle möglichen Wählergruppen, auf den Bauern, den kleinen Geschäftsmann, den Handwerker, ist der Grund, daß wir bei den Wahlen verhältnißmäßig schlecht abgeschnitten haben, wir hätten mehr die sozialdemokratischen Endziele betonen müssen." Ich möchte dem Schreiber dieser Zeilen, Genossen Schröder, doch den Rath geben, uns die Propagirung unserer Endziele nicht dadurch zu erschweren, daß Aeußerungen gethan werden, die zum mindesten sehr mißverständlich sind und die wir in den Versammlungen immer erst zurückweisen und richtigstellen müssen (Sehr wahr). Ich meine, wir sind nicht eine industrielle Proletariatspartei allein, sondern wir sind mehr, wir sind eine Vertretung der gesammten nothleidenden Menschheit, die unter den schlimmen Folgen des Kapitalismus leidet. (Beifall.) Wer auf dem Lande zu thun hat, wer mit den kleinen Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten zu thun hat, der wird zugeben, daß wir in zahlreichen Versammlungen gar nicht dazu kommen, unsere letzten Endziele klarzulegen, weil wir stundenlang zu thun haben und uns mit unsern Gegnern herumbalgen müssen, um derartige Aeußerungen zurückzuweisen. (Sehr wahr.) Erleichtern Sie uns also die Agitation auf dem Land dadurch, daß Sie mit ihren Aeußerungen recht vorsichtig sind, vor allem richte ich diese Bitte an die, die nur mit dem industriellen Proletariat zu thun haben.

Heymann-Göttingen ist der Ansicht, daß wir bei unserer Agitation nicht nur das industrielle Proletariat zu berücksichtigen, sondern daß wir uns auch mit den Fragen des agrarischen Produktionsprozesses zu beschäftigen haben; er könne auf grund der Erfahrungen in seinem Reichstags-Wahlkreise nur den Wunsch nach einem agrarischen Aktionsprogramm äußern. Bei den Nachwahlen dürfe die Propaganda auch dann nicht vernachlässigt werden, wenn keine Aussicht vorhanden sei, den Kandidaten durchzubringen. Ebenso wie wir bei den Landtagswahlen gegen das ostelbische Junkerthum ankämpfen, müssen wir auch bei den Reichstags-Nachwahlen diesen Kampf energischer aufnehmen, dann wäre es uns vielleicht möglich gewesen, bei den Nachwahlen den Agrariern so manchen Sitz noch zu entreißen.

Bruhns-Breslau: Die Waldenburger Genossen hatten den Parteivorstand um Redner im Wahlkampf ersucht, der Parteivorstand vertröstete sie auf die Stichwahlen. Am letzten, dem wichtigsten Sonntage, veranstalteten sie eine Reihe von Versammlungen; es wurden ihnen als Redner Kühn, Tupaner und Baake zugesagt. Es kam aber niemand und dem ist vielleicht zum theil der Mißerfolg bei der Stichwahl zuzuschreiben.

Stadthagen: Gewiß hat Auer recht, daß keine Partei sich mit uns in der Zunahme der Stimmenzahl vergleichen kann. Aber bei uns als Kampfpartei kommt es auf das Verhältniß zu der Zahl der Wahlberechtigten an. Wenn wir eine Kampfpartei sein wollen, die die Welt erobern will, so haben wir die Frage zu stellen: wie weit sind die sozialdemokratischen Gedanken propagirt? Und da wirken die nackten Zahlen weit angenehmer als die schönen Wünsche und Aeußerungen. Wir haben ständig zugenommen von 4 pCt. der Wahlberechtigten im Jahre 1874, außer in den beiden Ausnahmejahren 1878 und 1881, aber diesmal bei weitem nicht in dem Maße, wie man es hätte erwarten müssen, wenn der sozialdemokratische Gedanke in einigermaßen ähnlicher Weise fortgeschritten wäre wie früher. Im Jahre 1887 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Verhältniß zur Zahl der Wahlberechtigten 7,8 pCt., 1890 kam der große Aufschwung auf 13,91 pCt., dann 1893 auf 16,81 und jetzt ist nur eine Steigerung auf 18,40 erfolgt, d. h. nur um 1,59 pCt. in 5 Jahren, während sie in der vorletzten Legislaturperiode noch 2,8 und von 1887 auf 1890 sogar 6,9 pCt. betrug. Diesen unbestreitbaren Thatsachen gegenüber ist es nicht richtig, lediglich die Siegesfreude hervorzukehren, zu der wir berechtigt sind, wenn wir das Arbeiten der Gegner ansehen. Wir sollten fragen: liegt es nicht vielleicht doch an besonderen Verhältnissen, daß wir nicht in dem Maße zugenommen haben, wie wir es hätten erwarten können? Ich meine, solche Gründe sind vorhanden. Die Agitation während der Wahlthätigkeit ist doch nur der letzte Schluß, die Hauptsache ist doch die fortwährende Agitation und Organisation, und diese wird außerordentlich erschwert durch die zunehmende Wanderung aus dem Osten. Dann aber meine ich, daß diejenigen, die fortwährend darauf hinzielen, das Endziel zurückzustellen, wesentlich dazu beigetragen haben, die Thatkraft und Kampffreudigkeit zu lähmen. Dresden hat durch die manchmal ja in der Form fehlsame, Agitation der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" einen glänzenden Erfolg erzielt, weil sie festgehalten hat an dem Endziel.

Nicht nur in der Presse, auch in der mündlichen Agitation ist man vielfach hinter dem Ziele zurückgeblieben, Sozialdemokraten zu erziehen. Der, ich will ja zugeben, unbewußte Versuch des Abdrängens von der ständigen Betonung des Endzieles hat hauptsächlich den Mißerfolg verschuldet, und dann auch diejenigen, die darauf losdrängen, sich nicht mehr an die Indifferenten zu wenden. Wir sollten uns die ernste Mahnung zukommen lassen, daß wir, was Agitation und Organisation anlangt, insbesondere aber Agitation, zurückkehren zu der alten, der allein der Sozialdemokratie würdigen Methode, das Endziel in den Vordergrund zu stellen und die Indifferenten aufzurütteln und nicht einem scheinbaren Gelehrtenthum nachzugehen, von Leuten, die meinen, erziehen zu können, während ich der Ansicht bin, die meisten von ihnen sollten noch erst lernen.

Baer-Krefeld: Bei der letzten Wahl wurde den rheinischen Partei-Orten vorgeworfen, daß sie eine unrühmliche Ausnahme bilden. Man darf aber doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und an den endlichen Sieg des Sozialismus im Rheinlande, in der sogenannten schwarzen Ecke, verzweifeln. So schlimm steht es im Rheinland nicht; besonders in Krefeld haben sich die Verhältnisse zu unseren Gunsten wesentlich geändert. Noch 1881 kamen auf jeden Sozialdemokraten 26 Zentrumswähler, 1889 nur noch zwei, und bei den Wahlen zum Gewerbegericht haben wir bereits Erfolge aufzuweisen. Angesichts dieser Thatsache ist der uns gemachte Vorwurf durchaus unberechtigt. Gewiß, der Kampf ist bei uns schwerer als wo anders, aber trotzdem gewinnen wir dem Zentrum Boden ab, auch auf dem Lande. Nur macht die Bewegung nicht so rapide Fortschritte wie anderwärts. Wir mahlen langsam, aber sicher, und ich bin überzeugt, daß wir auch im Rheinland in nicht allzu ferner Zeit den endlichen Sieg erringen.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Ulrich-Offenbach: Stadthagen hat den Vorwurf erhoben, daß manche Genossen ihre Gefühle und Ziele in den Silberschrank einschließen. Ich weiß nicht, ob Stadthagen einen solchen Silberschrank besitzt. Bei uns in Hessen ist so etwas nicht möglich, daß wir mit unseren Zukunftsidealen hinter dem Berge halten; dafür sorgen schon unsere Gegner, die uns immer ein so schönes Zukunftsbild als unser angebliches Vorhalten, daß wir darauf antworten müssen. Und dann machen wir kein Hehl daraus, daß wir als Sozialdemokraten Anhänger der Republik und des kollektivistischen Wirthschaftssystems sind, daß wir das gesammte Privateigenthum an Grund und Boden und an Arbeitsmitteln in das Eigenthum der Gesellschaft überführen wollen. Aber wenn brennende Fragen vorliegen, die das ganze Denken der Leute beschäftigen, dann tritt das Zukunftsbild naturgemäß im Augenblicke des Kampfes ganz von selbst zurück. Wir schweben doch nicht in den Wolken, sondern leben auf der Erde. Ich bin kein Neuling und kein Jüngling. Ich gehe bei jeder Wahl mit mehr Feuereifer ins Geschirr. Ich frage Euch alle, ob wir vor 20 Jahren mit solcher Klarheit von unseren Zukunftsidealen gesprochen haben wie jetzt. Ich habe in den schwärzesten Gegenden mit Erfolg agitirt, dort wo der Pfarrer es noch verstanden hat, die Weiber aufzuhetzen. Man hat behauptet, wir seien eine Partei der Industrie-Proletarier, dagegen muß ich auf das schärfste Verwahrung einlegen. Wir sind auch eine Partei der Landproletarier, wir sind die Partei des Proletariats überhaupt. Wir haben die Pflicht, alle Mühseligen und Beladenen zu uns herüberzuziehen. Neun Zehntel aller Bauern in Süddeutschland sind nur nominelle Bauern, sind keine wirklichen Eigenthümer, sie sind zum theil Lohnsklaven und viel schlimmer als die Lohnsklaven in den Fabriken. Für sie ist unser Zukunftsideal geradezu ein Evangelium. Für mich ist ein Agrarprogramm garnicht nothwendig, ich handle so, wie ich es im Interesse der Partei für nothwendig halte, auf dem Boden des jetzigen Programms. Man kann eine bestimmte Norm nicht geben, deshalb ist es auch kein Unglück, wenn wir ein Agrarprogramm nicht erhalten haben. Freilich mit gelehrten Abhandlungen darf man den Leuten nicht kommen. Der Bericht des Parteivorstandes spricht davon, daß wir keine Bauernpartei, sondern eine Arbeiterpartei seien. Eine sozialdemokratische Partei sind wir, als solche müssen wir uns erhalten, als solche wollen wir wirken.

Morawski-Berlin: Wir haben in Posen im allgemeinen in anbetracht der schwierigen Verhältnisse, der großen Verfolgungen, zufriedenstellende Ergebnisse bei den Reichstagswahlen erzielt, in Schlesien waren die Erfolge sogar glänzende. In Westpreußen blieben sie zum theil hinter den Erwartungen zurück, weil man sich dort nicht rechtzeitig von uns Agitationsmaterial beschafft hat. Wir sind getrennt marschirt, aber Schulter an Schulter haben wir geschlagen. Die Parteileitung hat uns nach Kräften unterstützt, wir haben da keine Beschwerde zu erheben; ich hoffe, daß Sie uns auch in Zukunft entgegenkommen.

Peus-Dessau: Stadthagen veranlaßt mich auch einige Worte zu sagen. Auch ich gehöre zu denen, die einen früher eroberten Wahlkreis nicht wieder erringen haben, trotzdem bin ich mit den Resultaten der Reichstagswahlen durchaus zufrieden, und ich glaube, wir haben Veranlassung, es allesammt zu sein. Wenn wir das Maß der politischen Aufklärung, das im Volke vorhanden ist, mit unseren Resultaten vergleichen, so konnten wir nicht mehr erwarten. Daß das stete Hervorkehren des Endzieles ein glänzendes Resultat verbürgt, steht mit den Thatsachen in Widerspruch. In beiden Anhalter Wahlkreisen und in meinem eigenen früheren, wo ich gearbeitet habe, haben wir durchaus glänzende Resultate erzielt. Ich meine gerade, daß wir, je mächtiger wir werden, je verantwortlicher unsere Stellung ist, wir auch die Verpflichtung haben, das Gegenwartsbedürfniß der Massen mehr zu befriedigen. So ist es auch in der Gewerkschafts-Bewegung. Früher galt es, die Grundprinzipien zu betonen, jetzt sind die Prinzipien fest, sowohl in der Gewerkschafts- wie in der Parteibewegung. Der ganze Begriff Endziel ist mir zuwider, denn es giebt gar keine Endziele. Denn über die Endziele hinaus wird es selbstverständlich auch eine Welt von neuen Zielen geben. Heute kommt es darauf an, auf praktischem Boden zu arbeiten, die Massen zu veranlassen, mit uns zu gehen. Deshalb würden wir gerade den entgegengesetzten

Erfolg erzielen, wenn wir den Rath Stadthagen's befolgen wollten. Worauf es ankommt ist, daß wir den einzelnen Leuten viel klarer werden als bisher; das ist namentlich auch Sache der Presse. Wir sehen das ja in Berlin; der „Vorwärts" ist nicht für die große Masse der Bevölkerung und für ihre Aufklärungsbedürfnisse geeignet. Er ist für ihr Verständniß zu hoch. Es wäre manchmal gut, wenn ein Provinzblättchen nach Berlin gebracht würde. Für uns ist die Situation augenblicklich noch dadurch ungünstig, daß die Mittelstandsbewegung noch Werbekraft hat. Hat sie erst mehr Fiasko gemacht, werden die Leute auch aus diesen Schichten mehr zu uns kommen. Das Hauptgewicht lege ich darauf, daß alles und jedes darauf gesetzt werden muß, daß wir noch positiver, noch praktischer in der Gegenwart arbeiten. Das Endziel kommt, denke ich, von selber. Wir können es gar nicht aus den Augen verlieren. Aber eine so mächtige Partei, wie wir es sind, hat die Verantwortung und muß zeigen, daß sie für die Massen, die hinter uns sind, auch etwas zu leisten im stande ist, um unsere Prinzipien braucht uns nicht bange zu sein.

Heine-Berlin: Parteigenossen! Ich habe mir das Wort erbeten, um gegen die Behauptung aufzutreten, die völlig unbewiesen ist, die aber, fortwährend wiederholt, anfängt zu einem eingewurzelten Aberglauben zu werden. Es heißt, die Leute, die die letzten Ziele verschleierten, waren an gewissen Mißerfolgen schuld. Ich frage: Wer sind die Genossen, die das thun? Man nenne sie, dann wollen wir weiter reden. Aber man verschone uns mit allgemeinen Behauptungen, die nicht viel besser sind als Verdächtigungen. Im allgemeinen sind es lediglich Temperamentsunterschiede, die den einen Genossen veranlassen, mehr als der andere von der zukünftigen Gesellschaft zu reden. (Sehr richtig.) Deshalb verarge ich es niemand, den sein Temperament treibt, dies in den Vordergrund zu rücken. Aber wir möchten doch untersuchen, welche Grenzen das nach beiden Seiten hat. Ich meine, wir können und dürfen den Massen keine Zukunftsbilder der sozialistischen Gesellschaft vormalen. Wir dürfen es nicht aus wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit. Wenn die Gegner von uns verlangen, wir sollten ihnen solche Beschreibungen geben, so weisen wir das als eine unverschämte Zumuthung zurück, wir dürfen dann aber auch unsern Anhängern nichts davon vorerzählen. Darum hat Engels sein Buch über die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft geschrieben, um utopischen Spielereien ein für alle Mal ein Ende zu machen. Man suche uns nicht in einen endgiltig verlassenen Weg zurückzudrängen. Freilich Wahlerfolge könnten wir erzielen, wenn wir in rückständigen Gegenden recht vieles versprächen, ohne uns Sorgen darüber zu machen, wie wir diese Versprechungen halten wollten. Aber auf wie lange würden diese Erfolge vorhalten? Eine oder auch zwei Wahlen, dann würden auf diese Art gewonnene Wähler wieder abfallen. Die Menschen sind ungläubige Thomasse und wollen die Hand auf das legen, was sie glauben sollen. Aber in einem anderen Sinne als dem der Utopisterei können und müssen wir vom zukünftigen Ziele reden. Wir dürfen nicht das Bewußtsein verlieren, daß alles, was wir thun, dienen soll, eine höhere Gesellschaft zu schaffen, eine aus der ökonomisch-technischen Entwickelung naturgemäß erwachsende Gesellschaft, und eine sozialistische Gesellschaft im Gegensatz zu einer rein individualistischen. Aber ich frage: Wo ist der Agitator, der beschuldigt werden kann, diese Ziele verhüllt zu haben? Ich kenne keinen. Kein Redner wird auf dies beste Mittel, seiner Rede Schwung und Feuer zu verleihen, verzichten. Und wie Genosse Ulrich gesagt hat, schon die Gegner sorgen dafür; nicht blos auf dem Lande, sondern sogar in Berlin mußten wir fortwährend Zukunftsstaats-Flugblätter der Gegner besprechen. Und wir hätten von unsern wahren Zielen reden müssen, auch wenn wir es nicht gewollt hätten. Aber auch dieser erlaubte und nothwendige Hinweis auf die Ziele kann nicht der ausschließliche oder nur vorwiegende Inhalt unserer Reden sein. Ja, er muß mit viel Maß verwendet werden. Ich bin der letzte, der den sittlichen Werth, die Förderung der Willenskraft bestritte, die aus dem Glauben an eine solche bessere höhere Zukunft erwächst, aber leider ist der Appell an diesen Glauben ein Kampfmittel, dessen Wirkung gerade im umgekehrten Verhältniß zur Häufigkeit seiner Anwendung steht. Parteigenossen, nichts nützt sich im Gebrauch so schnell ab, als die Worte des Glaubens, häufig angewendet oder gehört, werden sie als Phrasen empfunden, und der begeisternde Prophet macht den abstoßenden Eindruck eines Pfaffen, wenn er sonst nichts zu bieten weiß. (Vollmar: er wird langweilig!) Ja, und langweilig wird es den Massen, auch immer dasselbe zu hören. Was aber ewig neu die Massen aufrüttelt, ewig neue Aufgaben stellt, nie langweilig wirkt, das ist der Kampf um die gegenwärtigen konkreten Forderungen des Tages, um die Verbesserungen, die wir anstreben, weil sie den Weg in die große schöne Zukunft bedeuten. Das ist natürlich nichts Neues, im Gegentheil, das hat die Sozialdemokratie längst begriffen. Es findet seinen Ausdruck in der Ausführlichkeit des zweiten Theils des Erfurter Programms und in der ganzen praktischen Haltung der Partei seit vielen Jahren. Diese Taktik hat sich bewährt, und ich muß sagen, die Genossen, die sich über eine angeblich neue Taktik beschweren, die sind in Wahrheit diejenigen, die eine neue mit der altbewährten Praxis der Partei in Widerspruch stehende neue Taktik fordern. (Bravo.) Freilich berufen sie sich auf eine angeblich zu geringe Rate des Stimmenzuwachses, und die Genossin Zetkin findet es beachtenswerth, daß unsere relativ größten Fortschritte gerade in den Kreisen lägen, wo wir neu auftreten. Sie meint, das läge daran, daß wir dort genöthigt gewesen wären, mehr über unsere Ziele zu reden. Ich wundere mich, daß eine so scharfsinnige Frau sich so irren konnte. Wie schon bemerkt, waren wir auch in Berlin genöthigt, genug über unsere Ziele zu reden. Aber wir sehen ja auch ganz klar, wo der wirkliche Grund liegt. Ich denke doch, wir sind alle Anhänger der Marx'schen materialistischen Geschichtsauffassung. Wir können nicht beliebig unsere Ueberzeugung jedem Kopfe übertragen, sondern durch materielle von unserem Willen unabhängige Verhältnisse ist die Zahl der Leute bestimmt, die unseren Ideen zugänglich sind. Darum ist es ganz natürlich, daß wir in Kreisen, in denen noch unberührte Massen sind, mehr Erfolge erzielen können, als in denen, wo wir das uns zugängliche Material schon früher aufgepumpt hatten. (Sehr richtig!) Stadthagen kennt doch die Verhältnisse in Berlin; er weiß, daß Singer's Wahlkreis eine Menge proletarischer Wähler an ihn selber abgegeben hat und dies auf die Rate der proletarischen Wähler im vierten Wahlkreis drücken mußte. Er weiß auch, wie der sogenannte Köllerloup fast zwei Jahre lang die Wahlvereine in Berlin lahmgelegt und ihr Wachsthum aufgehalten hatte. Er kennt auch die Wirkungen der Wandlungen in Berlin. Von dem, was ich selbst beurtheilen kann, vom dritten Wahlkreis in Berlin, gilt, daß wir ihn gehalten haben, weil wir Pessimisten waren, weil wir uns nicht einredeten, die proletarische Entwickelung sei unaufhaltsam und wir würden den Wahlkreis unbedingt halten, sondern weil wir glaubten, wir würden ihn verlieren und doppelt gearbeitet haben.

Aber ich muß mich noch gegen eine Behauptung wenden, nämlich, daß die gefährlichen Aeußerungen von Bernstein und Heine die Wähler lau gemacht hätten. Wenn das irgendwo hätte eintreten müssen, dann wäre es im 3. Berliner Kreise gewesen; aber im Interesse meiner Wähler muß ich es sagen, gerade von denen, die lebhaft gegen meine Kandidatur waren, haben einige am rüstigsten und freudigsten mitgearbeitet. Es ist eine Beleidigung der Genossen, wenn man behauptet, sie wären infolge geringer Verstimmungen und Meinungsverschiedenheiten minder pflichtfreudig geworden. Solchen unbewiesenen Behauptungen wollte ich entgegentreten und ebenso den Versuchen, geringe Unterschiede in der Form aufzubauschen, als wären es Verschiedenheiten der Ueberzeugung, während wir doch in dieser einig sind.

Kiesel-Berlin: Auch ich wünsche, daß man mit den Ausdrücken etwas vorsichtiger umgeht; aber das gilt für die Agitation im allgemeinen, ob sie nun auf dem Lande oder für Industriearbeiter getrieben wird. Peus hat gerade mit der Betonung des Endzieles große Erfolge errungen. Ich weiß nicht, wie es ihm heute zuwider sein kann. Das Endziel bildet, wie Schröder mit recht sagt, das Rückgrat der Parteibewegung, die getragen wird auf absehbare Zeiten von den Industrieproletariern.

Hoffmann-Bielefeld: Wir hätten gern einen hervorragenden Redner bei der Stichwahl gehabt; war es denn nothwendig, daß ein erstklassiger Redner nach dem bombensicheren Nürnberg ging? Das muß doch verschnupfen. Was Stadthagen's Behauptung betrifft, so dürfen wir nicht den Prozentsatz nach den Wahlberechtigten nehmen. Wenn es an einer aufregenden Wahlparole fehlt, dann bleibt die Betheiligung zurück. Wir sind doch eben Menschen von Fleisch und Bein. Ferner kommt hinzu, daß wir Kreise haben, die absolut sicher sind. Da bleibt die Betheiligung zurück, weil die Genossen des Sieges zu sicher sind. Vielleicht rührt davon der Verlust von Berlin II her. Dagegen hilft nur die Organisation, worauf das Hauptgewicht zu legen ist. Endziel und Forderungen für die Gegenwart müssen beide propagirt werden. Sie gehören zusammen. In diesem Sinne kann ich mich den Ausführungen von Heine und Peus nicht anschließen. Der Landproletarier ist auf dem Wege zu uns, aber der Sturm auf die katholischen Wahlkreise ist uns noch nicht gelungen. Köln und Krefeld sind die einzigen Lichtblicke.

Schaal-Solingen: Während die Mehrzahl der Delegirten heute mit Befriedigung auf die Wahlen blicken kann, stehen wir Solinger als Aschenbrödel der Partei da. Aber wir versprechen Ihnen, daß in Zukunft solche Dinge nicht mehr möglich sein werden. Möge jeder Parteigenosse aus den Solinger Vorgängen die Lehre ziehen, daß er die Sache über die Person zu stellen hat. Wenn wir über fünf Jahre nochmals wählen können, dann werden wir den bezüglichen Kandidaten zum Teufel jagen und den Kreis wieder holen. (Beifall.)

Zubeil-Teltow: Ich bedaure, daß Auer in seinem Referat Berlin wieder bloßgestellt hat; sehr geschickt und taktvoll war das nicht, denn die Berliner sind doch nicht schuld daran, wenn irgendwo ein dummer Antrag gestellt wird. Der Antrag ist ja in der Versammlung abgelehnt worden. Ich bin mit dem Ergebniß der Reichstagswahl sehr zufrieden. Bei der Agitation dürfen wir nicht nur die augenblicklichen Tagesfragen berühren, sondern wir müssen auf die Endziele unserer Partei hinweisen, wie sie in unserem Programm dargelegt sind. Insoweit bin ich mit dem ausgezeichneten Artikel der Genossin Zetkin in der „Gleichheit" einverstanden. Ich bedauere nur, daß sie am Schluß in denselben Fehler verfällt, den sie Heine zum Vorwurf macht. Wenn wir auf dem Lande agitiren, so dürfen wir niemals vergessen, daß der Bauer, der noch etwas besitzt, für uns nicht zu gewinnen ist. Das läßt sich ziffernmäßig nachweisen. Ist aber der Bauer erst in das ländliche Proletariat hinabgesunken, dann kann er durch die Agitation uns zugeführt werden; so ist es in Norddeutschland, und so ist es auch in Süddeutschland. (Ruf: Ganz anders!) Nun, wenn es da ganz anders ist, darf auch kein Agrarprogramm geschaffen werden, sondern dann brauchen wir für jede Provinz ein besonderes Programm. (Zustimmung und Widerspruch.) Mit einem Agrarprogramm werden wir nicht einen Schritt weiter kommen. Nun behauptet Peus, der „Vorwärts" sei viel zu hoch, die Arbeiter verstehen ihn nicht. Peus möge doch einmal nach Berlin kommen und sich in den Kreisen der Genossen umsehen, allüberall wird er nur eine Meinung hören, daß der „Vorwärts" noch nicht hoch genug ist. Genosse Peus kennt eben die Berliner Verhältnisse nicht.

Auf das Land können wir in meinem Kreise z. B. höchstens dreimal im Jahre hinausgehen, damit können wir nicht viel ausrichten und deshalb müssen wir uns ein geistiges Bindemittel schaffen. Ein billiges Blatt, das wir das ganze Jahr hindurch dem ländlichen Proletariat geben können, damit gewinnen wir die ländliche Bevölkerung. So lange wir aber das geistige Bindemittel nicht haben, wird der Sozialismus auf dem flachen Lande nur sehr langsam vorschreiten. Schlesien ist durchaus kein Beweis für das Gegentheil, denn dort ist unser Erfolg ein sprungweiser. Warten wir doch erst ab, was wir in fünf Jahren für Erfolge erzielen werden! Von solchen sprungweisen Erfolgen bleibt gewöhnlich nicht viel übrig, wir müssen die Agitation immer wieder von vorne anfangen. Auch bin ich nicht der Ansicht wie Peus, daß wir in den Industriebezirken schon genug Agitation getrieben haben, daß die großen Städte schon ausgepumpt sind. Im Gegentheil ein großes Stück Arbeit ist in den großen Städten und den Industriezentren noch zu verrichten. Versuchen wir das industrielle Proletariat zu gewinnen, dann wird unsere Agitation auch auf dem flachen Lande eine leichtere werden. (Beifall.)

Linxweiler-Elberfeld: Man kann in Zukunftsbild-Agitation Unterlassungssünden begehen, man kann aber auch zu viel thun. Was soll man dazu sagen, daß es in einem Flugblatt in Mecklenburg heißt: der Grund und Boden wird gesellschaftlich bearbeitet werden, wenn es aber jemand vorzieht, wird ihm ein Stück vom Grund und Boden überwiesen werden, das für seinen und seiner Familie reicht!

Bebel: Auer hat in seinem Referat seine große Befriedigung über den Ausfall der letzten Reichstagswahl ausgesprochen, ich bedauere diese Befriedigung nicht theilen zu können. Ich gebe recht gern zu, daß gewisse Momente bei der letzten Wahl es erklärlich machten, daß der Aufschwung der Partei nicht in dem Maße eintrat, wie es vielleicht viele unter uns gehofft haben. Thatsache ist, daß die letzte Wahl im allgemeinen eine schwächere Wahlbetheiligung erzeugte als die Wahlen in den Jahren 1893, 1890 und 1887 und natürlich mußte auch die Sozialdemokratie darunter leiden. Ich gebe auch weiter zu, daß die prozentuale Steigerung nicht in derselben Weise eintreten kann, wie bei den früheren Wahlen. Denn je größere Zahlen eine Partei auf sich vereinigt, repräsentiren die einzelnen Prozentzahlen auch um so größere Zahlen, aber eins muß doch hervorgehoben werden: unsere Gewerbezählung und die statistischen Mittheilungen über die Entwickelung der Bevölkerung zeigen uns, daß die Zunahme gerade der proletarischen Kreise in den letzten 15 Jahren und speziell den letzten fünf Jahren eine erhebliche gewesen ist. Wenn wir diese Momente im Zusammenhang im Auge haben, muß ich allerdings sagen, daß das Resultat der letzten Jahre durchaus nicht ein überaus erfreuliches war. Gewiß haben wir mehr gewonnen wie jede andere Partei, aber wir hätten mehr gewinnen können. Und ich meine, wir sollten uns doch die Frage vorlegen, woran das liegt. Hier ist nun ein lebhafter Kampf darüber entstanden, daß die einen sagen: es ist zu wenig Zukunftsstaats-Politik gemacht worden, die anderen: man hat zu wenig die praktischen Fragen betont. Nun ist der Vorwurf, daß die Endziele der Partei nicht genügend berücksichtigt werden, ein alter; wir haben ihn seit einigen 20 Jahren auf allen Parteitagen gehört. (Sehr wahr!) Schon 1877 von mir in Gotha, aber damals wurden von mir auch die Beweise vorgebracht und ich hätte gewünscht, daß auch heute diejenigen, die die Klagen erheben, Thatsachen vorgeführt hätten. (Sehr wahr!) Ich brauche z. B. nur auf die Kandidatenrede zu verweisen, die Heine in Berlin gehalten hat, wo er den bekannten Vorschlag von der Kompensation zum Ausdruck gebracht hat. Vielleicht könnte man dann denen, die von einer fehlerhaften Politik sprechen, das Resultat der Heine'schen Wahl als Dementi entgegenhalten, denn er hat einen Sieg errungen, den man vielfach nicht erwartet hatte. Ich will gleich hinzufügen, ich habe die Ueberzeugung, daß diese seine Haltung es nicht gewesen ist, die ihm den Sieg verschafft hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben ein einziges Programm, für dieses haben wir zu agitiren. (Lebhafte Zustimmung.) Und da können wir keinen künstlichen Unterschied machen, nicht sagen, jetzt nehmen wir den Theil des Parteiprogramms, für den agitiren wir, und den anderen lassen wir liegen. Sollte dieser Fehler vorgekommen sein, dann bringe man die Thatsache vor, dann nenne man die Personen. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir alle darin einig sind, daß wir dem schwer kämpfenden Kleinbürger und auch dem Bauernstand auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung kein Heim bieten können, dann sind wir gezwungen, auch im Wahlkampf damit hervorzukommen. (Lebhafter Beifall.) Wir können dem kleinen Bürger und Bauern nicht mit Arbeiterschutz, mit Arbeiterversicherung kommen, denn dafür hat er kein Verständniß, vielleicht ist er sogar dagegen, denn das legt ihm Opfer auf, jedenfalls nützt es ihm absolut nichts. Und wenn wir wissen, daß diese Vorschläge unhaltbar und unbrauchbar sind, dann sind wir auch gezwungen, das offen heraus zu sagen, andererseits müssen selbstverständlich bei der Wahl auch eine Menge praktischer Fragen, die im Reichstag zur Erörterung kommen, im Vordergrund der Erörterung stehen, und da muß man klar unsere Grundsätze entwickeln, das darf aber nicht in Puppenspielerei ausarten. Auf Detailmalerei der künftigen Gesellschaft können wir uns unter keinen Umständen einlassen, weil wir absolut nicht wissen, wie die Zukunft der Menschheit sein wird. Aber so weit zu gehen, wie wir heute aus dem Munde von Peus gehört haben, da hört doch in der That alles auf. (Sehr wahr!) Er sagt, es giebt kein Endziel; ja, wenn das philosophisch gemeint ist, lasse ich es gelten. Aber eine Partei, die kämpft, eine Partei, die bestimmte Ziele erreichen will, die muß auch ein Endziel haben. (Lebhafter Beifall.) Mit dem Standpunkt von Peus kommt man freilich dahin, wohin er ja praktisch schon in seinem Blatt gelangt ist, nämlich dazu, es wird praktisch sein, daß wir den ersten Theil des Programms einfach abschaffen und dafür den zweiten ausführlicher ausgestalten. (Hört! Hört!) Da sage ich aber, dann hören wir auch auf Sozialdemokraten zu sein. (Lebhafter Beifall.) Aber da es sich doch heute darum handelt, praktisch einmal nach den Ursachen zu suchen, komme ich auf drei Dinge, die allerdings nicht für die Allgemeinheit in betracht kommen. Vor allen Dingen hat man sich in einer großen Reihe von Wahlkreisen, namentlich älteren von vornherein mit viel zu großen Siegeshoffnungen getragen. (Zustimmung.) Man war der Ueberzeugung, wir werden auch diesmal wieder siegen, weil wir bisher gesiegt haben. Das ist ein total falscher Standpunkt. Ich stand von jeher auf dem Standpunkt, wenn ich auch tausendmal der Ueberzeugung bin, wir werden siegen, dann muß ich öffentlich so reden, als wenn ich fürchte, wir werden unterliegen. (Beifall.) Denn wir wollen nicht nur siegen, sondern auch glänzend siegen. Und auch in dieser Beziehung sind unsere Hoffnungen sehr in die Brüche gegangen. Ich erinnere nur an den sechsten Berliner Wahlkreis. Da hat der „Vorwärts", der im übrigen während der Wahlperiode ausgezeichnet redigirt war (Lebhafte Zustimmung), doch den Fehler gemacht, daß er so that, als ob gar kein Zweifel sein könne, daß wir alle sechs Wahlkreise erobern würden. (Sehr wahr!) Im 4. und 6. Berliner Wahlkreise mit ihrem ungeheuren Proletariat mußten wir mit ganz anderen Stimmenzahlen aufmarschiren. Wo derartige Verhältnisse zu tage treten, da ist es auch in der Regel mit der Organisation nicht so bestellt, wie es sein sollte. (Sehr wahr!) Ganz mit recht ist gesagt worden: wollen wir siegen, dann müssen wir organisiren, vorbereiten. Aber wenn es z. B. vorgekommen ist — es fällt mir nicht ein, heute einen Vorwurf zu machen; ich will nichts weiter, als daß Ihr es das nächste Mal besser macht — daß, wie mir aus dem 2. Berliner Kreise von einer ganzen Anzahl von Leuten, die für uns gestimmt haben, mitgetheilt worden ist, daß sie während des ganzen Wahlkampfes nicht ein einziges Flugblatt und nicht einmal einen Stimmzettel in die Wohnung erhalten haben, dann muß ich sagen, man hat in Berlin in bezug auf die Organisation außerordentlich gesündigt. (Sehr wahr!) Endlich ein drittes, Parteigenossen. Ich habe das Gefühl seit langem, daß unsere Preßerzeugnisse, sowohl die Parteipresse im engeren Sinne, wie auch die Parteiliteratur, nicht diejenige Verbreitung findet, wie sie es sollte. (Zustimmung.) Und ich lege ein großes Gewicht darauf, daß man auch in dieser Beziehung besser organisirt. Es muß über den engeren Kreis der Parteigenossen hinausgegangen werden; es müssen durch Presse und Broschüren neue Genossen geworben werden. Wenn da gründlich gearbeitet wird, dann könnt ihr das nächste Mal mit anderen Resultaten aufwarten, als es diesmal der Fall war. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Nach der Rede Bebel's brauchte ich kein Wort hinzuzufügen, aber einige Bemerkungen, die in der Diskussion gefallen sind, muß ich zurückweisen. Ich habe mich außerordentlich gefreut, daß die krassen Zahlen, die ich vorzubringen die unangenehme Pflicht hatte, einige derer auf die Tribüne getrieben hat, die die Zahlen ignoriren, um wenig befriedigende Wahlerfolge in gute umzuwandeln. Peus suchte die Zahlen zu kritisiren, die ich vorgetragen habe, aber die Kritik war hinfällig. An der Thatsache kann nicht gerüttelt werden, daß die Sozialdemokratie keinen Grund zur besonderen Befriedigung über das Wahlresultat haben kann, wenn sie eine Kampfpartei sein soll. Wenn Peus im „Anhalter Volksblatt" vorschlug, den ersten Theil des Programms zu streichen, so habe ich diesem Vorschlage kein Wort hinzuzusetzen. Peus und Heine haben ihre Ansichten hier so klar zum Ausdruck gebracht, daß ich keine besondere Thatsachen anzuführen brauche. Bebel erinnerte an den Gothaer Parteitag 1877. Damals war die reaktionäre Strömung in der Partei so stark, daß die Fortsetzung von Engels' „Anti-Dühring" untersagt wurde. Wir kommen jetzt beinahe ebenso weit. Phantastische Ausmalungen des Zukunftsstaates haben nichts mit der Betonung des Endzieles zu thun. Dies Endziel darf nicht verschleiert werden. Gerade dort, wo wir prinzipielle Agitation getrieben haben, hatten wir die größten Erfolge gehabt, in Ostpreußen, in Oberschlesien, in der Provinz Brandenburg. Unser Endziel ist das, was naturnothwendig aus der Entwickelung der Gesellschaft herauswächst, die Sozialisirung der Gesellschaft. Darauf muß beständig hingewiesen werden, und unsere Presse läßt es daran fehlen. Ja man möchte sagen, wir haben da die größten Erfolge erzielt, wo wir keine Presse hatten. (Widerspruch.) Wo ist der agitatorische Ton in unserer Presse, wo das Hinweisen auf das Endziel? Wir müssen die großen Gesichtspunkte wieder mehr in den Vordergrund rücken. Sonst kann uns mit Recht gesagt werden: Ihr seid National-Soziale, Ihr seid Christlich-Soziale, Ihr seid Sozial-Liberale, aber bei Leibe keine Sozialdemokraten.

Grenz-Leipzig: Dank dem Genossen Stadthagen ist die Sache jetzt so in Fluß gerathen, wie wir sie gerne haben wollen. Seit 30 Jahren gebrauchen wir das Reichstags-Wahlrecht. Die Wünsche und Prophezeiungen, die an den Gebrauch des freien Wahlrechts geknüpft wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen. Bei vielen stellt sich der Gedanke ein, es nützt nichts; daher kommen die Rückschläge und ich fürchte, sie kommen noch schlimmer. Alte Genossen fragen uns: woher kommt dies denn. Da ist der Fall Lützenau. Wie ist so etwas möglich am grünen Holze, bei einem Manne, der fünf Jahre lang das Volk vertreten hat. Wie steht es mit uns, wenn er mit solch dreisten Zumuthungen an die Partei heranzutreten wagt. Dann die Stellung mancher Genossen zum Militarismus. Wenn man alle die Ereignisse der letzten Jahre überschaut, dann muß man sagen, wir sind in die Breite, aber nicht in die Tiefe gewachsen. Früher kamen die Genossen zusammen und vertieften sich ins Programm. Jetzt streiten sie sich über neue Gründungen. Sie blicken nur noch in die Gegenwart. Wir müssen wieder prinzipieller auftreten, als bisher, sonst können wir uns auf ärgere Rückschläge gefaßt machen.

Leid-Berlin: Die letzte Reichstagswahl hat nicht die Erregung wie sonst in die Massen getragen. Daraus erklärt sich das Wahlergebniß für uns. Gearbeitet ist im 6. Wahlkreise genug worden. Die Rede von Peus erinnerte an die Ausführungen mancher Freisinnigen, daß wir uns mit ihnen auf dem Boden der Forderungen in der Gegenwart verständigen könnten. Ohne Idealismus nur mit praktischer Politik können wir keine Fortschritte machen.

Schoenlank-Leipzig: Ich kann die Ausführungen der Genossin Zetkin im allgemeinen unterschreiben. Wenn ich mich zum Worte melde, so thue ich es hauptsächlich, um davor zu warnen, daß wir etwa den Parteitag benutzen, durch eine Art vatikanischen Konzils einen Beschluß gegen diejenigen, die anderer Meinung sind, zu fassen. Ich glaube nämlich, daß Neunzehntel der Gesammtpartei auf dem Standpunkt steht, daß die alte proletarische revolutionäre Taktik die einzig mögliche für die Sozialdemokratie ist. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, daß wir die Minderheit majorisiren oder terrorisiren wollen, aber das wollen wir feststellen: Man soll keine Vogelstraußpolitik treiben und verschleiern, daß in der That ernste Meinungsdifferenzen in der Partei über die allgemeine Parteitaktik bestehen. Aufgabe des Parteitages ist es, ernsthaft und gründlich diesen Differenzen auf den Grund zu gehen und zu zeigen, wie sich die Mehrheit der Parteigenossen dazu stellt. Ich glaube, wenn das geschieht, so wird die praktische Politik der Partei, die Propaganda und die politische Aktion der Partei keinen Schaden leiden. Schaden aber wird sie leiden, wenn die Politik des Abgeordneten Heine wirklich zum leitenden Gesichtspunkt unserer Fraktion gemacht wird, wenn die Thatsachen, um die es sich handelt, die Differenzen über unsere Stellung zu den einzelnen Fragen, zum Militarismus, zur Kolonialpolitik, zur Zoll- und Handelspolitik nicht klargestellt sind. Wenn wir darin nicht ganz klar sehen, so werden wir das erleben, was

bisher jede demokratische Volkspartei erlebt hat, wir werden, wenn wir nicht immer klar und rein das Ziel im Auge behalten, Schaden erleiden. Die Taktik des Possibilismus ist heute besonders interessant, wenn man erwägt, daß die Sozialreform von oben Fiasko gemacht hat, wenn man bedenkt, daß zwar der Zar die Friedenskundgebung erläßt, aber in demselben Augenblick sämmtliche Militärmächte zu neuen Rüstungen schreiten. Die Politik des Possibilismus träumt von einer Vermittelung, während die sozialen Gegensätze immer schärfer werden, während die Zuchthausvorlage in Aussicht gestellt wird. Es ist ganz klar, daß in der großen Masse der klassenbewußten Arbeiter der Protest gegen diese Auffassung durchdringt, aber es ist nothwendig, daß das ausgesprochen wird und daß der Minderheit gesagt wird: Gut, ihr mögt diese Absichten haben, wir sitzen nicht über Euch zu Gericht, aber wir wollen darauf hinweisen, daß die große Mehrheit die alte Politik nicht aufgeben kann bei der Gefahr der Selbstvernichtung. Ich meine deshalb, wir sollen die Diskussion über die Taktik nicht etwa kurz abbrechen. Denn wenn die Diskussion jetzt abgebrochen wird, wird die Frage ganz von selbst bei dem parlamentarischen Bericht noch viel eingehender behandelt werden müssen, wozu ja der Bericht der Fraktion die genügende Grundlage giebt. Auf keinen Fall aber dürfen wir verschleiern und Vogelstraußpolitik treiben. Sagen wir ehrlich, daß Meinungsdifferenzen da sind, und bringen wir sie zur Lösung. Verderben wir uns nicht unsere gute alte Agitation durch eine opportunistische Auffassung. Hüten wir uns vor einer Versumpfung, vor einem Aufgeben des Klassenkampfes, ohne den wir nie zur Erreichung des Endziels können, ohne das wir nichts wären, als eine kleinbürgerliche Oppositionspartei. (Beifall.)

Einige Telegramme, welche über Reden nach den letzten Ausführungen Stadthagen's und den Schluß der heutigen Sitzung berichten sollten, waren um 1/2 3 Uhr nach Mitternacht noch nicht eingetroffen. Wir tragen dieselben in der nächsten Nummer nach.

Redaktion des „Vorwärts".

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Oktober.

Internationale Solidarität. Aus Madrid ging dem Parteitage die folgende Depesche zu:

Die spanischen Sozialisten begrüßen die Avantgarde der internationalen Sozialdemokratie, die sich in Stuttgart versammelt. —

Von der internationalen Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus. Wie die „Agenzia Stefani" meldet, hat die italienische Regierung an alle Staaten Europa's eine Note gerichtet, in welcher sie dieselben zu einer Konferenz zur Berathung von Maßnahmen gegen die Anarchisten einladet. Der Ort, wo die Konferenz stattfinden soll, ist in der Note nicht bezeichnet, doch glaubt man, daß es Rom wird sein können.

Die italienische Regierung, die eifrigste Züchterin des Anarchismus, verdient mehr als jede andere, daß der internationale Ober-Polizistenkongreß von ihr gastfreundlich aufgenommen wird. —

Zur Friedenskundgebung des Zaren meldet die „Magdeb. Zeitung": Im russischen Ministerium des Aeußern ist eine besondere Kommission eingesetzt worden, welche für den Zaren einen Bericht über die Antworten der Mächte auf den russischen Abrüstungsvorschlag und das Programm für die Abrüstungskonferenz auszuarbeiten hat.

Die interparlamentarische Friedenskonferenz, die am Sonnabend in Brüssel zusammentrat, zählt etwa hundert Parlamentarier aller Länder; sie sandte eine Glückdepesche an den Zaren wegen seines Abrüstungsvorschlages.

Wenn die Herren wieder in ihren Parlamentssitzen sich breit machen, werden sie für die Erhöhung der Ausgaben für Heer und Flotte stimmen. —

* * *

Deutsches Reich.

Offiziöses zum deutsch-englischen Abkommen. Der „Magd. Zeitung" wird aus Berlin gemeldet:

In der Presse wird das Verlangen nach einer Veröffentlichung des deutsch-englischen Abkommens ausgesprochen. Demgegenüber wird uns versichert, daß die vorläufige Geheimhaltung des Vertrages nicht nur durch die seitens der vertragschließenden Mächte übernommene Verpflichtung, sondern auch aus sachlichen Gründen geboten ist. An und für sich wäre es der deutschen Regierung durchaus erwünscht, wenn sie mit dem Abkommen vor die Oeffentlichkeit treten könnte, aber der Zweck des Abkommens wird in Frage gestellt, wenn dieses vorzeitig bekannt wird. Man thäte deshalb wohl gut, wenn man mit den Angriffen auf das Abkommen zurückhielte, bis die Veröffentlichung eine sachliche Kritik gestattet.

Daß die Regierung durch diese Erklärung das Mißtrauen gegen die geplante Kolonialpolitik in größtem und kostspieligstem Stile bei irgend jemanden vermindern wird, kann sie wohl selbst nicht annehmen. —

Die Fleischnoth wird indirekt sogar vom bayerischen Landwirthschaftsrath zugeben. Im letzten Jahresbericht dieser Korporation heißt es:

„In anbetracht, daß eine Produktionssteigerung in quantitativer und qualitativer Hinsicht nur allmälig ausführbar ist, sowie insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Viehmastung bei größeren Betrieben eine Aenderung des Wirthschaftsbetriebes bedingt, wird es noch einiger Jahre bedürfen, um ziffernmäßig den Nachweis liefern zu können, daß bei eventuellem Ausfall der Vieheinfuhr vom Auslande ein Mangel an Schlachtvieh nicht zu befürchten ist."

Es heißt dies klipp und klar, daß die deutsche Landwirthschaft zur Zeit nicht in der Lage ist, den Fleischbedarf der Bevölkerung zu decken. Freilich bedeutet dies noch lange nicht das Einverständniß mit der Eröffnung der deutschen Grenzen gegen das ausländische Vieh. Denn gerade der Mangel des Angebots an Vieh gegenüber der gesteigerten Nachfrage danach innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches bewirkt ja die den Herrn Agrariern so angenehmen exorbitant hohen Fleischpreise, unter denen besonders die Arbeiterbevölkerung zu leiden hat.

Wie schwach es übrigens mit der Behauptung der Regierung bestellt ist, im Interesse der Gesundheit des deutschen Viehs dürfe keine Oeffnung der deutschen Grenzen zugebilligt werden, das beweist zutreffend der „Hamb. Correspondent, indem er darauf hinweist, daß in Oberschlesien ja seit Jahren Schweine unter Kontrolle eingeführt werden, ohne daß hierdurch die deutsche Schweinewirthschaft Schaden gelitten hätte. Das Blatt schreibt:

Nach den wiederholten Erklärungen des Ministers v. Hammerstein selbst hat sich die Methode durchaus bewährt, die Schweine-Einfuhr aus Rußland zu gestatten, unter der Bedingung des direkten Transports nach den dazu bestimmten Schlachthöfen und der dort sofort vorgenommenen Untersuchung und Abschlachtung. Obgleich jährlich über 70000 Schweine nach dem oberschlesischen Industriebezirk eingeführt werden, ist eine Verseuchung des inländischen Viehbestandes noch nicht nachgewiesen. Die lautesten Klagen über Fleischmangel und Fleischtheuerung kommen aber gerade aus dem Osten. Die Herabsetzung des zulässigen Kontingents der russischen Schweine, die über Sosnowice eingeführt werden dürfen, von 93 000 auf 70 000 Stück ist erst seit zwei Jahren erfolgt und zwar lediglich mit der Begründung, daß das niedrigere Kontingent zur Versorgung der dortigen Arbeiterbevölkerung ausreichend sei. Maßgebend ist also lediglich die Bedürfnißfrage, und diese spricht gegenwärtig für eine Vermehrung der Einfuhr.

Das ist logisch unwiderleglich. Aber für die gegenwärtige agrarfreundliche und arbeiterfeindliche Regierung ist bei ihren Handlungen eben nicht die Bedürfnißfrage und das Gemeinwohl, sondern die Profitwuth der Agrarier maßgebend. —

Stantien u. Becker. Die Frage des Ankaufs des bisher von der Firma Stantien u. Becker betriebenen Bernsteinbergwerks in Palmnicken durch den Staat wird den nächsten Landtag und zwar als einer der ersten Gegenstände der Verhandlungen beschäftigen. Die Kaufsumme geht allerdings weit über den ursprünglich in Aussicht genommenen Betrag von 8 Millionen Mark hinaus: es handelt sich nämlich im ganzen um mehr als 10 Millionen Mark. Die eigenthümliche Lage des Bergwerks bringt es mit sich, daß nicht nur die Ländereien, in denen bisher nach der „blauen Erde" gegraben wurde, sondern auch größere Gebiete angrenzender Strecken, auf denen jetzt ertragreicher Ackerbau betrieben wird, erworben werden müssen. — Ebenso wie bisher durch die Ausbeutung des Monopols, scheint die Firma Stantien u. Becker es auch zu verstehen, durch den Verkauf ihrer Gerechtsame sich ungewöhnlich hohe Summen zu verschaffen. —

München, 3. Oktober. („Berliner Tageblatt.") Der bayerische Bauernbund hielt gestern unter Ausschluß jeder Oeffentlichkeit eine Delegirtenversammlung ab, die einen sehr tumultuarischen Verlauf nahm. —

Aus unseren Kolonien. In Prätoria eingegangene Nachrichten aus Kapstadt melden, daß die Eingeborenen von Deutsch-Damaraland einen Aufstand planen und daß ihr Häuptling Witbooi mit Kriegserklärung drohe.

Einem Kapstadter Telegramm zufolge hat in Damaraland ein Treffen zwischen der deutschen Schutztruppe und den Rebellen stattgefunden, das angeblich unentschieden geblieben ist; elf Deutsche sollen gefallen sein. Die Deutschen erwarten Verstärkungen. —

Wien, 3. Oktober. Im Abgeordnetenhause beginnt die meritorische Behandlung des Dringlichkeitsantrages Schwegel, betreffend die sofortige erste Berathung der Ausgleichsvorlage. Abg. Frhr. v. Schwegel empfiehlt seinen Antrag zur Annahme. Das Abgeordnetenhaus nahm den Antrag Schwegel auf sofortige erste Lesung der Ausgleichsvorlagen an und begann die erste Lesung. — Der zweite Theil des Antrages Schwegel, welcher dahin lautet, das Haus möge sofort in die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen eintreten, wurde mit 203 gegen 33 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Schönerianer. Zur ersten Lesung der Ausgleichsvorlagen sind 55 Redner gegen und niemand für gemeldet. Bei der ersten Lesung der Vorlagen betr. den Ausgleich mit Ungarn führt der Sozialdemokrat Verkauf aus, der Ausgleich müsse im Hause verhandelt werden, da es nicht ruhig hingenommen werde dürfe, daß dem Volke wieder 50 Millionen neuer Lasten auferlegt werden würden. Redners Partei sei eine entschiedene Anhängerin eines gemeinsamen Zollgebiets. Das Zoll- und Handelsbündniß diene vor allem dem Militarismus, welcher den Arbeitern ungeheure Lasten auferlege. Der Abgeordnete erörtert sodann die Lasten des Militarismus sowie einzelne Bestimmungen der Vorlagen, welche für Ungarn einen erheblichen Gewinn bedeuteten, und führt statistische Daten zur Berechnung der Lasten an, welche dem Volk aus der Verzehrungssteuer erwachsen. Redner schildert die traurige Lage der Arbeiter. Seine Partei werde an dem Grundsatze festhalten: Ein guter Ausgleich oder kein Ausgleich. Finanzminister Dr. Kaizl wendet sich gegen die Behauptung, als ob der Regierung sehr unangenehm wäre, wenn der Ausgleich parlamentarisch berathen würde, sowie dagegen, daß die Regierung immer nur die Absicht gehabt habe, den Ausgleich so schnell als möglich auf grund des § 14 durchzuführen. Als Grund werde immer das Communiqué der „Wiener Abendpost" vom 30. August angegeben, worin die Regierung erklärte, sie wolle noch einmal an das hohe Haus appelliren, habe aber Vorsorge getroffen, für den Fall, daß die parlamentarische Erledigung in Bälde nicht zu erwarten sei, d. h. daß die Regierung provisorische Dispositionen bis zur endgiltigen Erledigung des Ausgleichs in Aussicht genommen habe. Es sei ungerechtfertigt, daraus der Regierung einen Vorwurf zu machen. Pflicht der Regierung sei es, Vorsorge zu treffen, daß eine gewisse Beruhigung in allen jenen zahlreichen produzirenden Kreisen geschaffen werde, die in ihrer ganzen wirthschaftlichen Existenz davon abhängen, ob das Verhältniß zu Ungarn aufrecht erhalten wird oder nicht. Der Minister weist ferner den Vorwurf der Frivolität zurück, sowie jenen Vorwurf, daß die Regierung der diesseitigen Reichshälfte es an energischer Unterstützung der Industrie fehlen lasse. Dieser Regierung den Vorwurf der Indolenz zu machen, sei ungerechtfertigt. Der Minister verweist auf die Förderung der Industrie durch die jüngst inaugurirte Anspornung der Kapital-Association und betont, die Regierung habe die Absicht, die Industrie und Landwirthschaft wirklich zu fördern. Gegenüber dem Abg. Verkauf hebt der Minister hervor, es werde gerade in letzter Zeit namentlich in den staatlichen Betrieben sehr viel für die Arbeiter gethan. Wenn aber den Arbeitern gegenüber etwas Gutes geschaffen werde, werde dies niemals anerkannt, sondern die Thatsachen würden einfach verschwiegen und zum Gegenstande unbestimmter unqualifizirter Angriffe gemacht. (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. Kaizl bezeichnet die Neubelastung durch die indirekten Steuern als das punctum salions, um welches sich der ganze Widerstand gegen die jetzigen Ausgleichspunktationen drehe. Bei Durchsicht der Ausgleichsvorlagen ersehe man, führt der Minister aus, daß Konzessionen auch von ungarischer Seite gewährt wurden. Die Regierung halte an der Anschauung fest, daß eine den Verhältnissen entsprechende Minderung der Quotenleistung Oesterreichs eine unabweendbare Ergänzung der Ausgleichsvereinbarungen bilde. Sollte die wirthschaftliche Einheit durch die Verweigerung des Ausgleichs gefährdet erscheinen, so würde dadurch auch die gemeinsame Vertretung nach außen und die gemeinsame Armee angegriffen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts, Lachen und Eljenrufe links.) Nachdem Abg. Ritter v. Jaworski (Pole) die Regierung der Unterstützung der Majorität versichert hatte und der deutsch-fortschrittliche Abg. Lecher den Ministerpräsidenten persönlich scharf angegriffen und die Vorlage als unannehmbar bezeichnet hatte, wurde die Debatte abgebrochen. Die nächste Sitzung findet morgen Nachmittag um 1 Uhr statt. —

Kampf um das Koalitionsrecht!

Zur Vorbereitung der Zuchthausvorlage

schreibt die „National-Zeitung":

Mehrere Blätter wollten erfahren haben, daß der vom Kaiser in der Oeynhausener Rede angekündigte Gesetzentwurf nicht in einer Aenderung der Gewerbe-Ordnung, sondern in spezialisirten Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit im Rahmen des allgemeinen Strafgesetzes bestehen werde. Der Umstand, daß die offiziöse Telegraphen-Agentur diese Nachricht verbreitete, konnte, wie wir der Mittheilung hinzufügten, vielleicht andeuten, daß sie zutreffend sei. Nach inzwischen von uns eingezogenen Erkundigungen ist diese Annahme aber nicht aufrecht zu erhalten. Wie wir zuverlässig erfahren, ist noch keinerlei Beschluß darüber gefaßt, ob die Aenderung im Rahmen der Gewerbe-Ordnung oder des Straf-Gesetzbuches erfolgen soll; es haben darüber noch keine Verhandlungen stattgefunden, und es wird an der erforderlichen Unterlage für dieselben so lange fehlen, als noch Antworten der Bundesregierungen auf die Umfrage des Grafen Posadowsky vom Dezember vor. Js. ausstehen. Bis jetzt sind diese Antworten noch keineswegs vollzählig. —

Die badische Regierung und die Streiks.

Es liegt nun der Wortlaut der von uns in der Sonntagsnummer auf grund einer Depesche des „Berl. Tagebl." kommentirten Antwort der badischen Regierung auf die Eingabe des Zentralvorstandes des badischen Handwerkerverbandes vor. Hiernach hat die badische Regierung sich nicht so schroff arbeiterfeindlich verhalten, wie wir annehmen mußten.

Der Zentralvorstand bezw. der Handwerkerausschuß glaubte als Vorbeugungsmaßregeln empfehlen zu sollen, es mögen bei Verdingungsverträgen mit Lieferungsfristen Vorbehalte gemacht werden dahingehend, daß bei Ausbruch von Ausständen oder Geschäftssperre so lange Stundung (Fristverlängerung) gewährt werde, als der Ausstand oder die Geschäftssperre andauere, und daß eventuell festgesetzte Konventionalstrafen nicht in Wirksamkeit treten sollen. Auf diese Eingabe hat nach der „Bad. Gewerbe-Zeitung" das Großherzogliche Ministerium folgende Antwort ertheilt:

Dem Vorstand des Badischen Handwerkerverbandes erwidern wir im Einverständniß mit den übrigen Ministerien, daß wir im allgemeinen bereit sind, bei Ausführung staatlicher Bauten, wenn keine Gefahr im Verzuge liegt, aus Gründen der Billigkeit den durch Streiks herbeigeführten besonderen Verhältnissen im Sinne der dortseits geäußerten Wünsche Rechnung zu tragen, daß wir uns aber die Entschließung von Fall zu Fall vorbehalten müssen. Eine allgemeine Anordnung in der angegebenen Richtung zu erlassen, oder gar, wie dortseits angeregt wird, Bestimmungen bezüglich Verlängerung der Lieferungsfrist und Aussetzung vereinbarter Konventionalstrafen in die Lieferungsverträge aufzunehmen, sind wir dagegen nicht in der Lage, weil die Möglichkeit eines Ausstandes infolge unbilliger Behandlung der Gehilfen und Gesellen seitens der Arbeitgeber nicht ausgeschlossen ist, in diesem Falle aber eine Bewilligung der Fristverlängerung an letztere nur ungerechtfertigte Begünstigung oder Unterstützung derselben herbeiführen würde. Die Entscheidung der Sache im einzelnen Falle wird somit von der Prüfung der Ursache und der Begründung des Ausstandes abhängig sein. Außerdem aber wird noch in betracht kommen, daß durch die Gewährung der Stundung einer Lieferung eines von dem Arbeiterausstand betroffenen Gewerbetreibenden unter Umständen die Lieferungsfristen auch der anderen bei der Herstellung des betreffenden staatlichen Gebäudes betheiligten Handwerker ungünstig beeinflußt werden könnte, was nicht erwünscht wäre." —

Partei-Nachrichten.

Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie Bayerns wird am 30. und 31. Oktober in Würzburg abgehalten.

Aus Gera wird uns geschrieben: Der frühere verantwortliche Redakteur der „Reußischen Tribüne", Hugo Rödiger, ist flüchtig. Am vergangenen Donnerstag sollte er sich vor der hiesigen Strafkammer wegen Beleidigung des Direktors Pohlhorn von der Taubstummen-Anstalt in Schleiz verantworten. Ein Vertheidiger war erschienen, Rödiger jedoch nicht, sodaß das Gericht einen Vorführungsbefehl gegen ihn erließ, der jedoch nicht vollstreckt werden konnte, weil Rödiger nicht hier war. Statt dessen lief einige Stunden später beim Gerichtshof ein Telegramm ein, worin Rödiger mittheilte, er habe den Zug verpaßt und bitte um Vertagung der Verhandlung. Da Rödiger mit dem nächsten Zug ebenfalls nicht erschien, wurde der Vorführungsbefehl aufrecht erhalten und die Verhandlung vertagt. Bis jetzt ist Rödiger noch nicht zurückgekehrt, so daß es als sicher betrachtet werden kann, daß er sich durch die Flucht einer über ihn verhängten Strafe von 20 Monaten, die allerdings noch der Revision des Reichsgerichts unterliegt, entzogen hat.

Die außerordentlich harte Bestrafung Rödiger's ist unter sehr eigenartigen Umständen zu stande gekommen. Wegen Beleidigung eines Schuldirektors Kühn durch eine zehnzeilige Notiz war der vormalige verantwortliche Redakteur Najork zu 1 1/2 Jahr Gefängniß verurtheilt worden. Dieses Urtheil rief seinerzeit ungeheure Empörung unter den Genossen hervor und auf dem vorjährigen reußischen Parteitage wurden der Redaktion unseres Parteiblattes von einer Anzahl Parteigenossen die heftigsten Vorwürfe wegen leichtfertiger Aufnahme zweifelhafter Notizen gemacht, wobei man auch auf die Kühn'sche Sache hinwies. Rödiger wies diese Vorwürfe zurück. Die Folge war, daß die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen ihn als den muthmaßlichen Verfasser des Artikels über Kühn einleitete. Zehn Tage später wäre die Verjährung eingetreten gewesen. Umfangreiche Zeugenvernehmungen fanden statt und das Ende vom Liede war, daß Rödiger zu **20 Monaten Gefängniß verurtheilt** wurde. Die vom Staatsanwalt beantragte sofortige Verhaftung wurde vom Gerichtshof abgelehnt, da Fluchtverdacht nicht vorliege. Rödiger eine starke Familie am Orte habe und durch die Verhaftung geschäftlich ruinirt werden würde. Die Verurtheilung erfolgte anfangs Juli.

Gegen Rödiger schwebte außer der Pohlhorn'schen Strafsache noch eine solche wegen Beleidigung eines Pionier-Lieutenants in Bernburg. Nach der bekannten Rechtsprechung der hiesigen Strafkammer gegen Preßsünder war es zweifellos, daß Rödiger eine mehrjährige Gefängnißstrafe hätte verbüßen müssen. Unserer Ueberzeugung nach hätte ihn diese körperlich und geistig ruinirt.

Unser hiesiges Parteiorgan, die „Reußische Tribüne", verurtheilt aber die Flucht Rödiger's mit Recht auf das allerentschiedenste und verlangt, daß ein Parteigenosse, besonders ein solcher, der auf dem verantwortungsreichen Posten eines Redakteurs steht, unter allen Umständen die Konsequenzen seiner Thätigkeit tragen soll.

Die Vorgänge auf dem vorjährigen Parteitag in Reuß j. L. aber mögen allen Genossen eine Mahnung sein, bei ihren Kritiken die Tragweite ihrer Worte genau zu erwägen.

Die Beerdigung unseres Genossen Holm fand am Montag unter großer Theilnahme in Kopenhagen statt. Wohl an dreißigtausend Mitglieder der Arbeitervereine bildeten den Trauerzug. Es war gleichsam eine Demonstration gegen die harte Behandlung, die der Untersuchungsrichter dem Verstorbenen angedeihen ließ.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Auf einem Neubau in der Ovodagasse in Budapest wurden durch Einsturz der Decke des zweiten Stockwerks fünf Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 3. Oktober. (W. T. B.) Das Schwurgericht verurtheilte heute den Kommis Kruse aus Linden (Hannover) und den Maurer Wohlers-Hamburg wegen Falschmünzerei und Anfertigung falscher Fünfmarkscheine zu 4 Jahren Zuchthaus bezw. 2 Jahren Gefängniß. Die Wittwe Pscherer, welche das falsche Geld in Umlauf gesetzt hatte, erhielt eine Gefängnißstrafe von einem Jahr. Insgesammt hatten die Verurtheilten mehrere hundert falsche Scheine hergestellt.

Wien, 3. Oktober. (W. T. B.) Eine von etwa 3000 Personen besuchte Versammlung, in der Abgeordneter Schrammel über den Ausgleich sprach, wurde nach kurzer Dauer wegen heftiger Ausfälle gegen die Regierung aufgelöst. Es folgte ein mehrere Minuten andauernder Tumult. Der Saal leerte sich jedoch ohne weiteren Zwischenfall.

Wien, 3. Oktober. (W. H.) In Baden bei Wien erschoß der Gutsbesitzer Ritter von Majerski seine 27jährige Ehefrau und dann sich selbst. Als Motiv werden zerrüttete Vermögensverhältnisse angegeben.

Rieti, 3. Oktober. (W. T. B.) Der in Antrodoco im Eisenbahnzuge todt aufgefundene Reisende ist der römische Elektrotechniker Agostino Bianchi. Die Leiche weist 28 Wunden auf.

Washington, 3. Oktober. (W. T. B.) Die Instruktionen des Admirals Tewey gehen dahin, so nahe wie möglich an Peking heranzugehen; da der Kreuzer „Baltimore" aber nicht weiter als bis zu den Forts von Taku fahren kann, wird das Kanonenboot „Petzel" die „Baltimore" begleiten.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Parteitag
der deutschen Sozialdemokratie.

Stuttgart, den 2. Oktober 1898.

Die Begrüßungs-Feier.

Was eine treffliche Organisation leisten kann, das zeigten die Stuttgarter Genossen in berechtigtem Stolze ihren Gästen, den Delegirten zum Parteitage. Ihnen zu Ehren schufen sie ein prächtiges Fest, das am Sonntag Abend um sechs Uhr seinen Anfang nahm. Den großen Zirkus am Marienplatz hatte das Lokalkomitee gewählt, um möglichst vielen Parteigenossen die Theilnahme an der Begrüßungsfeier zu ermöglichen. Zwar wehten nicht wie in Hamburg rothe Fahnen von dem Portal herab, aber der Thorbogen, durch den die Schaaren in den mächtigen Rundbau hineinströmten, war in seinem oberen Theile mit einer rothen Dekoration geschmückt. Von rothen Bannern umkränzt begrüßten im Innern des Kuppelsaales kernige Sprüche die Anwesenden, ein Programm der Arbeit, in deren Dienst auch dieser Parteitag steht. Da lesen wir:

„Ueberzeugung ist des Mannes Ehre";
„Gegen große Weltideen kämpft vergebens die Gewalt";
„Der Arbeit Volk muß selbst sein Schicksal schmieden";
„Und sie bewegt sich doch";
„Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder";
„Mit uns das Volk, mit uns der Sieg".

Den Büsten von Lassalle und Marx zu beiden Seiten des roth drapirten Podiums flammte am Eingangsportal unter den Bannern der Arbeiter-Gesangvereine Stuttgarts und der Vororte der Kampfruf der Sozialdemokratie entgegen: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Schon um fünf Uhr waren die Ränge und Gallerien dicht gefüllt, so daß die fortwährenden Schaaren kaum noch Platz fanden. Die Arena war für die Delegirten und Gäste reservirt. Unter ihnen befanden sich auch die Abgesandten der schweizerischen und der österreichischen Bruderparteien, Greulich aus Zürich und Daczynski aus Krakau. Dr. Ellenbogen-Wien trifft morgen ein.

Um sechs Uhr begann die Feier mit einigen von der Kapelle „Presto" gespielten Musikstücken und einem Männerchor „Gruß an die Delegirten", den die Gesangvereine Freiheit, Gleichheit, Lassalia-Stuttgart und Vorwärts-Cannstatt vortrugen.

Dann folgte ein prachtvolles szenisches Arrangement „Schwaben grüßt Euch!" Auf der Bühne erschien Schwaben (Frau Sophie Wolter), umgeben von einer Arbeitergruppe, und begrüßte die Delegirten mit folgendem von Rudolf Lavant gedichteten Prolog:

Der Gäste viele hab' ich schon begrüßt,
Die meiner Gauen munt're Rebenhügel,
Die meines Schwarzwalds finst'rer Tann gelockt.
Gemessen trat den Einen ich entgegen,
Den Andern höflich, Manchen freundlich auch,
So herzlich aber, wie ich Euch die Rechte
Entgegenstrecke, Euch, den Abgesandten
Der rastlos Schaffenden, die Ihr den Kern
Des Volks vertretet, grüßt' ich Keinen noch.
Daß diesmal Ihr im Schwabenlande tagt,
Daß zur Berathung Ihr in diesen Mauern
Zusammenkommt, ist eine Herzensfreude
Für mich, für uns und für die siebzehn Kreise,
In die das Land zerfällt, wenn ihr Verdikt
Abgiebt des Deutschen Reiches Wählerschaft.
Auch ist es der Beschämung Röthe nicht,
Die uns're Wangen färbt bei der Begrüßung,
Denn ist in Schwaben auch noch viel zu thun,
So ward' ein guter Anfang doch gemacht,
Und Fleiß und Mühe wurden nicht gescheut,
Um aufzuräumen mit dem Wust verjährten,
Verschimmelten und doch lebend'gen Wahns.
Verhältnißmäßig jung ist die Bewegung
Und doch schon stark genug, des Landes Hauptstadt
Im Sturm zu nehmen und vier weit're Sitze
So zu bedroh'n, daß sie das nächste Mal
Erliegen werden; wen'ge ausgenommen,
Schwoll uns're Stimmenzahl in allen Kreisen,
Von denen mancher schwer zu fassen ist,
Gewaltig an, und uns're Gegner zittern;
Sie fühlen sich in ihren besten Burgen
Nicht sicher mehr und sehen auf den Zinnen
Im Geist bereits der Freiheit Banner weh'n,
Das vielgeschmähte, das mit Gift und Geifer
Sie gern befudelten, wär' nur das Grauen,
Das dumpfe Grauen vor der Zukunft nicht
Und vor dem kläglichen Zusammenbruch
Jedweden Vorrechts, das ein Hohn aufs Recht.
Viel gute Arbeit ward auch hier gethan,
In finstern, harten Köpfen ist das Dämmern
Nicht aufzuhalten, das zum Tagen führt,
Und so begrüßt in mir in stolzer Freude
Altwürttemberg der Arbeit Parlament.
Ein Pärchen hat ein jeder Kreis entsendet
In seiner Tracht — vergönnt, daß nun auch diese
Mit einem Reigen den Willkommengruß
Voll Wärme Euch und Herzlichkeit entbieten.
Ein Unterpfand sei dieser Reigen Euch
Daß eine große, jauchzende Bewegung
Durch alle Gaue meines Landes geht,
Wenn einst der Tag, der gold'ne Tag erscheint,
Der unser Ringen krönt, der Tag des Sieges! —

Als der stürmische Beifall verklungen war, der diesen Worten folgte, hatten sich die Paare, die die Gaue Württembergs in charakteristischen Volkstrachten darstellten, auf der Bühne geordnet und ein reizender Bauerntanz entzückte die Zuschauer.

Dann trat Schwaben noch einmal vor und sprach folgende Schlußworte:

Einmal bereits, vor achtundzwanzig Jahren,
Hab' ich in Stuttgarts Mauern Euch begrüßt,
Und wer sich jener Zeit entsinnen kann,
Der weiß es auch, mit welchen Schwierigkeiten,
Innern und äußern, wir zu kämpfen hatten.
Das Feld, das damals rauh und steinig war
Und dornbesäet, heut liegt es eben vor uns,
Und tausend, abertausend Herzen schlagen
Für die Partei der Zukunft froh und laut,
Die damals nur ein Name, keine Macht.
Heut führt sie kampferprobte Veteranen
Und junge Krieger dichtgeschaart zum Kampf,
Und ihre stolze Streit- und Siegesfreude
Pflanzt auf den höchsten Wall das rothe Banner
Und mischt ihr Jubelrufen in die Klänge,
Die machtvoll rauschenden des Siegesmarschs!

Während die Gruppen zu einem prächtigen lebenden Bilde zusammentraten, spielte die Musik den Sozialistenmarsch und die drei Tausend Männer und Frauen, die den weiten Rundbau füllten, sangen begeistert die prächtigen Verse.

Nun hielt Genosse Karl Kloß folgende Ansprache:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es wird mir schwer, nach einer so wirkungsvollen poetischen wie scenischen Begrüßung unserer Delegirten für die nackte Prosa Worte zu finden. Was kann ich Ihnen anders sagen, als was Ihnen bereits in poetischer Form gesagt worden ist! Lange hat sich Stuttgart danach gesehnt, nachdem schon früher einmal ein Parteitag in unseren Mauern stattgefunden hat, Sie wieder bei uns begrüßen zu können, aber Hindernisse traten jedes mal dem Wunsche entgegen. Endlich ist es uns gelungen. Nun aber sagten sich die Genossen Stuttgarts: Wie können wir wohl die Delegirten am würdigsten empfangen? Wie können wir ihnen den besten Willkommen bieten? Die Gelegenheit bot sich. Wir standen vor der Wahl und da sagten wir uns: einen würdigeren Empfang können wir den Delegirten nicht bereiten als dadurch, daß wir sie in einem von der Sozialdemokratie eroberten Wahlkreise empfangen. (Stürmischer Beifall.) Deshalb unablässiges Arbeiten, unablässiges Mühen! Wir waren uns sicher wohl bewußt, daß wir, wenn wir nicht im ersten Wahlgange durchdringen, auf die Hilfe der Demokratie nicht rechnen können. (Sehr wahr!) Wir haben vor 5 Jahren die Erfahrung gemacht und deshalb sagten wir uns: entweder im ersten Wahlgange oder wir werden nochmals darauf verzichten müssen. Die Arbeit war nicht umsonst, unser Zweck ist erreicht, wir haben den Wahlkreis erobert. (Bravo!)

Schon einmal fand ein Parteitag in Stuttgart statt, im Jahre 1870. Aber damals war die Partei klein, geringe Anfänge waren es, und was das schlimmste war, unter sich uneinig, haben sich noch die beiden Richtungen bekämpft, und bekämpft in einer Weise, die wahrlich nicht angethan war, Indifferente für die Sache der Sozialdemokratie zu gewinnen. Aber die Sozialdemokratie wuchs auch im Schwabenlande, von Wahl zu Wahl mehrten sich die Stimmen, wenn auch das Jahr 1878, das Jahr des Schandgesetzes, vorübergehend einen Rückgang herbeiführte. Die Mühe war nicht umsonst. Nicht nur in Stuttgart, sondern im ganzen Lande konnten wir wesentliche Wahlerfolge verzeichnen. Während wir 1884 noch mit 9154 Stimmen im ganzen Lande rechnen mußten, hatten wir 1893 schon 42 801 Stimmen auf unsere Kandidaten vereinigt, und 1898 62 452 Stimmen. Das bedeutet einen Zuwachs gegen die letzte Wahl von 45 pCt. Wir haben diese Erfolge erzielt, speziell bei der letzten Wahl, trotz oder vielleicht gerade wegen der gemeinen Agitation unserer Gegner. Wir sind weit entfernt, diesen Erfolg unseren Mühen und unseren Kämpfen allein zuzuschreiben, wir hatten einen mächtigen Verbündeten, wenn auch einen Verbündeten wider Willen: Das ist der Kapitalismus. Der Kapitalismus hat tiefe Furchen der Unzufriedenheit in weite Kreise der Bevölkerung gezogen, und unsere Aufgabe war es, in diese Furchen den Samen der Erkenntniß unserer wirthschaftlichen Verhältnisse zu streuen. Dieser Samen ist aufgegangen.

Ein kleines Beispiel dürfte Ihnen zeigen, wie sehr der Kapitalismus uns hilfreich zur Seite stand: Im Jahre 1869, wo die Partei in Württemberg offiziell begründet wurde, da wurde auch ein kapitalistisches Unternehmen gegründet, die Württembergische Vereinsbank, mit einem voll eingezahlten Aktienkapital von 1 368 000 Mark. Nach 25 Jahren betrug das Aktienkapital bereits 18 Millionen, alle größeren industriellen Unternehmungen Württembergs sind von diesem Aktienunternehmen abhängig. Viele kleine, mittlere und sogar auch größere Geschäftsleute Württembergs wurden expropriirt, ihr Eigenthum wurde den Aktiengesellschaften überwiesen. Gerade deshalb, weil durch den Kapitalismus die breiten Massen der Bevölkerung ihrer Arbeitsmittel beraubt wurden, weil sie in das Proletariat zurückgedrängt wurden, gerade deshalb haben wir soviel Anhänger gefunden im Lande. Und wir dürfen sagen, wir haben eine gute Zukunft. Wir wollen es nicht dabei bewenden lassen, die Delegirten heute auf dem Boden eines gewonnenen Wahlkreises zu begrüßen, wir wollen vor allen Dingen diesen Wahlkreis erhalten, und wir versprechen Ihnen, liebe Delegirten, daß wir unsere ganze Kraft dafür einsetzen werden. (Lebh. Beifall.) Aber nicht das allein, wir werden weiter gehen, zu dem einen Wahlkreis wollen wir andere erobern, und wir rechnen dabei mit Bestimmtheit auf die Hilfe des Kapitalismus, der ja nicht aus seiner Haut heraus kann, der immer mehr expropriiren, immer mehr Unzufriedene schaffen muß.

Der Parteitag wird schwere Aufgaben zu erledigen haben. Ich will hier nur hinweisen auf den einen Punkt, der der vorher festgesetzten Tagesordnung hinzugefügt ist infolge der bekannten Oeynhausener Rede, welche ein Gesetz ankündigt, wonach diejenigen Arbeiter, die zu einem Streik reizen, mit Zuchthaus bestraft werden sollen. Nun, wir haben schon vor anderen Drohungen gestanden, und wir haben nicht gezittert. Möge auch selbst ein solches Gesetz Kraft erlangen, wir wissen, für uns ist in diesem Falle das Zuchthaus nicht entehrend. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Proletariat zu Liebe werden wir selbst das Zuchthaus auf uns nehmen. (Lebhafter Beifall.) Sehr recht hat die „Schwäbische Tagwacht", wenn sie in ihrer neuesten Nummer schreibt: „Und wenn die Welt voll Teufel wär' und wollte uns verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es muß uns doch gelingen!" (Beifall.) Ja, es wird uns gelingen, trotz aller Zuchthausparagraphen.

So wünschen wir denn dem Parteitag zu seinen Arbeiten den besten Erfolg. Aber wir wollen es nicht bei leeren Redensarten bewenden lassen, wir erwarten, daß die hier in Stuttgart versammelten Delegirten ihr bestes daran setzen werden, um einen guten Erfolg zu erzielen. Wie soll ich nun meine Begrüßung schließen? Ich glaube, das herzlichste, das willkommenste für die Delegirten ist es, wenn ich Sie alle ersuche, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf die deutsche, auf die internationale Sozialdemokratie. Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch und zum dritten Male hoch! (Unter lebhaftem Beifall stimmt die Versammlung in das Hoch ein und singt sodann unter Begleitung der Kapelle die erste Strophe der Marseillaise.)

Hierauf betrat, mit minutenlangem Beifallssturm und Hüteschwenken begrüßt, Liebknecht das Podium:

Genossinnen und Genossen! Als dem ältesten der anwesenden Delegirten — beiläufig ein Vorrecht, auf das ich sehr gern verzichten würde (Heiterkeit) — ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, auf den Willkommengruß zu antworten im Namen der Delegirten. Ich danke für den herrlichen Empfang, den man uns hier bereitet hat, einen Empfang, wie er blos möglich war in dem schönen Schwabenland, in dem Lande des Gesanges, dem Lande der Poesie, dem Lande der Schönheit und des Schönheitssinnes (Beifall). Eine solche Aufführung, wie sie uns hier vorgestellt wurde, hätten wir vielleicht nirgendwo in Deutschland haben können. Wir danken Ihnen. Aber weit mehr als hierfür danken wir Ihnen für das, was mein Freund Kloß schon sagte, daß Sie die Hauptstadt von Schwaben vorbereitet haben für diesen Parteitag, daß Sie zu unserem Empfange die rothe Fahne der Menschheit und der Sozialdemokratie auf dem schönen Stuttgart aufgepflanzt haben. (Beifall.) Das war ein Schwabenstreich, (Stürmischer Beifall und Heiterkeit), in der Weise des alten Uhland! Das war ein Schwabenstreich, durch den alles dasjenige, was früher nachgesagt worden ist dem langsam bedächtig fortschreitenden Schwaben, glänzend widerlegt worden ist.

Genossinnen und Genossen. Wir wissen wohl, Sie haben einen schweren Stand gehabt. Der Kapitalismus ist hier nicht in dieser abschreckender Weise und Form aufgetreten, als in anderen Theilen Deutschlands. Hier hat die Reaktion nicht jenes widerliche Gesicht gezeigt, wie in dem Norden Deutschlands, wo das preußische Junkerthum ja jeden Mann, der Ehr- und Freiheitsgefühl besitzt, mit Zorn und Ingrimm erfüllt und in den Kampf hineintreibt. Hier haben Sie ja eine starke Demokratie in Ihrem Staate; hier war die Grenzlinie zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie sehr schwer zu ziehen. Und das ist es ja, was von unseren Gegnern so gar nicht begriffen worden ist: die Demokratie ist etwas wunderbar Konservatives. In der Schweiz, in England, in Amerika sehen wir, wie die Sozialdemokratie langsamer fortschreitet als in Ländern wie Deutschland und Frankreich. Gerade in diesem Lande hier mit einer starken bürgerlich demokratischen Partei war es schwerer als in den anderen Theilen Deutschlands, das Banner der Sozialdemokratie zu entfalten und es siegreich voranzutragen. Sie haben diese Aufgabe erfüllt und haben sich den Dank der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie damit verdient. Jetzt haben Sie die Stadt; nachdem Sie die Stadt bekommen haben, werden Sie auch das Land bekommen (lebhafter Beifall), gerade wie wir im übrigen Deutschland, nachdem die Städte erobert waren, jetzt hinausgegangen sind auf das Land, und bei der letzten Wahl gezeigt haben, daß wir im stande sind, das Land zu erobern. (Beifall.)

Die Schöne von Schwaben hat ja schon auf den Kongreß hingewiesen, den wir früher gehabt haben, ein Arbeiterparlament, aber doch kein Parlament, wie das heutige. Es war 1870, unmittelbar ehe jener fluchwürdige Krieg zwischen Frankreich und Deutschland von den Gewalthabern entzündet worden ist. Welchen Weg haben wir in diesen 28 Jahren zurückgelegt! Wir sind das, was wir heute sind, geworden durch Kampf! Kampf ist die beste Erziehung für eine Partei. Und jetzt steht die deutsche Sozialdemokratie in einem neuen Kampfe. Es ist ausgesprochen worden von einer Stelle, die in die Geheimnisse des Klassenstaates eingeweiht sein muß, daß die deutsche Sozialdemokratie, daß die Organisation der deutschen Arbeiter vernichtet werden soll. Mit Zuchthaus soll bedroht werden, wer zum Streik anreizt. Arbeitseinstellung ist das letzte Mittel des Koalitionsrechtes, und wie ist ein Streik möglich, ohne daß dazu aufgefordert wird? Und welche Aufforderung kann nicht als Anreiz aufgefaßt werden? So setzt dieses Gesetz Zuchthaus für jeden, der das Koalitionsrecht ausüben will. Nun, Genossinnen und Genossen, wir stehen fest. Wir sind erprobt in dem Kampf. Wir haben gefährlichere Krisen triumphirend überwunden. Jüngst wurde ein Mann zu Grabe geleitet, in dessen Hand mehr Macht gelegen hat, als in der irgend eines anderen Menschen seit dem Tode des ersten Napoleon. Nachdem er uns nicht bestechen und verführen und vor seinen Wagen spannen konnte, versuchte er uns zu vernichten. Wir nahmen den Kampf mit ihm auf, den Polizeikampf, den Kampf vor den Gerichten, den Kampf unter dem Sozialistengesetz, und dieser Mann, ausgestattet mit der ganzen Macht, möchte ich sagen, seines Jahrhunderts, der Macht des Kapitalismus, aller mechanischen Macht, er ist zerschmettert worden von der Sozialdemokratie (Stürmischer Beifall), deshalb, weil die Sozialdemokratie ein nothwendiges Produkt ist der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Denn gerade der Kapitalismus, welcher die Verfolgungen gegen uns entfacht hat, der hat auch seine Kulturwidrigkeit, seine Freiheitsfeindschaft gezeigt. Er hat zum Kampf aufgefordert, und er selbst, dessen Kind der Sozialismus ist, er hat durch alle Maßregeln gegen uns den Sozialismus und die soziale Bewegung gestärkt, und so wird es auch jetzt kommen.

Genossen! Noch eins, ehe ich zum Schluß komme. Dieser Kongreß hat eines verwandt und gemeinsam mit dem Rumpfparlament von 1870. Damals war auch schon ein Vertreter des französischen Proletariats hier zugegen, unser Freund Eduard Vaillant, der Mann der Kommune. Auch heute, nachdem ja die internationale Sozialdemokratie so große Fortschritte gemacht hat, tritt hier auf diesem Kongreß das internationale Element zu tage. Wir haben Freunde aus Oesterreich, aus der Schweiz in unserer Mitte. Die Sozialdemokratie kennt keinen Unterschied zwischen Nationalismus und Internationalismus; und so, wie wir in dem Sozialismus nicht die Freiheit des Individuums zerstören wollen, so soll in der Internationalität niemals der Charakter der Nationen zu grunde gehen. (Lebhafter Beifall.) Thöricht oder bewußte Betrüger diejenigen, die einen Gegensatz zu finden suchen zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die Sozialdemokratie ist international, so muß es bleiben, denn sie muß treu bleiben ihrem Ursprung Sie ist eine Partei, die den Kapitalismus zu bekämpfen hat, und sie darf deshalb ihren proletarischen Charakter nicht verlieren, denn ohne diesen ist der Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien verwischt. Und da giebt es nun, nachdem wir einen Bismarck überwunden haben, keinen Kampf mehr, den wir zu scheuen, keinen Gegner, den wir zu fürchten haben, wir nehmen den Kampf auf mit allen unseren Gegnern. (Beifall.) Auch dieser Kongreß wird seine Schuldigkeit thun. Wir wissen, daß die Genossen in Schwaben und im übrigen Deutschland hinter uns stehen. Und darum schließe ich nochmals mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Sie lebe hoch! hoch, hoch! (Die Versammlung stimmt dreimal begeistert in den Ruf ein.)

Der letzte Redner des Abends war unser alter Genosse Hermann Greulich aus Zürich. Er sagte: Es war nicht meine Absicht, hier eine Rede zu halten. Ich bin daher gekommen, um wieder einmal einem deutschen Parteitage beizuwohnen, denn der letzte, an dem ich theilzunehmen die Ehre hatte, war 1869 in Eisenach. Nun trifft es sich aber, daß sowohl das Lokalkomitee, wie die anderen Gäste wünschen, ich möchte auf die freundlichen Begrüßungsworte etwas erwidern. Wem wäre nicht das Herz aufgegangen vor der Poesie des schönen Schwabenlandes, wie es heute Abend bei uns sich eingeführt hat!

Es sind 33 Jahre her, da tagte hier — es war 1865 — auch ein Arbeiterparlament in der Liederhalle. Es war der Vertretertag deutscher Arbeitervereine. Da saßen wir durcheinander mit Leuten in ganz verschiedener Lebensstellung und von ganz verschiedenen Ansichten; ich glaube, außer mir ist nur noch Bebel hier, der auch mit dabei war. Da wurde denn ein entsprechendes Programm zurecht geschneidert. Es war aber doch die erste Lebensäußerung aus den Arbeiter-Bildungsvereinen, daß sie sich geweckt durch die Agitation Lassalle's an diesem Tage aussprachen für das allgemeine gleiche, direkte Wahlrecht!

Drei Jahre später, 1868 in Nürnberg, machte man reinen Tisch, und wir proklamirten das Programm der internationalen Arbeiter-Assoziation. (Lebhafter Beifall.)

Seit der Zeit ist viel gegangen, seit der Zeit haben wir erlebt eine Auferstehung des arbeitenden Volkes, das in der Geschichte bis dahin nur als Sklave, als Leibeigener, als stumpfsinniger Lohnarbeiter gelebt hatte, zum Selbstbewußtsein seiner Stellung in der Gesellschaft. Wenn das nicht ein Stück Kulturarbeit war, wie Gleiches in der Weltgeschichte noch nie gethan worden ist, dann sollen unsere Gegner uns erst zeigen, was sie zu stande gebracht haben! (Lebhafter Beifall.)

Wir von auswärts sind hierher gekommen, weil wir den Verhandlungen und Berathungen dieses Parteitages die größte Bedeutung beimessen, wir sind hierher gekommen in dem Bewußtsein, daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihren 2¼ Millionen Stimmen eine bessere Garantie für den Weltfrieden bietet, als das Abrüstungsmanifest des Zaren. (Stürmischer Beifall.)

Euch allen entbieten wir unsern Gruß. Und nun lassen Sie mich noch einige Worte sagen, die sich auf unsere Schweiz beziehen. Die Schweiz hat es infolge ihrer geographischen Lage und ihrer ökonomischen Verhältnisse zu Wege bringen können, den Gedanken der Demokratie aus dem 12., 13. und 14. Jahrhundert hinüberzuretten bis in die Gegenwart. Während in den anderen Ländern die tapferen Bauern und in Niederdeutschland, in Flandern, die Städte niedergeschlagen und besiegt wurden, wußten die Schweizer Bauern im Bündniß mit den Städten mit Hilfe ihrer eigenartigen militärischen Taktik sich ihrer Gegner zu erwehren und den Gedanken der Demokratie aufrecht zu erhalten bis heute. Aber der Kapitalismus legt sich wie Mehlthau auf diesen Gedanken. Er kleidet sich unter die Hülle des Patriotismus, um der Regierung, der Eidgenossenschaft Nachgiebigkeit gegen das Ausland zuzumuthen. Wir leben in einer reaktionären Periode, in einer Uebergangszeit, in der es überall brodelt. Sehen Sie nach Frankreich, wo Klerikalismus und Militarismus, nach Oesterreich, wo der Staatsstreichsgedanke zur Geltung zu gelangen sucht, sehen Sie überall hin! Und da kam ein ruchloser Dolchstich in Genf und aufs neue tritt die Reaktion wieder hervor, auch bei uns. Unter dem Vorgeben: Kampf gegen den Anarchismus! müssen wir jeden Augenblick gewärtig sein und haben zum theil schon Anzeichen dafür, daß man den Sozialisten an den Wagen will. Natürlich fürchten wir uns ja nicht, wir schweizerischen Sozialisten haben uns auch nicht zu fürchten; denn uns kann man nicht ausweisen, uns kann man nicht expatriiren oder etwas derartiges, dafür haben wir glücklicherweise eine Verfassung;

aber man kann alle die bei den Ohren nehmen und mißhandeln, die, vertrieben aus ihren eigenen Vaterländern den Boden der Schweiz aufsuchen müssen, um ein Asyl zu finden. Da ist es gegenwärtig unser Kampf, dieses Asylrecht gegen schnöde Verletzung, so lange es in unseren Kräften steht, zu vertheidigen (Beifall), in jedem einzelnen Falle und im allgemeinen, und ich glaube, wir erfüllen damit ebenfalls eine Kulturaufgabe. Es ist schon manchmal von dem Asylrecht Gebrauch gemacht worden auch von solchen, die vorher sehr hoch standen. (Heitere Zustimmung.) Wir haben erlebt, daß Flüchtlinge zu uns kamen, die drangsalirt waren und später kamen sie als Gesandte zu uns. Wir kämpfen einen Kulturkampf, indem wir sagen, es kommt nicht darauf an, wer gerade oben ist, sondern es soll jedem Verfolgten, wenn er ein braver Mann ist und keine Schlechtigkeiten begangen hat, der Boden der Schweiz als Asyl zur Verfügung stehen. (Beifall.) Werthe Genossen, wir werden unseren Kampf nur dann siegreich durchkämpfen können, wenn der Kampf in den anderen Ländern auch siegreich geführt wird. (Beifall.) Bei den nahen Beziehungen, die heutzutage von Land zu Lande herrschen, wäre die schweizerische Demokratie auf schwache Füße gestellt, wenn nicht der demokratische Gedanke seine wirkliche Form erhält, oder wie Niethammer (der Stuttgarter) einst gesagt hat, die Demokratie muß zur Sozialdemokratie werden. Die Demokratie muß in diesem Sinne überall drucken und drücken und weiter vordringen und den Machthabern eine Errungenschaft um die andere abringen.

Ich will hoffen und wünschen, daß auch dieser Parteitag eine neue Stufe dazu bilden wird, sich zu einigen über alle die Fragen, in denen geschlossen marschirt werden soll, in denen es sich darum handelt, dem arbeitenden Volke einen neuen Stein zu dem Bau beizutragen, zu dem Bau, unter dem es einst Freiheit und Sicherheit genießen soll. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Damit schloß der erste Theil. Der zweite Theil brachte wohlgelungene turnerische Aufführungen der Freien Turner Stuttgarts, eine Reihe reizender schwäbischer Volkslieder und ein lebendes Bild, das Monument der Zukunft. Die Darstellung wurde eingeleitet mit folgender Deklamation:

Allmälig ward zur lächerlichen Plage,
Zur Mode, die kein Kritiker vernichtet,
Die öde Denkmals-Bauwuth dieser Tage:
Sie werden täglich dutzendweis errichtet.
Zur Blüthe ist der Unsinn längst gediehen
Und der Agent verdient mit ihm Prozente;
Man kann sie schon nach Preiskourant beziehen
Aus der Fabrik, die edlen Monumente.

Das kleinste Nest will jetzt sein Denkmal haben
Und wär' es noch so dürftig auch gerathen;
Man sieht sie sitzen, stehn, zu Pferde traben
Die Schlachtenlenker und die Potentaten.
Ein Kriegerdenkmal fordert streng die Mode,
An welchem Kränze nieder man kann legen,
Die Otto's aber geh'n nach seinem Tode
Wie Pilze auf nach einem warmen Regen.

Scheint diese Seuche auch nicht auszurotten
Und macht kein Spruch sie der Vernunft zu nichte —
Es wird sie dafür jämmerlich verspotten
Und arg zerzausen die Kulturgeschichte,
Und unsre Enkel werden spöttisch lesen.
Ungläubig fast und jedenfalls verwundert,
Wie erz-servil, wie närrisch es gewesen,
Das sonst so rüstig strebende Jahrhundert.

Und sicher wird in jenen bessern Tagen,
Die nur die Denker und die Dichter lieben,
Man schweigend ab die Monumente tragen
Und sie in eine Rumpelkammer schieben.
Da stehen dann in Staub und Spinngeweben
Verrostet und vergessen sie im Schatten
Und um sie her herrscht nur das lust'ge Leben
Der flinken Mäuse und der plumpen Ratten.

Nur andrer Männer wird man dann gedenken,
Die in den Reichen des Gedankens walten,
Die das Geschick der Menschheit sinnend lenken
Und das Verworrne auseinanderfalten.
Nur sie wird man in Erz und Marmor bilden,
Nur sie voll Dank und voll Verehrung feiern;
In jener Zeit, der weisen, menschlich-milden,
Wird man nur dieses Monument entschleiern!

Nun wurde der Vorhang zurückgezogen und eine Marmorgruppe wurde sichtbar, in der Mitte Marx, links und rechts von ihm Engels und Lassalle, im Hintergrunde die Fahne des Proletariats. Minutenlang durchbrauste der Beifall der begeisterten Versammlung den Saal. Damit war der Höhepunkt des Festes erreicht.

Gesang und Konzert hielten die Genossen noch lange zusammen. —

Stuttgart, den 8. Oktober.

Erster Verhandlungstag.

(Privatdepeschen des „Vorwärts".)

Im Dinkelacker'schen Saalbau traten um 9 Uhr morgens die Delegirten zur ersten Sitzung zusammen. Kurz vor 1/2 10 Uhr eröffnet Liebknecht die Verhandlungen mit folgender Ansprache: „Genossinnen und Genossen! Als Aeltester habe ich im Namen der Parteileitung Sie willkommen zu heißen auf dem neunten Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Auch in Stuttgart stehen wir auf historischem Boden. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat ja überall Stätten, wo sie gekämpft hat, aber ein ganz besonderes Interesse bietet uns Stuttgart, weil wir hier die sämmtlichen Phasen der proletarischen Entwickelung Deutschlands verfolgen können. Gestern schon auf dem herrlichen Feste, dessen Eindruck in uns immer fortleben wird, wurde von dem Genossen Greulich daran erinnert, daß 1865 hier die Arbeiterorganisation Deutschlands, die damals auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft nach Schulze-Delitzsch'schem Muster und Vorschriften begründet war, einen Kongreß in Stuttgart abgehalten hatte. Auf diesem Kongreß ging man unter dem Eindruck der jungen sozialistischen Bewegung dazu über, das allgemeine Wahlrecht zu fordern, durch dessen Proklamirung die Wahrheit ausgesprochen wurde, daß die Arbeiterklasse den politischen Kampf führen müsse. Die sozialistische Bewegung entwickelte sich mehr und mehr. Der allgemeine deutsche Arbeiterverein wuchs empor und neben ihm wurde von solchen, die den Rahmen seiner Organisation nicht völlig genügend hielten, die sogenannte Eisenacher Partei begründet. Diese schloß sich der internationalen Arbeiter-Assoziation an, hatte einen ihrer Kongresse in Stuttgart und zwar im Juni 1870. Damals tagte hier ein Rumpf-Parlament der Arbeiter. Es war nur ein Theil der Arbeiter: die Arbeiterklasse, soweit sie zum Bewußtsein erwacht war, war noch in sich gespalten und der Gedanke der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens war noch nicht zum Durchbruch gekommen. Kaum hatten wir den Kongreß damals verlassen, da brach das Kriegsungewitter los und im Sturm der entfesselten Leidenschaften glaubte der Kapitalismus die deutsche Arbeiterbewegung ersticken zu können. Es kam der Leipziger Hochverrathsprozeß, die schwersten Verfolgungen ohne Zahl. Nachdem die Kommune in Paris wieder geschlagen war, glaubte man den Sozialismus erstickt zu haben. Aber umgekehrt ging die Entwickelung. Gerade dieser heldenmüthige Kampf hatte das Proletariat der ganzen Welt aufgerüttelt und das Gefühl der internationalen Solidarität erweckt. Seitdem sind 28 Jahre verflossen, 28 Jahre des Kampfes, schwerer Opfer für uns, in denen wir aber vorgedrungen sind, Schritt für Schritt mit der Entwickelung des Kapitalismus. Die Thoren, die da glaubten, durch Beseitigung einzelner Personen, durch Polizeimaßregeln die Sozialdemokratie vernichten zu können, sie begriffen nicht, daß aus dem Boden der heutigen Gesellschaft der Sozialismus immer wieder hervorwächst, gerade so wie im Frühling die Pflanzen, wenn die Sonne scheint. Die deutsche Sozialdemokratie, vor 28 Jahren ein Rumpfparlament, steht heute geeinigt da, heute haben wir im vollsten Sinne des Wortes das Arbeiterparlament der Sozialdemokratie Deutschlands. Jetzt gehen wir neuen, schweren Kämpfen entgegen. Der Mann, der glaubte, die Sozialdemokratie erdrücken zu können, in dessen Händen die größte Macht vereinigt war, der die Klassendiktatur der Bourgeoisie in einer Härte durchgeführt hat, wie in keinem anderen Lande, er ist überwunden worden von der Sozialdemokratie. Und die Partei, die einen Bismarck niedergeworfen hat, kann wahrlich über dessen kleinere Nachfolger Herr werden. Aber der Kapitalismus, je mehr er sich bedroht fühlt, desto mehr rafft er sich auf, er weiß, daß mit jedem Moment unsere Macht wächst. Bei den letzten Wahlen wurde alles aufgeboten, um dem Proletariat seine Macht zu nehmen, um ihm das allgemeine Wahlrecht und das Koalitionsrecht zu entreißen. Alles war vereinigt gegen uns, aber wir haben gesiegt, wenn wir auch einige kleinere Niederlagen erlitten haben. Im großen und ganzen ist uns der Sieg zugefallen und wie Freund Greulich schon gestern bemerkte, die 2 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen sind eine bessere Friedensbürgschaft als alles, was von seiten der herrschenden Klasse heute geschehen kann. Der Ansturm gegen uns bei der Wahl ist mißlungen! Wir haben gesiegt!

Aber der Kapitalismus, der jetzt um seine Existenz kämpft, sucht schon wieder nach Mitteln und Wegen, uns zu vernichten. Da ist vor einigen Wochen proklamirt worden, daß das Koalitionsrecht den Arbeitern genommen werden muß; es ist angekündigt, daß die kapitalistischen Parteien ein Gesetz vorbereiten, welches die Ausübung des Koalitionsrechts mit Zuchthaus bestraft! Aber der Gedanke des Zuchthauses erschreckt uns Sozialdemokraten nicht. (Beifall.) Wie konnte man denn überhaupt darüber überrascht sein? Man sagt, Dichter sind Propheten. Ich las, ehe ich hierher ging, in den Gedichten von Heine. Da hat Heine schon vor länger als fünfzig Jahren proklamirt als die Zukunft Deutschlands, wenn das Polizeiregiment fortdauert, das nationale Zuchthaus, und dem nationalen Zuchthaus gehen wir jetzt entgegen. Aber wir werden kämpfen für das Koalitionsrecht, wir werden kämpfen für das bedrohte Wahlrecht, und wir werden aller unserer Feinde Herr werden. (Beifall.)

Alles sucht man auszubeuten, um das rothe Gespenst an die Wand zu malen. Da fiel neulich ein Dolchstich gegen eine Frau, die niemanden etwas zu Leide gethan hat. Wenn jemals ein politischer Mord begangen ist, der unpolitischste aller Morde. (Zustimmung.) Aber sofort sagt man, das ist Anarchismus, und der Anarchismus ist die Frucht des Sozialismus, beide gehen aus demselben Boden hervor. Nun, wir Sozialdemokraten haben bei tausend Gelegenheiten nachgewiesen, daß Anarchismus und Sozialismus Antipoden sind, daß der Anarchismus in der Gesellschaft wurzelt, welche die freie Konkurrenz proklamirt hat, und daß der Sozialismus, welcher dem Kapitalismus feindlich gegenübersteht, ebenso feindlich dem Anarchismus gegenübersteht. Der Anarchismus kann überwunden werden, nicht durch den Kapitalismus, sondern einzig durch den Sozialismus, der die kapitalistische Gesellschaft und mit ihr die Wurzeln des Anarchismus wegschaffen wird. (Sehr wahr!) Unter dem Eindruck dieser Mordthat glaubte man Stimmung machen zu können, man will neue Gesetze schaffen, die uns knebeln, aber das erschreckt uns nicht. Die Partei, welche zwölf Jahre des Sozialistengesetzes durchgemacht hat, pfeift auch auf die Gesetze, welche etwa noch von der uns feindlich gegenüber stehenden Bourgeoisie in ihrer kurzsichtigen Beschränktheit gegen uns geschaffen werden können. Wir werden den Kampf aufnehmen, und so wie wir vorher gesiegt haben, auch in Zukunft siegen. (Beifall.) Die bürgerliche Gesellschaft ist am Ende ihres Lateins! Da kommt der russische Kaiser, er, der wesentlich schuld daran ist, daß Europa von Waffen starrt, und macht den Vorschlag der Abrüstung. Das war eine Farce, ob eine kluge, das weiß ich nicht, aber ich glaube kaum. Welcher Thor sollte sich dadurch haben täuschen lassen? Das jedoch steht fest: es giebt nur eine Partei, welche das Ideal des ewigen Friedens verwirklichen kann, und das ist die Sozialdemokratie. Wir sind die Partei des Friedens und erst mit Ueberwindung des Kapitalismus kann der Militarismus vernichtet werden. (Beifall.)

Immer mehr und mehr verzweifelt die kapitalistische Gesellschaft, sie wirft alle ihre alten Ideale bei seite. Im Lager unserer Gegner herrscht heute der Kampf auch gegen die Kultur, im Lager der Sozialdemokratie aber, da ist die Freiheit, da ist der Friede, da ist das Recht, da ist die moderne Kultur. Für sie werden wir kämpfen, und unter unserem Schutz, vertreten durch uns, wird die Kultur siegen über die jetzt herrschende Unkultur.

Dem jetzigen Parteitag steht eine schwere Aufgabe bevor. Zu den meisten Fragen, die Deutschland und Europa bewegen, werden wir in der einen oder andern Form Stellung zu nehmen haben, und so manche andere, schwere Aufgaben werden wir für uns selbst zu lösen haben. Diese Aufgaben, so schwer sie sein werden, der Parteitag wird sie lösen. Das hoffe ich nicht, das weiß ich, denn wir haben die Wahlen hinter uns, wir haben eine größere Macht als alle unsere Gegner, wir werden ihrer Herr werden. (Beifall.)

Und nun erkläre ich den Parteitag für eröffnet und ich bitte, zur Konstituirung des Bureaus zu schreiten.

Ich erwarte Vorschläge aus der Mitte der Versammlung.

Metzner-Berlin schlägt Singer als Vorsitzenden vor.

Hoffmann-Bielefeld: Ich habe von meinem Kreise den Auftrag bekommen, den Parteitag zu ersuchen, diesmal den Genossen Singer nicht zum Vorsitzenden zu wählen (Unruhe). Der Antrag enthält gar keine persönliche Spitze. Wir wissen, daß Singer deshalb immer und immer wieder zum Vorsitzenden der Parteitage gewählt worden ist, weil er ein vorzüglicher Vorsitzender ist; aber in Hamburg hat er die Mitte zwischen links und rechts nicht so recht gehalten und durch seine Interpretation sicherlich die Verwirrung wegen der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen mit veranlaßt (Unruhe.) Er hat als Vorsitzender nicht richtig demokratisch gehandelt, als er durch seine willkürliche Interpretation alles einseitig erledigen wollte. (Unruhe.) Ihre Unruhe zeigt mir ja, daß wir mit unserem Antrage nicht durchdringen werden. Darauf kommt es auch gar nicht an. (Heiterkeit.) Wir wollten unseren Antrag nur hier zur Sprache gebracht haben und hoffen, daß diese Erfahrung dazu beitragen wird, die Geschäftsführung wieder etwas demokratischer zu gestalten.

Liebknecht: Die Kritik des Genossen Hoffmann ist völlig ungerecht. Singer hat den Hamburger Beschluß nicht willkürlich interpretirt, sondern erst den Kongreß befragt, ob er mit seiner Auslegung einverstanden sei. Gerade der Genosse aus Bielefeld ist am wenigsten zu dieser Kritik berufen, denn die Bielefelder haben sich direkt aufgelehnt gegen den Hamburger Beschluß.

Hoffmann-Bielefeld bittet ums Wort.

Augustin-Berlin beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der Bielfelder Antrag hat im ganzen Reiche nur lebhaftes Kopfschütteln erregt. Der Antrag auf Tagesordnung wird angenommen und sodann Singer mit allen gegen eine Stimme zum Vorsitzenden gewählt.

Singer: Genossinnen und Genossen! Indem ich Ihnen meinen aufrichtigen und herzlichen Dank für das mir bewiesene Vertrauen ausspreche, glaube ich die Intentionen des Parteitages am besten zu erfüllen, daß ich auf die eben geführte Debatte mit keinem Worte zurückkomme. Wenn mich etwas stolz darauf macht, zur Mitleitung dieses Parteitages berufen zu sein, so ist es die Ueberzeugung, daß dieses Parlament der Arbeit, wenn es nach dem Willen der herrschenden Klassen geht, ein Parlament zukünftiger Zuchthäusler ist. (Lebhafter Beifall.) Wir werden nicht aufhören, den Rücken und Tücken unserer Gegner Ruhe und zielbewußtes Handeln entgegenzusetzen. Und so wollen wir verhandeln, nicht um uns zu schützen, sondern um die ganze Zerfahrenheit unserer gesellschaftlichen Verhältnisse nachzuweisen. Und nun bitte ich den Parteitag, das Bureau zu vervollständigen.

Zum zweiten Vorsitzenden wird hierauf Kloß-Stuttgart und zu Schriftführern Leid-Berlin, Brecour-Kiel, Franz Schmitt-München, Irmscher-Chemnitz, Hoffmann-Bielefeld, Kolb-Karlsruhe, Brey-Hannover, Braune-Lechhausen und Scheidemann-Gießen gewählt.

Leid, Brecour und Schmitt führen heute das Schriftführeramt.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Fritz-Berlin, Mehlhaff-Hamburg, O. Braun-Königsberg, Hug-Bant, Krause-Glauchau, Herrmann-Stuttgart, Repp-Ladenburg, Brühne-Frankfurt a. M. und Bruhns-Breslau.

Die Arbeitszeit des Parteitages ist wie gewöhnlich von 9—1 und von 3—7.

Die provisorische Geschäftsordnung wird ohne Debatte genehmigt.

Nunmehr wird zur Feststellung der provisorisch vorgeschlagenen Tagesordnung geschrittten. Dazu stehen die Anträge 1—6*) und Antrag 14**), der mit Antrag 5 identisch ist, zur Verhandlung.

Die ersten Gegenstände der provisorischen Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstandes, Bericht der Kontrolleure, Bericht über die parlamentarische Thätigkeit bleiben unverändert; ebenso wird Punkt 5 der Tagesordnung, das Koalitionsrecht, an seiner Stelle gelassen; ebenfalls werden auch Punkt 6 und 7, **die Maifeier,** die deutsche Zoll- und Handelspolitik definitiv auf die Tagesordnung gesetzt. Die Reihenfolge soll später festgesetzt werden.

Zu den Anträgen zur Tagesordnung wird die Unterstützungsfrage gestellt. Die Unterstützung reicht bei allen Anträgen mit Ausnahme des Antrages 2 aus. Dieser scheidet damit aus der Erörterung aus.

Zu Antrag 1 (Breslau) bemerkt Bruhns-Breslau: Ich kann mich kurz fassen, denn der Vorsitzende würde mir wohl nicht gestatten, in eine ausführliche Kritik des Hamburger Beschlusses einzutreten. Ich benüge mich damit, auf die Thatsache hinzuweisen, daß zwölf Anträge sich mit der Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen beschäftigen. Das beweist, für wie wichtig diese Frage in der Partei gehalten wird. Der Hamburger Beschluß hat in der That große Verwirrung geschaffen. Niemand ist mit ihm zufrieden, sowohl Freunde wie Gegner der Betheiligung halten seine Abänderung für nöthig. Ganze Kreise warten auf die Entscheidung in Stuttgart. Ich glaube daher, daß unser Antrag keinen Widerspruch finden wird, und schlage vor, die Frage der Betheiligung als Punkt 6 auf die Tagesordnung zu setzen.

Zubeil beantragt, eine Kommission von 15 Mitgliedern zu wählen, die alle Anträge, die sich mit der Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen befassen, berathen soll und dem Parteitag darüber Bericht zu erstatten hat.

Albrecht-Halle ersucht um Ablehnung des Zubeil'schen Antrages. Gerade weil eine große Unklarheit und Verwirrung herrscht, muß sich das Plenum selbst damit beschäftigen, es könnte in der Kommission leicht eine Majorisirung eintreten.

Gottschalk-Königsberg hält eine Beseitigung der Mißverständnisse nur durch eine Vorverhandlung in der Kommission für möglich. Die Kommission soll nicht ein gegebenes Faktum schaffen, sondern nur eine gesunde Grundlage für die Plenarberathung suchen, sonst liegt die Gefahr vor, daß durch einen Gewaltbeschluß ein versöhnender Abschluß verhindert wird. Daß das Referat über das Koalitionsrecht vorangehen muß, ist selbstverständlich. Gegenüber der durch die Oetnhauser Rede geschaffenen Lage schrumpft alles andere zusammen.

Stadthagen ist gleichfalls für Kommissionsberathung. Der Hamburger Parteitagsbeschluß ist keineswegs unklar. Im Gegentheil, er ist einer der klarsten, die je gefaßt sind, (Große Heiterkeit.) aber gegenüber der Unzahl von Anträgen ist eine Vorberathung nöthig. Leider hat sich die ganze Frage aus einer rein praktischen Angelegenheit zu einer prinzipiellen Meinungsverschiedenheit herausgearbeitet. Ohne Kommissionsbericht würde die Debatte mindestens einen halben, wenn nicht einen ganzen Tag erfordern.

Zubeil: Unser Antrag will der Debatte im Plenum die Schärfe nehmen und die Spitze abbrechen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Frage den Parteitag überhaupt nicht mehr beschäftigen soll. In die Kommission sollen Freunde und Gegner der Wahlbetheiligung gewählt werden.

Groth-Rostock: Wir haben uns genügend mit der Sache beschäftigt, wir wissen, was wir zu beschließen haben, eine lange Kommissionsberathung ist nicht erforderlich.

Schulz-Erfurt: Die Beschlüsse, die in einzelnen Kreisen bereits gefaßt sind, machen eine Kommissionsberathung wünschenswerth. Aber es dürfen durch den Beschluß dieses Parteitags die Kreise, die Wahlbetheiligung schon beschlossen haben, nicht gezwungen werden, ihren Beschluß rückgängig zu machen. Gerade dieser erste Versuch wird uns einen Ueberblick über unsere Kraft im Falle einer Wahlbetheiligung geben.

Hoffmann-Bielefeld: Wie sollen wir ohne vorherige Kommissionsverhandlung Klarheit schaffen, wo Liebknecht sogar gezwungen war, das Wort „ermöglichen" in sein Fremdwörterbuch aufzunehmen und eine besondere Interpretation davon zu geben.

Leutert-Apolda wünscht, daß vor der Ueberweisung an die Kommission noch eine kurze Aussprache stattfindet.

Eine weitere Erörterung findet nicht statt.

Sämmtliche auf die Landtagswahl-Betheiligung bezüglichen Anträge werden einer 15gliedrigen Kommission überwiesen.

Zu dem Antrag 3 (von Niederbarnim und Berlin 2) bemerkt

Stadthagen: Der Beschluß wurde von den Kreisen gefaßt vor der Oetnhauser Rede. Da nunmehr über das Koalitionsrecht ein besonderes Referat gehalten werden muß, wird es kaum möglich und nöthig sein, über den Arbeitsvertrag noch besonders zu referiren.

Stadthagen selbst erklärt, das Referat ablehnen zu müssen.

Der Antrag 3 wird hierauf abgelehnt.

Den Antrag 4 (6. sächsischer Kreis) begründet Höppner-Dresden. Auch dieser Antrag wird abgelehnt.

Für die Anträge 5 und 14 (Berlin V) spricht Sassenbach-Berlin: Die Anträge enthalten nicht eine hinterlistige Spitze, wie vielfach angenommen ist. Sie stehen im Zusammenhang mit den Anträgen 73, 74 und 78***), die Anregung dazu hat die Rede des Zaren gegeben. Es fragt sich, ob angesichts der dadurch geschaffenen Lage es nicht angebracht ist, zunächst die Forderung der einjährigen Dienstzeit zu betonen.

Die Anträge von Berlin V werden abgelehnt.

Den Antrag 6 befürwortet Linxweiler-Elberfeld: Er verweist auf die in der letzten Zeit gehäuften Unglücksfälle im Bergbau. Auch hier spielt die Zuchthaus-Androhung eine Rolle. Die Anreizung

---

*)**1.** Die Parteigenossen in Breslau, Königsberg i. Pr. und Heidelberg: Auf die Tagesordnung des Stuttgarter Parteitages als Punkt 5 zu setzen: „Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen."

2. Die Parteigenossen in Apolda: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „a) Die Koalitionsfreiheit. b) Die hausindustrielle Ausbeutung."

3. Die Parteigenossen des Nieder-Barnimer und des 2. Berliner Kreises: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Welche Forderungen sind an die Gesetzgebung aus dem Arbeitsvertrag zu stellen. Berichterstatter: A. Stadthagen.

4. Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: Auf die Tagesordnung des Parteitages den Punkt zu setzen: „Unsere Stellung zur Sozialreform und zum kapitalistischen Staate", und dazu einen geeigneten Referenten zu bestellen.

5. Der Genosse Haenisch in Ludwigshafen: Der Tagesordnung des Parteitages ist noch der Punkt einzufügen: „Unsere Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik."

6. Die Parteigenossen in Elberfeld: Auf die Tagesordnung des Stuttgarter Parteitages ist der Punkt zu setzen: „Der Arbeiterschutz in den deutschen Bergwerken."

)14.** Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises: „Der Parteitag möge seine Stellung zum Militarismus präzisiren."

***)**73.** Die Parteigenossen in Mainz: „Der Parteitag wolle die Reichstags-Fraktion ersuchen, bei erster Gelegenheit einen Antrag auf Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit einzubringen."

74. Die Parteigenossen in Lüneburg: „Die Reichstags-Fraktion ist aufzufordern, im Reichstag die Einführung eines Milizheeres zu beantragen."

78. Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises: „Der Parteitag möge die Reichstags-Fraktion beauftragen, bei der Berathung des Militäretats den Antrag zu stellen, auf Einführung des Milizsystems resp. der allgemeinen einjährigen Dienstzeit."

zum Streik ist leicht zu konstruiren. Es ist durchaus nothwendig, daß der Parteitag auch zu dieser Frage Stellung nimmt.

Sachse-Zwickau betont gleichfalls diese Nothwendigkeit. Die Organisation der 400 000 Bergarbeiter ist eine äußerst schwache, sie würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Partei eine recht kernige Resolution zu ihren gunsten fassen würde. Durch übermäßige Arbeitszeit, in einzelnen Bezirken noch bis zu 14 Stunden, ist die Bergarbeiterschaft abgestumpft.

Plorin-Zeitz: Wir müssen Stellung nehmen und der Regierung unsere Forderungen unterbreiten, denn die Berichte der Aufsichtsbeamten sind durchaus einseitig.

Thiele-Halle tritt namens der Mansfelder Bergleute für den Antrag ein. Bischel-Dortmund-Hörde desgleichen für das Ruhrrevier und Winter-Beuthen im Namen der Oberschlesier.

Hierauf wird der Antrag betreffend den Bergarbeiterschutz mit großer Mehrheit angenommen und beschlossen, ihn als sechsten Punkt der Tagesordnung gleich nach dem Referat über das Koalitionsrecht zu verhandeln.

Damit ist die Tagesordnung folgendermaßen festgestellt: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes; 2. Bericht der Kontrolleure; 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit; 4. Das Koalitionsrecht; 5. Bergarbeiter-Schutz; 6. Maifeier; 7. Deutsche Zoll- und Handelspolitik; 8. Anträge zu Programm und Organisation; 9. Sonstige Anträge. Die preußische Landtagswahl-Betheiligung soll je nach Fertigstellung des Kommissionsberichtes zur Behandlung gelangen.

Singer: Bevor wir in die eigentlichen Verhandlungen eintreten, erfülle ich noch die freudige Pflicht, die auch diesmal von den ausländischen Bruderparteien entsandten Genossen zu begrüßen. Wir haben unter uns als Vertreter der schweizerischen Sozialdemokratie den sturm- und kampferprobten Genossen Greulich, den Sie ja bereits gestern auf dem Feste kennen gelernt haben und für den besonders freudige Erinnerungen sich an seinen hiesigen Aufenthalt knüpfen müssen, wenn er, der vor 28 Jahren dem Rumpfparlament mit beigewohnt hat, sieht, in welcher Weise die Sozialdemokratie Deutschlands gewachsen ist. Wir haben unter uns von der Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie den Genossen Ellenbogen. Ferner ist in unserer Mitte als Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes des österreichischen Parlaments, jener muthigen und energischen Vorkämpfer für das österreichische Proletariat, der Genosse Daszinsky. Eine weitere Anzahl ausländischer Parteigenossen sind uns, wenn wir sie auch nicht als Delegirte begrüßen können, doch als liebe Gäste willkommen. Von französischer Seite sind anwesend die Genossen Lagardelle aus Paris, Milhoud aus Belfort und Longuet, der Enkel unseres großen Führers Karl Marx. Ferner erfreut uns durch ihren Besuch die holländische Genossin van Anrooy. Ich begrüße sie alle namens des Parteitages herzlichst und brüderlich; wir danken ihnen dafür, daß sie erschienen sind, und wir hoffen, sie werden nach den Verhandlungen in ihre Heimath die Ueberzeugung mitnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor, ihrer Pflicht sich bewußt, treu und unermüdlich Schulter an Schulter für das Proletariat aller Länder kämpfen wird. (Lebhafter Beifall.)

Es werden ferner eine Reihe von Begrüßungs-Telegrammen bekannt gemacht, darunter eins aus Amsterdam und eins von Leßner in London.

Ellenbogen-Wien: Ich erlaube mir vor allen Dingen dem Genossen Singer für seine freundliche und herzliche Begrüßung zu danken. Die Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie übersendet Ihnen durch mich Gruß und Glückwunsch! Wir fühlen uns eines Herzens und eines Sinnes mit Ihnen, wir wissen, daß unsere Ziele gemeinsam sind. An der Thatsache dieser brüderlichen Solidarität ändert auch nicht der Umstand, daß in letzter Zeit die politische Entwickelung der Verhältnisse unseres Landes uns andere Aufgaben zur Lösung zugewiesen hat, als ihnen. Es ist das der nationale Kampf, der unser Land in den tiefsten Tiefen aufgewühlt hat, es ist gar kein Zweifel, daß das nationale Element eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Das Beispiel Oesterreichs beweist, daß die Bourgeoisie nicht im stande ist, diese Frage zu beherrschen, geschweige denn zu lösen. Für die bürgerlichen Parteien Oesterreichs bedeutet der nationale Kampf nur Unterdrückung, und zwar Unterdrückung nicht blos fremder Nationen, deren freiheitliche Entwickelung sie hemmen wollen, sondern vor allem Unterdrückung der freiheitlichen Bestrebungen der Angehörigen ihrer eigenen Nation, soweit diese zur besitzlosen Klasse zählen. Der Kampf, der Oesterreich gegenwärtig durchtobt, bedeutet, soweit ihn die Bourgeoisie führt, lediglich Auflösung, Auflösung in letzter Linie selbst der staatlichen Formen, in die die Geschichte die österreichischen Völker zusammengefügt hat. Das Proletariat hingegen, dem dieser nationale Kampf ebenfalls aufgezwungen wurde, hat ihn nicht dazu benutzt, die Reaktion zu stärken. Mitten in dem Toben dieses Kampfes, mitten unter den zahllosen Verleumdungen, Lügen und Beschimpfungen, denen wir ausgesetzt sind — und wahrlich, soviel Sie in Deutschland auch von Ihren Gegnern zu leiden haben, Ihre Gegner sind wahre Engel gegen unsere Gegner (Heiterkeit) —, mitten unter all' diesen Verleumdungen geht die Sozialdemokratie geradeaus ihren Weg, sie trennt nicht die durch sprachliche Verschiedenheit Getrennten, sie einigt sie und führt sie dem gemeinsamen Ziel aller österreichischen Proletarier entgegen. Darum sind es auch nicht blos die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs, die Ihnen durch mich ihre Grüße überbringen, sondern es sind die Sozialdemokraten aller Zungen; unsere polnischen Genossen, die die sozialdemokratische Kultur hinüber in den fernen Osten, in die polnische Barbarei tragen, die einen heroischen Kampf gegen das Schlachzizenthum führen, unsere czechischen Brüder, die unermüdlich gegen den kleinbürgerlichen Scheinradikalismus der Jungczechen kämpfen und besonders unsere italienischen Genossen, die da unten im Küstenland und in Südtirol durch eine mühsam aufgebaute gewerkschaftliche Bewegung es dahin gebracht haben, daß auch dem so lange von jeder Organisation ferngehaltenen italienischen Proletariat klar geworden ist, daß die Sünden der Bourgeoisie nicht durch Fürstenmord und blutige Straßenkrawalle gut gemacht werden, sondern nur durch eine zähe, langsam und sicher sich aufbauende Organisation. Sie alle entbieten Ihnen Grüße! Wenn irgend jemand in Oesterreich, so beweisen es gerade diese letzt genannten Genossen, daß sie das Prinzip der Internationalität kennen gelernt haben, denn sie sind es, die den anderen italienischen Arbeitern sagen, daß sie, wenn sie in fremde Länder kommen, daß sie nicht dazu beitragen dürfen, die Löhne der einheimischen Arbeiter zu drücken, sondern daß sie dieselben Löhne verlangen müssen. Alle österreichischen Sozialdemokraten halten das Prinzip des Internationalismus hoch, ja sie dienen ihrer eigenen Nation gerade dadurch, daß sie sich in der Gemeinsamkeit der Interessen aller Unterdrückten aller Nationen zusammenschließen. Darum glaube ich auch, daß wir Oesterreicher heute mit mehr Recht, mit tieferem Sinne und mit größerem Stolze als jemals ausrufen können: Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dascinsky-Krakau: Genossen! Wenn ich als zweiter Oesterreicher spreche, so will ich damit keine Obstruktion treiben. (Heiterkeit.) Wir blicken zu Ihnen empor. Das ist nicht immer ein Kompliment für sie. Wir sind hier in Europa jetzt nicht mehr dabei, erst eine Massenbewegung in Gang zu bringen, sondern wir wollen die riesig anschwellenden Massen in diejenige Organisationsform hinüberzuführen, welche im stande ist, den ganzen Ausbau des Kapitalismus zu stürzen. Und eben an dieser ruhigen organisatorischen Arbeit wird die Sozialdemokratie überall verhindert. Man will uns auch die ruhigste ökonomische Arbeit unmöglich machen. Wo bei uns in Oesterreich eine Organisation sich auch nur einigermaßen kräftig herausgearbeitet hat, wird sie sofort mit einem Ausnahmezustand bedacht, ganz so, als ob wir die ärgsten Bombenwerfer wären. Es besteht eine furchtbare Spannung überall in Europa, und wenn in dieser unheimlichen Situation, in dieser Riesenspannung, in der Politik des Volkes die Kräfte nicht in geworfenen Bomben und unsinnigen Putschen zum Abblitzen kommen, so ist das zum größten Theil, und das muß vor der Oeffentlichkeit anerkannt werden, gerade Euer Verdienst! Das hat die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Riesen-Organisation gemacht, daß in ganz Europa das Volk erkannt hat, daß Bomben und Putsche nichts nützen, sondern großen Schaden anrichten. Bei uns in Oesterreich, in der Heimath des Wurschtelpraters und der seligen Stimmungsmacherei (Heiterkeit), ist das die wichtigste, die heilsamste Lehre, die wir immer wieder schöpfen. Mit dem Gefühl der größten Bewunderung sehen wir immer zu Euch herauf. Die Kaltblütigkeit, die Nüchternheit bewundern wir, mit der Ihr jede Sache beurtheilt. In unseren Augen sind Sie als Gesammtpartei die Mathematiker der Revolution. Die Aufgaben, die auch vor uns stehen, lösen Sie immer als die ersten. Sie sind die Fackelträger auf dem großen Marsche der Völker in die Zukunft. In diesem Sinne begrüße ich Sie, Genossen, auf das herzlichste und wünsche Ihrer Arbeit das vollste Gedeihen. (Stürmischer Beifall.)

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Klara Zetkin beantragt, den Punkt Taktik besonders zu behandeln und womöglich einen besonderen Referenten dafür zu bestellen, da sich in bezug auf die Taktik ganz prinzipielle Meinungsverschiedenheiten herausgestellt haben.

Vorsitzender Singer giebt anheim, einen bezüglichen Antrag in der Diskussion zu stellen.

Auer: Ihnen ist rechtzeitig der Bericht des Parteivorstandes zugegangen, der in der Parteipresse veröffentlicht worden ist; er ist ziemlich umfangreich und enthält alles Wesentliche, daher kann ich mich sehr kurz fassen. Sie werden in der Diskussion ja ergänzen, kritisiren und Forderungen stellen können. Mir ist nicht bekannt geworden, daß bisher eine besondere, Beachtung herausfordernde Kritik an den Bericht des Parteivorstandes angelegt ist. Es ist nur bemängelt worden, daß manches im Bericht nicht steht. Wir im Parteivorstande geben ja gern zu, daß noch manches in dem Bericht hätte Aufnahme finden können, aber eine natürliche Beschränkung war geboten. Unsere Aufgabe ist vor allem die Förderung der Agitation und der Organisation.

Wohl das meiste Interesse hat man in Parteikreisen im letzten Jahre der Frage der preußischen Landtagswahlen zugewandt. Auch wir im Parteivorstand sind nicht theilnahmslos geblieben. Aber wenn auch Stadthagen der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß es nie etwas Klareres gegeben hat, als den Hamburger Parteitagsbeschluß, so ist uns im Parteivorstand diese Klarheit nicht aufgegangen. Auch wir sind nicht einig. Wir hoffen aber, das es gelingen wird, eine Linie zu finden, auf der, wie ich schon in Hamburg sagte, es weder Sieger noch Besiegte geben wird, daß es zu einer Verständigung kommen wird, und daß die Erfahrungen, die man da, wo die Wahlbetheiligung stattfinden wird, machen wird, die beste Lösung für die Zukunft geben werde. Aber daran hat bei uns nie der leiseste Zweifel bestanden: die Stellung zu den Landtagswahlen hat mit der Parteizugehörigkeit und mit der Gesinnungstüchtigkeit der einzelnen Genossen absolut gar nichts zu thun. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Beobachtung gemacht, daß Parteigenossen, an deren prinzipieller und parteitaktischer Gesinnungstüchtigkeit und Klarheit nicht der leiseste Zweifel sein kann, die sich völlig gleichwerthig sind in bezug auf ihre Parteigenossenschaft, in dieser Frage mit ihren Meinungen schroff auseinander gingen. Wir haben gesehen, daß diejenigen, die im Rufe — ob mit recht oder unrecht, bleibe dahingestellt — eines besonderen Radikalismus stehen, in dieser Frage einen Standpunkt einnehmen, der von anderer Seite beliebt wurde, als der gemäßigste bezeichnet zu werden, und umgekehrt. Das ist eine Frage der Taktik, die in der Praxis wie alle taktischen Fragen ihre beste Lösung finden. Nur in einem Falle war der Parteivorstand in die Lage gesetzt, praktisch Stellung zu der Frage zu nehmen. Er entschied einstimmig dahin, daß der Hamburger Beschluß in der Weise auszulegen ist, daß wo die Wahlbetheiligung beschlossen wird, dann allerdings so weit als möglich Mittel der Partei zur Verfügung gestellt werden.

Neben dieser Angelegenheit waren es im letzten Jahre die Reichstagswahlen, die die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der Parteitung besonders in Anspruch nahmen. Ich glaube für sie in Anspruch nehmen zu können, alles was innerhalb unserer Organisation und unserer Mittel möglich war, gethan zu haben. Selbstverständlich wäre, wenn mehr hätte geschehen können, auch noch mehr erreicht worden, deshalb bitte ich schon jetzt die Genossen, die mit einem Mandat hierhe rgekommen sind, über ungenügende Agitation Beschwerde zu führen, es ein klein wenig gnädig zu machen. (Heiterkeit.) Namentlich wird darüber Beschwerde geführt, daß nicht überall die besten Redner hingeschickt würden, Bebel, Liebknecht, Vollmar (Zurufe: Auer!), auch Auer ist verlangt worden. (Heiterkeit.) Gewiß, diese Wünsche sind entfernt nicht zum zehnten, zum hundertsten Theile befriedigt worden, wir haben eben nur einen Bebel, einen Liebknecht. So sind die Beschwerden über ungenügende Agitation nicht gerechtfertigt. Freilich, wenn alle die Hoffnungen sich hätten verwirklichen lassen! Wenn das sich erfüllt hätte, was noch kurz vor der Wahl in Briefen und sonst an Hoffnungen und Erwartungen ausgesprochen worden ist, dann würden wir von den 397 Reichstagssitzen mindestens 396 besitzen. (Heiterkeit.)

Klagen und Unbefriedigtheit sind aber keineswegs am Platze. Ich habe die Empfindung, daß wir bei den Reichstagswahlen geradezu großartig abgeschlossen haben. Ich glaube, die dreihunderttausend Stimmen, die mehr für uns aus der Urne hervorgegangen sind, als bei der vorigen Wahl, die 56 Mandate, die wir errungen haben unter Schwierigkeiten, wie sie keine andere Partei kennt, sind sehr wohl dazu angethan, daß wir mit Stolz und Befriedigung auf das Ergebniß der letzten Reichstagswahlen blicken können. (Lebh. Zustimmung.) Sie sollen es uns erst nachmachen, die anderen alle. Es existirt keine Organisation, keine Wählerschaft, die unter solchen Schwierigkeiten und solchen Gegnern gegenüber so das Feld behaupten wird. Aber auch die Klagen über ein Zurückgehen der glaubensstarken Kampfesfreude sind gewiß nicht berechtigt. Parteigenossen, wenn der Glaube an die Sache in unseren Reihen nicht in dem Maße vorhanden wäre, wo sollte der Opfermuth und die Kampfestreue herkommen? (Sehr wahr!) Gewiß ist auch kalter Sinn und Verstand nothwendig, aber daneben ist auch der Glaube an die Sache wirklich nicht zu verachten und die alte Glaubensstärke, Kampfesfreude hat gewaltig mitgewirkt. Wir haben doch als ganz besonders stark hervortretende Erscheinung zu konstatiren, daß wir besonders in ländlichen Distrikten Erfolge erzielt haben, wie noch nie bei einer früheren Wahl. Wer aber weiß, welche Schwierigkeiten die Agitation auf dem Lande hat, wie unsere Agitatoren hinausgegangen sind auf die Dörfer und die Gutshöfe, wie sie die Landproletarier aufgesucht und für die Arbeitersache gewonnen haben, der wird sich auch sagen müssen, welcher Opfermuth, welcher Glaube, welche Begeisterung dazu gehört, um alle diese Arbeit zu machen. Mit Hunden von den Höfen gehetzt, vom Büttel verfolgt, ins Gefängniß gesteckt sind unsere Agitatoren worden, und heraus aus dem Gefängniß, kaum ausgeruht gingen sie wieder hin, um aufs neue den Kampf, die agitatorische Thätigkeit aufzunehmen. Parteigenossen, wo solche Thätigkeit ist, da ist auch noch die alte glaubensfeste Kampfestreue vorhanden. (Beifall.) Gewiß ist der eine oder andere von uns kälter und ruhiger geworden, aber neben dem jugendlichen Kampf und Sturm bedarf es auch des ruhigen Blutes und ich glaube, daß diese beiden Bedingungen in unserer Partei ihre Vertretung finden.

Parteigenossen! Agitation und Organisation kosten Geld, nachher wird unser Finanzminister Ihnen alles sagen, was der Parteivorstand auf dem Herzen hat. Aber auf einen Punkt darf ich schon jetzt hinweisen, nach und nach müssen wir uns klar darüber werden, daß die gewaltigen finanziellen Leistungen, die mit unserer Thätigkeit verknüpft sind, nicht mehr getragen werden können aus den Beiträgen der Genossen; es ist nothwendig, daß der Partei Einnahmequellen eröffnet werden. Wenn nun auch diesmal wieder der Gedanke auftaucht, daß das von der Partei gelieferte Agitationsmaterial, Broschüren, Zeitungen u. s. w., so billig als möglich hergegeben werden soll, so müssen Sie es sich selbst sagen, daß dieses an sich berechtigte Bestreben doch eine Grenze haben muß. Von einer Seite wurde ja sogar der Antrag gestellt, das Agitationsmaterial unter dem Selbstkostenpreis herzugeben. Als ich den Antragsteller fragte, wie er sich denn das denke, sagte er mir: Der Parteivorstand ist ja sonst so klug, möge er doch sehen, wo er die Mittel dazu herbekommt. (Heiterkeit; Zurufe: Berlin!) Ich zweifle ja nicht, daß der Parteivorstand sehr klug ist, ich gebe das zu (Heiterkeit), aber so weit reichen seine Kenntnisse doch nicht; und wie weit sie reichen müßten, dafür ein paar Zahlen. Sie wissen ja, daß eine gewisse gegnerische Presse uns gewohnheitsmäßig in den Verdacht bringt, daß eine goldene Internationale uns Geld zur Verfügung stellt. Sie wissen, daß das nicht wahr ist, trotzdem steht die Thatsache fest, daß wir Einnahmen haben, die nicht aus Beiträgen herrühren und nach und nach einen solchen Umfang in unserem Jahresbudget einnehmen, daß wir ruhig aussprechen können, hätten wir sie nicht, so müßten wir auf die Hälfte unserer Aufgaben verzichten, und würden unsere Agitation, der wir das, was wir sind, verdanken, nicht mehr machen können. In der Jahresrechnung für 1896/97 fanden sich folgende Ziffern: Vom Mann im Monde 10 200 M., Norddeutsche Wasserkante 65 466 M., Ueberschüsse des „Vorwärts" 48 210 M., Buchhandlung Vorwärts 10 000 M., X. Y. Z. 6200 M.*), in Summa 160 000 M. bei einer Gesammteinnahme von 274 000 M.; in diesem Jahre sind es 171 860 M. Einnahmen aus diesen Quellen bei einer Gesammteinnahme von 350 000 M. Und von diesen Quellen meinte der Berliner Parteigenosse, daß wir sie einfach verstopfen sollten. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Sammlung von Beiträgen nicht nothwendig ist. Ich wollte Sie mit meinen Worten nur warnen, das Huhn zu schlachten, das die goldenen Eier legt. Damit komme ich zum Schluß: Daß sie unsere Maßnahmen kritisiren, dazu sind Sie von Ihren Wählern hierhergesandt. Wir wollen uns dieser Kritik gerne unterziehen. Nur möchte ich Sie bitten, kritisiren Sie gerecht und halten Sie im Auge, daß der Parteivorstand, und wenn wir auch noch so famose Kerle sind, sich aus Menschen zusammensetzt. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Den Kassenbericht erstattet Gerisch. Im Vorjahre ist unsere Aufstellung über den Stand der Parteipresse lebhaft begrüßt worden. Bedauerlich ist aber, daß diese im Interesse der Partei liegende Aufstellung uns außerordentlich erschwert wird. Es giebt Parteigeschäfte, die zwei, drei Mahnbriefe unbeantwortet lassen. Ja, ein Parteigeschäft, die „Niederrheinische Volkstribüne" in Düsseldorf, hat wie im vorigen Jahre, so auch diesmal, trotz aller Briefe, es nicht für nöthig befunden, zu antworten. Im vorigen Jahre habe ich das Geschäft nicht namhaft gemacht. Gegen die Rückfälligen aber müssen wir die Rücksichten aufgeben. Im allgemeinen bietet unsere Presse das Bild erfreulichen Wachsthums. Das geht aus den Zahlen hervor. Unsere täglich erscheinenden Blätter haben jetzt einen festen Abonnentenstand von 290 000, im letzten Jahre haben sie 34 000 Abonnenten gewonnen. Alle Tagesblätter haben an diesem Aufschwung theilgenommen. Der geringste Gewinn eines Blattes beträgt 43 Abonnenten. Die Gesammt-Einnahmen der Tagesblätter betragen 2 905 852 M., gegen das Vorjahr mehr 328 000 M., und zwar aus Abonnements 1 887 022 M., aus Inseraten 1 018 830 M.; die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben 59 000 Abonnenten, gegen das Vorjahr 8000 mehr. Eines dieser Blätter hat 49 Abonnenten verloren, alle übrigen haben zugenommen. Im Hamburger Protokoll ist die Abonnentenziffer der dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter durch einen Druckfehler auf 41 083 angegeben, es mußte 51 083 heißen. Die Gesammt-Einnahme dieser Blätter betrug 289 304 M., gegen das Vorjahr mehr 42 517 M., und zwar aus Abonnements 199 016 M., aus Inseraten 89 478 M.; die zweimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben mit 18 000 Abonnenten um 3000 gegen das Vorjahr zugenommen; ihre Jahreseinnahme betrug 62 000 M. Abonnements 54 000 M., Inserate 8000 M., gegen das Vorjahr weniger 2435 M. Diese Verminderung ist aber nur scheinbar, sie erklärt sich daraus, daß in der Buchführung mancher Geschäfte die Einnahmen für das Tageblatt und das zweimal wöchentlich erscheinende Blatt nicht getrennt gehalten werden. Die einmal erscheinenden Blätter haben 11 880 Abonnenten, gegen das Vorjahr mehr 2292, die Einnahmen betrugen 20 722 M. (Abonnements 18 317 M., Inserate 2405 M.), gegen das Vorjahr mehr 120 M. Die Parteipresse hat demnach insgesammt 378 880 Abonnenten, gegen das Vorjahr mehr 46 000, ihre Gesammteinnahme betrug 3 277 968 M. und zwar aus Abonnements 2 161 255 M. und aus Inseraten 1 116 713 M.

Ich komme nun zu den Reichstagswahlen. Soweit die Kasse dabei in Frage kommt, was neben den Ausgaben der Zentralkasse von den einzelnen Orten für die Wahlen aufgebracht worden ist, ließ sich bei der großen Dezentralisation, die in dieser Hinsicht bei uns herrscht, nicht genau feststellen, so daß die Zahlen kaum ein annähernd Bild von den Opfern und Anstrengungen der Genossen bieten. Gestatten Sie mir nun die Zuschüsse, soweit sie aus der Zentralkasse geflossen sind, für die einzelnen Provinzen einzeln vorzuführen und die frei aufgebrachten Summen hinzuzufügen: Ostpreußen erhielt 9000 M., eine Abrechnung über die selbst aufgebrachten Gelder liegt noch nicht vor, Westpreußen erhielt 3500 M., 753 M. brachte es selber auf, Brandenburg erhielt 18 600 M., wovon 2000 M. zurückgezahlt wurden; selbst aufgebracht hat es 36 000 M., außerdem brachten die sechs Berliner Wahlkreise 22 957 M. selber auf und gaben noch 3200 M. für märkische Kreise aus, Pommern erhielt 7150 M., selber brachte es 3514 M. auf, Schlesien erhielt 19 558 M., wovon 621 zurückgezahlt wurden, selber brachte es soweit bekannt 11 606 M. auf, Posen erhielt 1596 M., selber brachten die Genossen etwa 1000 M. auf, die Provinz Sachsen erhielt 20 410 M., wovon 1000 M. zurückgezahlt wurden. Die Stadt Magdeburg brachte allein 3340 M. auf, der Bezirk Erfurt 10 586 M., wohlhabende Bezirke fehlen aber noch. Hannover erhielt, soweit die Agitation für die Provinz der Stadt Hannover unterstellt ist, 10 200 M.; selber brachte die Provinz 11 710 M. auf; von einem Kreise, dem vierten, steht die Abrechnung noch aus, die Provinz Westfalen erhielt 6150 M., selbst aufgebracht wurden, soweit bekannt 12 918 M., Bochum fehlt, die Provinz Hessen-Nassau erhielt, soweit ihre Agitation Kassel unterstellt ist, 8250 M.; die Stadt Kassel brachte allein 4420 M. auf, die Provinz Hessen-Nassau, soweit sie Frankfurt a. M. unterstellt ist, erhielt 10 150 M. Vom ersten nassauischen Kreis wurden selbst 2370 M. aufgebracht. Die Rheinprovinz erhielt 9000 M., selbst aufgebracht wurden, soweit bekannt 15 270 M., die Provinz Schleswig-Holstein erhielt, soweit sie Neumünster unterstellt ist, 9500 M.; soweit bekannt, brachte die Provinz selber noch 22 916 M. auf. Das Königreich Bayern erhielt 10 900 M., selbst brachte es, soweit bekannt, 20 770 M. auf. Das Königreich Sachsen erhielt 22 000 M., wovon 1000 M. zurückgezahlt wurden. Ohne die Dresdener Bezirke brachte Sachsen selber 39 741 M. auf. Das Königreich Württemberg erhielt von der Zentralkasse keinen Zuschuß, selber brachte es 21 354 M. auf. Das Großherzogthum Hessen ohne die drei Frankfurt a. M. unterstellten Kreise erhielt 5100 M.; selber brachte es ohne Worms 9423 M. auf. Das Großherzogthum Baden erhielt 3600 M.; selber brachte es ohne Freiburg 14 065 M. auf. Die beiden Mecklenburg erhielten 7700 M., selber brachten sie 7832 M. auf. Die dem Zentralkomitee in Gotha und Pößneck unterstellten Kreise erhielten 6000 M., ohne Rudolstadt brachten sie 4700 M. auf. Das Herzogthum Braunschweig erhielt 1000 M., was es selbst aufgebracht hat, steht dahin. Die dem Zentralkomitee in Bant unterstellten Kreise erhielten 1200 M., selber brachten sie 6965 M. auf. Die dem Hamburger Zentralkomitee unterstellten Kreise erhielten keinen Zuschuß. Hamburg gab selber 28 352 M. dafür her und die übrigen holsteinischen Kreise brachten selbst 40 5000 M. auf. Bremen erhielt 2000 M. und brachte mit Bremerhaven 20 500 M. auf. Lübeck erhielt nichts und brachte 10 836 M. auf. Altenburg brachte für die Reichs- und Landtagswahl 10 836 M. auf. Das Herzogthum Anhalt erhielt 1300 M. und brachte 7800 M. auf. Reuß jüngere und Reuß ältere Linie beanspruchten keine Unterstützung und brachten 1658 und 3305 M. auf. Die Reichslande erhielten 7000 M. und steuerten ca. 4000 M. zusammen.

Die Zentralkasse gab im ganzen 213 217 M. Von den Kreisen selber geleistet wurden, soweit bis jetzt feststeht, 408 259 M., sodaß für Wahlzwecke 621 476 M. verausgabt wurden, doch darf die Gesammtausgabe nicht unter 3/4 Million veranschlagt werden, da noch manche Kreise mit der Abrechnung ausstehen. Auf eine Erscheinung wollte ich hierbei hinweisen.

(Schluß im Hauptblatt.)

*) Hier ist eine Lücke in der Depesche. Red.

Kommunales.

Die städtischen Markthallenarbeiter und Laternenanzünder haben ihrer vorgesetzten Behörde kürzlich eine Reihe von Forderungen unterbreitet. Die den Behörden zugesandten Schriftstücke lauten:

I. „An die Direktion der städtischen Markthallen zu Berlin. Die unterzeichneten Körperschaften sind von den Arbeitern der städtischen Markthallen beauftragt worden, bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen folgende Wünsche der oben genannten Direktion zu unterbreiten: „Die tägliche Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen, alle drei Sonntage 36 Stunden Ruhe. Löhne: 1. Klasse 21,—, 2. Klasse 23,—, 3. Klasse 25,— M. pro Woche. In der ersten und zweiten Klasse verbleiben die Arbeiter je ein Jahr. Ferner soll eine 14tägige Kündigungsfrist eingeführt werden und soll die Verwaltung jenen Arbeitern, welche Dienstmützen tragen müssen, dieselben unentgeltlich verabfolgen." Begründung der hauptsächlichsten Forderungen: Arbeitszeit betreffend. Die Arbeitszeit ist heute in den einzelnen Markthallen gänzlich verschieden, sodaß eine einheitliche Regelung derselben wünschenswerth erscheint. Betreffs der Länge der täglichen Arbeitszeit muß bemerkt werden, daß die Arbeitsstunden nicht hintereinander geleistet werden, sondern zerstreut über die ganze Tages- und Abendzeit fallen und daher die Arbeiter gezwungen werden, den Weg von ihrer Wohnung zur Arbeitsstätte mehermals zu machen. Betreffs der geforderten Sonntagsruhe ist zu bemerken, daß in den meisten Berufen bereits durch gesetzliche Bestimmungen für eine regelmäßige Sonntagsruhe Sorge getragen wurde; da für die Arbeiter der Markthallen dieses jedoch noch nicht geschehen, so wird aus denselben Gründen eine regelmäßige Sonntagsruhe verlangt, die den Gesetzgeber veranlaßten, die Frage für die meisten Berufe zu regeln. Lohnerhöhung betreffend. Es wird eine Lohnerhöhung deshalb gewünscht, weil die bisherigen Löhne nicht ausreichen, um eine Familie wirklich ernähren und erhalten zu können, namentlich angesichts der Thatsache, daß die Fleisch- und Brotpreise u. s. w. in den letzten Monaten ganz erheblich gestiegen sind. Unsere Auftraggeber hoffen, daß die Direktion der städtischen Markthallen den wohlberechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen, die Forderungen bewilligen und baldigst bezügliche Nachricht den Unterzeichneten zukommen lassen werde. — Die vorgetragenen Wünsche sind der Deputation der Markthallen, dem Magistrat und den Mitgliedern des Stadtverordneten-Kollegiums zur Kenntnißnahme unterbreitet worden. Der Verband der städtischen Arbeiter. Für den Verbandsvorstand: Br. Poersch, Neue Jakobstraße 20. Für die Filiale Berlin V (Markthallen-Arbeiter): A. Lampe, Spandauerstraße 68. A. Kabelmacher, Schönhauser Allee 43. A. Goebe, Fichtestraße 22."

II. „An die Direktion der städtischen Gaswerke zu Berlin. Der unterzeichnete Vorstand ist von den Berliner städtischen Laternenanzündern beauftragt worden, folgende Wünsche bezüglich ihrer Lohnverhältnisse an die Direktion der städtischen Gaswerke gelangen zu lassen: „In Erwägung, daß die Löhne, welche gegenwärtig den städtischen Laternenanzündern gezahlt werden, nicht ausreichen, um eine Existenz fristen zu können und dieselben daher auf Nebenbeschäftigung angewiesen sind, diese aber sehr schwer zu erhalten und auszuführen ist, da die Laternenanzünder zu jeder Zeit dienstlich zur Verfügung stehen müssen, außerdem ihre Arbeitszeit in die verschiedensten Tages- und Nachtzeiten fällt und so längere freie Zeit zur Ausübung von Nebenbeschäftigung auch garnicht vorhanden ist, ersuchen dieselben, ihnen ein Gehalt gewähren zu wollen, von dem sie existiren können, ohne auf Nebenbeschäftigung angewiesen zu sein. — Die Laternenanzünder weisen darauf hin, daß in einer Reihe von anderen deutschen Städten bereits Verhältnisse bestehen, wie sie gewünscht werden, so zum Beispiel in Hamburg und Altona, wo die Laternenanzünder nach kurzer Dienstzeit einen Wochenlohn von 21 M. erhalten. Die Laternenanzünder beauftragen den Filialenvorstand, diese Wünsche der vorgesetzten Behörde zu unterbreiten und gleichzeitig von denselben die Deputation der städtischen Gaswerke, den Magistrat und die Mitglieder des Stadtverordneten Kollegiums in Kenntniß zu setzen. Die Laternenanzünder hoffen, daß die vorgesetzte Behörde ihren Wünschen Rechnung tragen und dem Vorstande baldigst bezügliche Nachricht zugehen lassen werde. Verband der städtischen Arbeiter. Filiale Berlin VI (Laternenanzünder). J. A.: K. Jakobi, Greifswalderstr. 20. W. Band, Barnimstr. 11. B. Wagner, Steglitzerstr. 18. Mende, Frankfurter-Allee 59. Lilge, Petersburgerstr. 88.

Die städtische Verkehrsdeputation hielt Montag Vormittag unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirschner eine 4½stündige Sitzung ab. Hinsichtlich der eingegangenen Angebote auf die vom 12. August d. J. erfolgte Ausschreibung neuer Linien wurde nach einer eingehenden Berathung eine Subkommission eingesetzt, welcher die Aufgabe gestellt ist, zunächst mit der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg, bezw. mit der Firma Schuckert u. Co. hier wegen des Zuschlages in Verhandlung zu treten. — Bezüglich des Antrages der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske, betreffend die Uebergangs-Rampe von der Hochbahn zur Untergrundbahn in der Bülowstraße zwischen der Potsdamer- und Ziethenstraße, wurde beschlossen, den Antrag nicht zu genehmigen, da eine solche Rampe die Benutzung der Promenade behindert und den Durchgangsverkehr in der Frobenstraße sperrt, dieselbe auch einen häßlichen Anblick darbietet. Dagegen soll die Firma Siemens u. Halske ersucht werden, ein Projekt aufzustellen, welches die Durchführung der Unterpflasterbahn in der ganzen Bülowstraße ermöglicht. Auch soll in Erwägung gezogen werden, ob die Hochbahn nicht schon von der Alexandrinenstraße am Halleschen Ufer entlang in Unterpflasterbahn übergeführt werden kann.

Lokales.

Bei der Gedenkfeier für Theodor Fontane, die der Verein Berliner Presse am Sonntag Mittag im Festsaale des Rathhauses veranstaltet hatte, waren außer den eingeladenen Behörden zahlreiche Männer und Frauen anwesend, die dem verstorbenen Dichter entweder persönlich nahe gestanden oder sich doch an seinen Werken erquickt haben mochten. Die Feier wurde eingeleitet durch den Vortrag des Bach'schen Chorals „Wenn ich einmal soll scheiden". Der Philharmonische Chor sang dies Lied, das der Dichter im Leben besonders gern gehört haben soll, mit ergreifender Meisterschaft. Dann betrat Herr Professor Erich Schmidt das Podium, um in einer Gedächtnißrede die Bedeutung des Verstorbenen vor den Zuhörern vorübergehen zu lassen. Herr Erich Schmidt behandelte in Haltung und Auftreten sein Thema vielleicht ein wenig gemessen und leichenfeierlich, der Vortrag selber war jedoch, ganz abgesehen von der ihm eigenen wohl tadellosen Vollendung der Form, ein Meisterstück anmuthender Lebensdarstellung zu nennen. Nichts von wehmuthvoller Verhimmelung des Todten und ebenso wenig von wohlwollender Kritiklosigkeit; in schlichten, klaren Bildern ward der Redner dem äußeren Leben des Dichters und seinem inneren Schaffen gerecht. Besonders wohlthuend wirkte die bündige Beweisführung, daß der mit allen Fasern im Heimathlande wurzelnde Fontane sich den Titel eines „vaterländischen" Dichters wohl verbeten haben würde, wie er selber ja auch trotz alles Vaterlandsgefühls herzlich vermieden hat, dem modernen Bedürfniß nach Schaffung nationaler Heiligen gerecht zu werden.

Nach Beendigung der Rede trug Herr Kainz einige Gedichte des Verstorbenen vor, worauf der Philharmonische Chor mit einem Gesange aus Händel's „Samson" die Feier schloß.

Eine große Verkehrsstörung erlitt Sonntag Vormittag der Betrieb der Siemens-Halske'schen elektrischen Straßenbahn-Linie Treptow—Behrenstraße. An der Kreuzung der Mauer- und Mohrenstraße wurde durch irgend einen Zufall der Stromzuführer eines Wagens fortgerissen, die unter dem Wagen befindliche Stromzuführungs-Montirung löste sich theilweise und fiel in den Geleiseinschnitt. Natürlich stand der Wagen mit einem Ruck still und konnte, da das Geleise verklemmt war, vor der Hand selbst durch Vorlegung von Stromwagen nicht von der Stelle gebracht werden. Es bedurfte erst großer Arbeit, den Wagen frei zu machen, worauf die Führung nach der Zentrale erfolgte. Während der Sperrung des Geleises mußten die übrigen Wagenzüge Uebergangsgeleise benutzen und eingeleisig verkehren.

Zu der Flucht des Raubmörders Erpel gehen uns noch folgende ergänzenden Mittheilungen zu: Der Verbrecher ist bei seinem Ausbruch mit ganz außergewöhnlichem Geschick vorgegangen. Die Thüre des Gefängnißhofes ist mit einem sogenannten Drückerschloß versehen, welch letzteres durch einen dreikantigen Schlüssel geöffnet wird. Erpel, der im Zuchthause als Schneider beschäftigt war, verfertigte aus kartonartigem steifen Musterpapier einen Dreikant, der genau in das Thürschloß paßte, und füllte ihn mit Papier, das er erst breiartig kaute. Nachdem die primitive Hülse so eine genügende Härte erlangt, umwickelte der Verbrecher sie mit Zwirn und es gelang ihm so, aus Papier den gewünschten Schlüssel herzustellen. (?) Durch Traillen der Fenstervergitterung der Zelle kann sich E., trotzdem er schmächtiger Statur ist, nur unter großen Schwierigkeiten hindurchgezwängt haben und es ist leicht möglich, daß der Flüchtling Hautabschürfungen im Gesicht und an den Händen dabei erlitten hat. Es wird angenommen, daß E. mit in Freiheit befindlichen befreundeten Verbrechern trotz der strengen Haft in Verbindung gestanden hat. Die Zwischenträger dürften Zuchthäusler gewesen sein, die inzwischen entlassen worden waren. Es wird vor allem in der Richtung nach Hamburg auf den Ausbrecher gefahndet, seit Sonntag Morgen unterliegen alle die Havel und Elbe stromaufwärts fahrenden Schiffe einer polizeilichen Durchsuchung.

Abermals ein Kapitalverbrechen. In dem Hause Zionskirchstr. 16/17 ist die 58 Jahre alte Dienstmagd Rosine Kaiser, die seit 34 Jahren im Dienste des Predigers der Apostolischen Gemeinde, Roller, stand, von Einbrechern ermordet worden. Rentner und Prediger Roller ist Eigenthümer des Hauses Zionskirchstr. 16/17. Die Bauten dieses Grundstückes sind eigener Art. Das Vorderhaus enthält in seinen vier Stockwerken Wohnungen, das Hintergebäude ist die Kapelle der Apostolischen Gemeinde. Ein Eingang führt von der Straße in das Wohnhaus Nr. 17, ein zweiter, eine große Flügelthür, zu Nr. 16 durch einen Flur über den Hof in die Kapelle der Apostolischen Gemeinde. Im Wohnhause führen zunächst einige Stufen von der Thür hinab. Dann theilt sich die Treppe nach rechts und links. In den oberen Geschossen liegen rechts und links an den beiden Treppen und zwischen diesen Wohnungen. Roller hat eine solche Wohnung zwischen den Treppen im ersten Stock. Sie enthält fünf Zimmer. Betritt man von der rechten Treppe den Korridor, so liegt rechts die Küche, von dieser links das Mädchengelaß. Roller's Frau und Kind sowie die Schwiegermutter befinden sich noch in der Sommerfrische in Hermsdorf. Als Roller Sonntag Nachmittag um 3¾ Uhr hinuntergegangen war, um Gottesdienst abzuhalten, war die alte Dienstmagd allein in der Wohnung. Fünf Minuten nach sechs Uhr ging Roller nach beendetem Gottesdienst wieder in die Wohnung hinauf. Er klingelte, fand aber kein Gehör. Da er aber in der Wohnung Geräusch wahrnahm, so wiederholte er das Klingeln, und klopfte auch noch, immer jedoch umsonst. Inzwischen kamen schon andere Hausbewohner dazu. Roller fragte sie, ob sie „Röschen" nicht gesehen hätten; niemand hatte sie gesehen. Nun stieg aber der Verdacht auf, daß drinnen etwas Furchtbares vor sich gegangen sein könne. Schon am Donnerstag voriger Woche hatten Einbrecher das Grundstück heimgesucht. Sie waren in die Kapelle eingedrungen, hatten vergeblich den in die Mauer eingelassenen Geldschrank der Gemeinde zu erbrechen versucht, dagegen einige Silbergeräthe gestohlen. Man dachte nun wieder an diese Einbrecher. Herr Roller holte den Schlosser Schmidt und ging mit ihm und dem Lehrer Kose, der im 2. Stock wohnt, in die Wohnung hinein. Den drei Männern bot sich ein grausiger Anblick. Die Thüren standen auf, alles lag wüst durcheinander, und auf dem Fußboden lag ermordet die alte Dienstmagd in ihrer Kammer. Die Leiche lag vor dem Bette auf dem Rücken. Das rechte Auge war mit Blut unterlaufen, stark angeschwollen und geschlossen. Die Leiche schwamm in einer großen Blutlache. Roller alarmirte die Rettungswache in der Kastanien-Allee. Wenige Minuten später erschien der diensthuende Arzt Dr. Deutsch. Die Leichenstarre war bereits eingetreten, das Ableben mußte schon etwa anderthalb Stunden vorher erfolgt sein. Eine genauere Besichtigung zeigte, daß ein Hieb mit einem stumpfen Gegenstande auf das rechte Auge geführt worden war. Mehrere Schläge hatten dann den Hinterkopf getroffen und den Schädel zertrümmert. Die Lage der Leiche und des Bettzeuges läßt darauf schließen, daß die Mörder ihrem Opfer den ersten Schlag auf das Auge versetzten, während es auf dem Bettrande saß. Nachdem es so betäubt und hintenübergesunken war, zertrümmerten sie ihm den Schädel und zerrten es vom Bett herunter, um es nun, nachdem es am Boden lag, noch einmal zu bearbeiten. Ein Theil des mit Blut besudelten Bettes wurde mit heruntergezerrt. Ueber die Leiche der Ermordeten hinweg schritten dann die Mörder zum Diebstahl. Sie erbrachen zunächst die Kommode der Dienstmagd, rissen die Schubladen heraus, durchwühlten alles und raubten die Baarschaft der Ermordeten, die sie in der Kommode aufbewahrte. Hiernach wandten sie sich den übrigen Räumen zu. Im Arbeitszimmer Roller's erbrachen sie das Jylinderbureau und wühlten alle Fächer durch. Dann machten sie sich an das Geldspind, das aber ihren Anstrengungen widerstand. Auch in den übrigen Räumen waren alle Schränke und Kästen erbrochen, ihr Inhalt herausgerissen und durcheinander geworfen. An der Ausgangsthür nach der linken Treppe hatte vorher eine Leiter gestanden. Diese war weggenommen und an die Wand gelehnt. Wahrscheinlich haben die Einbrecher diesen Ausgang zur Flucht benutzt, während Roller und die übrigen Hausbewohner an dem anderen Eingange standen. Sie müssen die Thüren mit Nachschlüsseln geöffnet und wieder verschlossen haben. Da Roller noch Geräusch in der Wohnung hörte, als er klingelte, die Magd damals aber schon todt war, so sind die Einbrecher durch sein Klingeln wohl gestört worden, als sie sich umsonst bemühten, den Geldschrank zu sprengen. Die Diebe haben es wahrscheinlich auf die Miethsgelder abgesehen gehabt, die sie bei Roller noch in der Wohnung vermutheten. Es sind voraussichtlich dieselben Einbrecher, die am Donnerstag in der Kapelle waren und die Gelegenheit genau ausbaldowert hatten. Die Kriminalpolizei erschien bald nach dem Bekanntwerden der Blutthat am Thatorte. Um Mitternacht hatte man noch keine Spur von den Thätern. Diese haben am Orte des Verbrechens nichts zurückgelassen, das zu ihrer Entdeckung führen könnte. Die entsetzliche Blutthat rief unter der Bevölkerung die größte Aufregung hervor. Tausende umlagerten noch nach Mitternacht das Haus. Es konnte nicht ausbleiben, daß das Gerücht das neueste Kapitalverbrechen mit dem entflohenen Zuchthäusler Erpel in Zusammenhang brachte. Hierin geht man aber wohl fehl.

Von dem Mörder war, wie uns mitgetheilt wird, bis gestern noch keine Spur entdeckt. Der Verdacht war auf den bisherigen Hausreiniger gelenkt, der am 1. d. M. die Wohnung hatte verlassen müssen. Mit diesem stand Thereschen nicht auf gutem Fuße, weil er öfter betrunken war. Auf ihr Drängen verlor der Mann auch die Stellung. Der Verdacht hat sich jedoch vollständig hinfällig erwiesen. Der Mann hat sein Alibi einwandsfrei nachgewiesen.

Wie noch mitgetheilt wird, ist, soweit sich bisher hat ermitteln lassen, ein Portemonnaie mit einigen 20 M., welches dem Dienstherrn gehörte und in einem Vorderzimmer auf einem Schreibtische gelegen hat, sowie ein auf dem Korridor hängender heller Sommerüberzieher geraubt worden. Nach der Angabe des Dienstherrn muß die Ermordete im Besitze von etwa 60 M., sowie von Zinsscheinbogen zu drei konvertirten Aktien der Deutschen Hypothekenbank über je 500 M., die der Dienstherr in Verwahrung hat, gewesen sein. Ob das baare Geld und die Zinsscheine fehlen, konnte vor Besichtigung durch die Gerichtskommission nicht festgestellt werden. Der Polizeipräsident hat 1000 M. Belohnung auf die Ergreifung des Mörders festgesetzt.

Die Entdeckung, daß die Mörder einen alten Ueberzieher in der Wohnung Roller's zurückgelassen haben und dafür einen besseren mitnahmen, ließ in dem Publikum, das sich nach wie vor in großen Mengen in der Nähe des Thatortes ansammelt, die Vermuthung wieder aufkommen, daß der entsprungene Richard Erpel bei der Blutthat betheiligt sei. Man dachte, Erpel würde die erste Gelegenheit benutzt haben, den dem Streckenarbeiter Fleischer von seiner Bude auf dem Lehrter Bahnhofe gestohlenen schlechten Ueberzieher mit einem besseren zu vertauschen. Das trifft jedoch nicht zu. Der von den Mördern zurückgelassene ist nicht der Ueberzieher Fleischers, dieser ist grau, jener dagegen, wie die Kriminalpolizei schon mitgetheilt hat, blau. Die Schmucksachen der Frau Roller und ihrer Mutter sind den Räubern nicht in die Hände gefallen. Die Frauen hatten sie nach Hermsdorf mitgenommen. Die Leiche ist, nachdem sie auch noch von dem Gerichtsphysikus Sanitätsrath Dr. Mittenzweig besichtigt worden war, nachmittags in das Schauhaus gebracht worden. Bezüglich der Thäterschaft wird auch die Ansicht verfochten, daß die Einbrecher unter den Mitgliedern der Apostolischen Gemeinde zu suchen seien. Man geht hierbei von der Annahme aus, daß die Thäter mit den Familienverhältnissen Roller's und mit dessen und seiner alten Dienstmagd Gepflogenheiten genau bekannt sein mußten und daß nur ein Gemeindemitglied eine so genaue Bekanntschaft mit allen in betracht kommenden Dingen sich habe aneignen können.

Die Frau des Fabrikanten Heitmann, die in der Fürbringerstraße einem Mordanfalle durch die Seifenhändlerin Frau Dormann ausgesetzt war, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Das Fieber hat nachgelassen und die Schwerverwundete konnte schon am Freitag im Krankenhaus am Urban gerichtlich vernommen werden. Besuch darf sie vorläufig nicht empfangen. Sie ist sehr still und hat über den Mordanschlag zu ihrer Umgebung noch nicht gesprochen.

Eine erschütternde Liebestragödie hat sich am Sonnabend in der Großbeerenstr. 94 abgespielt. Hier wohnte bei ihrer verheiratheten Schwester die 23 Jahre alte Zuschneiderin Lina Schnitzer, die in einem Geschäft in der Ritterstraße angestellt war. Das Mädchen lernte vor anderthalb Jahren bei einem Tanzvergnügen den 37 Jahre alten Bäcker Rudolf Gerth kennen, der seit fünf Jahren bei einem Meister in der Königgrätzerstraße als Oberbäcker und Werkmeister beschäftigt war. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältniß, daß nicht ohne Folgen blieb. Gerth verließ vor einem Vierteljahre Berlin und hat seitdem auf dem Schießplatze bei Jüterbog eine eigene Bäckerei. Seine Geliebte, die ihrer Entbindung entgegensah, sandte ihm fünf eingeschriebene Briefe, um über ihre Zukunft Gewißheit zu bekommen, erhielt aber keine Antwort. Während sie anfangs noch klagte, wurde sie nach und nach schweigsamer und war seit vierzehn Tagen ganz niedergeschlagen. Als am Sonnabend ihre Schwester in der Küche und deren Mann in der Werkstatt ihrer Beschäftigung nachgingen, fiel die Unglückliche in Krämpfe und brachte einen todten Knaben zur Welt. Ein Arzt ließ die schwer leidende Mutter schleunigst in ein Krankenhaus bringen. Hier starb sie schon eine Stunde nach der Einlieferung. Es stellte sich aber heraus, daß sie kein natürliches Ende gefunden, sondern Gift genommen hatte. Dieses hatte auch das Kind schon vor seiner Geburt getödtet.

Eine Benzinexplosion, deren Folgen noch nicht abzusehen sind, ereignete sich am Sonntag Nachmittag in der dritten Stunde durch leichtfertiges Umgehen mit Benzin in der Gegend des Humboldthains. Dort betrieben die Eheleute J. Schulz seit Jahren Jasmunderstr. 12, Ecke der Voltastraße, ein Seifengeschäft. Am Sonnabend hatte sich eine Tochter mit einem Kaufmann Scharfenberg aus Schöneweide verheirathet. Das junge Ehepaar war zum Besuch anwesend. Außerdem befanden sich in der Wohnung die Mutter, deren Tochter Frl. Auguste Schulz, ein Sohn der Kunstzeichner Emil Schulz mit einer Nichte Fräulein Anna Grundmann und der kleine dreijährige Alfred Grundmann. Der Vater J. Schulz lag krank zu Bett. Nach Aussagen der Betheiligten war Fräulein Auguste Schulz in einem Nebenzimmer mit dem Reinigen von Kleidern beschäftigt, und sie wollte auch aus dem Kleide, daß sie gerade trug, Flecke entfernen. Dabei beging sie die Unvorsichtigkeit, die in der Nähe stehende Literflasche mit Benzin nicht wieder zu verkorken. Da betrat der Schwager Scharfenberg mit brennender Zigarre das Zimmer. Sofort erfolgte eine Explosion, das ganze Zimmer stand in Flammen. Scharfenberg sowohl wie Fräulein Schulz standen sogleich am ganzen Körper in Flammen. Die Fenster wurden zertrümmert. Die Flammen verbreiteten sich sofort in das andere Zimmer. Die anwesenden Frauen wurden zu Boden gerissen, die Männer retteten sich ins Freie hinaus. Der Schutzmann Kosinski und andere Personen brachten zunächst den kleinen Grundmann, der am leichtesten verletzt war, in Sicherheit. Frl. Auguste Schulz stand mit brennenden Kleidern hilferufend am Fenster. Ihre Mutter wurde vor Schreck irrsinnig. Die herbeigerufene Feuerwehr nahm sich mit der Polizei aller Schwerverletzten an, löschte die Flammen und fuhr die Frau Schulz, ihre Tochter Frau Scharfenberg, den Sohn Emil und ihre Nichte Anna Grundmann mit einem Mannschaftswagen nach dem Lazarus-Krankenhause, wohin Herr Scharfenberg und seine Schwägerin Auguste Schulz schon durch die Polizei befördert worden waren. Bald nach der Einlieferung um 4 Uhr war Auguste Schulz gestorben. Montag früh war das Befinden der übrigen Personen bis auf Scharfenberg, der am schwersten verletzt ist, zufriedenstellend. Der kleine Grundmann ist schon außer Gefahr. Die große Aufregung während der Rettung und Löschung benutzte ein Dieb, um dem bettlägerigen Schulz unter seinem Kopfkissen hinweg eine Geldbörse mit mehreren hundert Mark zu stehlen.

Durch einen Revolverschuß in die rechte Schläfe versuchte sich gestern, Montag, Nachmittag der 50 Jahre alte Konfektionsschneider Hermann Carweger aus der Gothenstr. 8 zu Schöneberg zu tödten. Er schien angetrunken zu sein und gab an, daß er nicht länger leben wolle, weil vor acht Tagen seine Frau gestorben sei. Ein Schutzmann brachte den Schwerverletzten in ein Krankenhaus.

Mit Morphium vergiftet hat sich gestern, Montag, Morgen der 37 Jahre alte Bureaubeamte Rüdiger von Fritsche. Er wurde bestimmungslos mittels einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund ist nicht bekannt.

Von einer Rangirmaschine überfahren und getödtet worden ist am Sonntag früh der 28 Jahre alte Weichensteller Albert Meißner aus der Brauerstraße zu Groß-Lichterfelde. Er hatte auf dem Außengelände des Anhalter Bahnhofes Dienst, sah beim Ueberschreiten eines Geleises nicht, daß eine Rangirmaschine herankam, wurde von dieser gefaßt, auf das Geleise geworfen und vom Kohlenkasten todtgequetscht.

Der Rentner Eichler aus Friedenau, der am Sonnabend einen Mordanschlag auf den Sanitätsrath Dr. Edel zu Charlottenburg machen wollte und dabei festgenommen wurde, ist als gemeingefährlich geisteskrank in die Edel'sche Anstalt eingeliefert worden. Die Ueberführung war sehr schwierig, da der kräftige Mann sich heftig wehrte.

Feuerbericht. Die Dachstuhlbrände in Moabit häufen sich wieder in beunruhigender Weise. Merkwürdigerweise werden davon hauptsächlich Eckhäuser betroffen. Sonnabend Abend ging Thurmstr. 69 fast die gesammte Dachkonstruktion eines großen Eckhauses in Flammen auf, und die Wehr hatte fast 3 Stunden zu thun, um Herr des Feuers zu werden. Während man hier noch mit dem Ablöschen beschäftigt war, lief von dem benachbarten Hause Thurmstr. 67 eine Feuermeldung ein. Hier handelte es sich um einen Brand in einer Stellmacherei, der noch im Entstehen gedämpft werden konnte. Im Laufe des Sonntags und Montags erfolgten Alarmirungen nach Grüner Weg 97, Wilsnackerstraße 57, Thaerstraße 20 und Guhnerstraße 12. Es handelte sich jedoch in allen diesen Fällen nur um unbedeutende Brände.

(„Lokales" siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Unterm neuesten Kurs.

September.

1. **Schirgiswalde.** Vom Monat August ist nachzutragen: 5 Genossen je 30 M. Geldstrafe und ein Genosse 7 Tage, ein anderer 5 Tage Haft.
„ **Breslau.** Genosse Neukirch wegen Beleidigung eines Schutzmanns 1 Monat Gefängniß.
„ **Neumünster.** Wegen Streikvergehen die Arbeiter Nielsen und Spiegel je 20 M. und ein Maurer 3 M. Geldstrafe.
„ **Ratibor.** 3 Genossen wegen Verübung groben Unfugs je 20 M. Geldstrafe.
2. **Frankfurt a. M.** 50 M. Geldstrafe Genosse Schmidt wegen Beleidigung eines Obersten a. D.
5. **Leipzig.** Die gleiche Strafe Genosse Lipinski wegen Beleidigung eines Obermeisters.
6. **Erfurt.** Wegen Nöthigung, Hausfriedensbruchs 2c. der Steinmetz Fromm 1 Jahr Gefängniß. Antrag 6 Monate.
„ **Gleiwitz.** Genosse Legien wegen Beleidigung eines Gendarmen 200 M. Geldstrafe.
„ **Teuchern.** 30 M. Geldstrafe Genosse Otto wegen Beleidigung eines Gendarmen und 15 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines städtischen Beamten.
„ **Kiel.** Wegen Verstoßes gegen das Preßgesetz Genosse Lütjens 20 M. Geldstrafe.
„ **Staßfurt.** Genosse Fritsche 30 M. Geldstrafe wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes.
„ **Rixdorf.** Wegen des gleichen Vergehens Genosse Klein 20 M. Geldstrafe.
„ **Oberweißbach.** Genosse Ehrhardt aus Meura wegen Körperverletzung einen Monat Gefängniß.
7. **Braunschweig.** Der Bauarbeiter Schulze wegen Nöthigung, Beleidigung 2c. einen Monat Gefängniß.
„ **Goslar.** 75 M. Geldstrafe Genosse Schneckenhaus wegen Beleidigung eines Polizeibeamten.
8. **Dresden.** Die Maurer Streis und Riedel vier bezw. sechs Monate Gefängniß wegen Beleidigung eines Poliers. — Wegen Nöthigung und Bedrohung die Bauarbeiter Schilde zu vier, Hoyer zu drei, Kern zu einem Monat und Hosemann zu einem Monat und zwei Wochen Gefängniß.
8. **Halberstadt.** Wegen Fabrikantenbeleidigung Genosse Künne vier Wochen Gefängniß.
12. **Beuthen.** Genosse Sabierah wegen Beleidigung eines Wahlvorstehers 6 Monate Gefängniß. Antrag 2 Monate.
14. **Staßfurt.** 75 M. Geldstrafe Genosse Hackenholz wegen Beleidigung des Bürgermeisters.
„ **Spandau.** Die Zimmerer Gericke und Neumann drei Monate bezw. sechs Wochen Gefängniß wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
15. **Flensburg.** Wegen Beleidigung von Streikbrechern die Former Knirpo und Porsch drei bez. zwei Wochen und der Maurer Krogk eine Woche Gefängniß.
16. **Frankfurt a. O.** Genosse Jahn-Berlin wegen Gotteslästerung 2 Monate Gefängniß.
„ **Magdeburg.** 100 M. Geldstrafe Genosse Müller wegen Beleidigung eines Ortsvorstehers und 6 Wochen Gefängniß wegen Beleidigung des Reichskanzlers.
„ **Breslau.** Wegen Beleidigung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky Genosse Bruhns 300 M. Geldstrafe.
17. **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Stadthagen wegen Richterbeleidigung 5 Monate Gefängniß.
„ **Brandenburg.** 2 Zimmerer und Maurer wegen Verübung groben Unfugs je 20 M. Geldstrafe.
„ **Lübeck.** 5 Bauarbeiter wegen Verübung groben Unfugs je 5 Tage Haft.
20. **Dresden.** Wegen Bedrohung von Streikbrechern die Genossen Rentsch und Hustig je einen Monat Gefängniß. — Wegen des gleichen Delikts die Bauarbeiter Trepte und Haschke je 4 Monate Gefängniß.
„ **Stuttgart.** 3 Wochen Gefängniß der Zimmerer Eutbrod wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
21. **Dresden.** Genosse Eichhorn wegen Beleidigung eines Gemeindevorstandes 1000 M. Geldstrafe.
„ **Erfurt.** Wegen Bürgermeister-Beleidigung Gen. Rudolph 100 M. Geldstrafe.
22. **Magdeburg.** 300 M. Geldstrafe Genosse Müller wegen Beleidigung des Grafen Posadowsky.
„ **Berlinchen.** Zwei Genossen je 15 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen die Verordnung betr. die Heilighaltung des Sonntags.
21. **Hamburg.** Wegen unerlaubten Anklebens von Plakaten Genosse Kaulke 1 Tag Gefängniß.
22. **Gotha.** Genosse Joos wegen Beleidigung eines Gendarmen 75 M. Geldstrafe.
„ **Lübeck.** Ein Bauarbeiter wegen Beleidigung von Streikbrechern 3 Wochen Gefängniß.
23. **Berlin.** Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung die Maler Großmann und Niederjahn je 3 und Lindner 2 Monate Gefängniß.
24. **Stade.** In der Berufungsinstanz Genosse Adler-Harburg wegen Beleidigung 100 M. Geldstrafe.
„ **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Päplow-Hamburg 1 Monat Gefängniß wegen Beleidigung.
„ **Berlin.** Die Tischler Meyer und Nowack 3 Wochen bez. 1 Monat Gefängniß wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
26. **Kiel.** 100 M. Geldstrafe Genosse Lütjens wegen Beleidigung der Verwaltung des Armenhauses in Neumünster.
27. **Berlin.** Wegen Nöthigung der Maurer Hoppe 9 Monate Gefängniß. Wegen des gleichen Delikts und wegen Beleidigung, Hausfriedensbruchs 2c. der Zigarrenarbeiter Fengler 1 Jahr Gefängniß.
„ **Schweidnitz.** Genosse Feldmann-Langenbielau wegen Beleidigung eines Maurermeisters 4 Wochen Gefängniß.
„ **Beuthen.** 1½ Jahre Gefängniß Genosse Dylong-Königshütte wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit.

Insgesammt wurde erkannt auf 9 Jahre 1 Monat 2 Wochen und 3 Tage Gefängniß und 2983 M. Geldstrafe.

Berlin, den 1. Oktober 1898.

Der Parteivorstand.

Lokales.

Achtung, Parteigenossen Berlins!

Am Mittwoch, den 19. Oktober cr., abends 8½ Uhr, finden die Versammlungen zur Berichterstattung über den Stuttgarter Parteitag statt. Die Parteigenossen und Leiter von Wahlvereinen und Gewerkschaften werden ersucht, auf diesen Tag keine Versammlungen einzuberufen.

Die Vertrauenspersonen.

Eine Reminiscenz. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat einen nach jeder Richtung hin unbescholtenen und ehrenhaften Mann aus ihrer Mitte zum Mitgliede der Schuldeputation gewählt; der preußische Kultusminister zwingt den Magistrat von Berlin jedoch, diese Wahl zu annulliren, weil der Gewählte Sozialdemokrat ist und er als solcher einen verderblichen Einfluß auf die Jugend ausüben könnte.

Ein anderes Bild. Ein jedermann bekannter Arzt begeht sittliche Verfehlungen allerschwerster Art, die ihn auf sehr bedenkliche Weise mit dem Strafgesetz in Konflikt bringen. In den Augen christlich-patriotischer Männer müssen die Verfehlungen sich noch um so schlimmer darstellen, als sie auf einem Kirchhof, also an geweihter Stätte begangen worden sind.

Dem obersten Beamten des Staates, dem Fürsten Bismarck, fällt es bei, die Interessen eines solchen Mannes zu fördern. Er zwingt die Mitglieder der höchsten Lehranstalt hiesiger Stadt, den sittlich wankelhaften Arzt als einen der ihrigen anzuerkennen, verschafft ihm gewaltsam eine Professur und damit die Würde, als Lehrer der akademischen Jugend zu fungiren. Man stelle die Fälle Singer und Schweninger einander gegenüber. Wie doch die Meinungen über das, was der Jugend frommt und was ihr nicht gut thut, an höchster Stelle wechseln können!

Die Treptow-Sternwarte bleibt in diesem Winter, mit Ausnahme der kurzen Institutsferien vom 12. bis 24. Dezember täglich von 2 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends geöffnet. In dieser Woche ist der Mond in den späten Abendstunden zu beobachten.

Das Reichs-Versicherungsamt hat neuerdings Entscheidungen getroffen, die in Arbeiterkreisen großes Mißfallen erregen müssen. Es hat nämlich entschieden, daß der Verlust von Fingergliedern oder ähnlichen minder bedeutenden Handverletzungen nicht ohne weiteres die Gewährung einer Rente für theilweise Erwerbsunfähigkeit rechtfertigen. Renten unter 10 pCt. der Vollrente, insbesondere solche von nur 5 oder 7½ pCt. der Vollrente, sollten überhaupt nicht gewährt werden. Denn die Erfahrung lehre, daß die Erwerbsunfähigkeit, die auf weniger als 10 pCt. geschätzt werden müsse, im wirthschaftlichen Leben als meßbarer Schaden nicht zum Ausdruck komme. Es werde daher, wenn die berufene Instanz im Wege der Schätzung zu der Annahme gelange, eine Erwerbsunfähigkeit liege etwa im Grade von 7½ oder gar 5 oder noch weniger Prozent vor, von der Festsetzung einer Rente regelmäßig abzusehen sein. Diese Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes leiden alle an dem Fehler, daß sie — um in der Sprache der christlichen Anschauung zu reden — unserm Herrgott ins Handwerk pfuschen wollen. Nur ein Mensch mit seinen gesunden vollzähligen Gliedern ist im wirklichen Sinne voll erwerbsfähig. Verliert er auch nur eines, so ist er es nicht mehr. Ganz besonders aber ist der Verlust von Fingern oder Fingergliedern eine so erhebliche Sache, daß die allgemeine Erwerbsfähigkeit auf alle Fälle meßbar verkürzt wird; die allereinfachsten Handgriffe sind nicht mehr so möglich wie mit einer gesunden Hand. Kommt erst einmal die Maxime auf, daß der Verlust von einzelnen Gliedern oder Gliedertheilen die Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigen, dann kann es auch dahin kommen, daß man den Verlust eines ganzen Fußes in dem Falle nicht als eine Verkürzung der Erwerbsfähigkeit betrachtet, wo der betreffende Verletzte mit den Händen zu arbeiten hat. Bei einem im wirthschaftlichen Leben so nothwendigen Werkzeug wie der Hand, ist jeder Verlust eines Fingergliedes eine Verminderung der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit und führt dadurch auch zu einer meßbaren Verminderung der Erwerbsfähigkeit. Die Grundsätze, die das Reichs-Versicherungsamt den Schiedsgerichten zur Nachachtung unterbreitet hat, sind daher nicht nur ein Eingriff in die Rechte der Arbeiter, sondern bekunden auch eine Behandlung der Arbeiter als einer Menschenklasse zweiten Ranges. Denn wir wissen, daß z. B. bei der Festsetzung der Entschädigungen für die im Kriege verletzten Personen nach ganz anderen Grundsätzen verfahren wurde. Es ist uns der Fall bekannt, daß ein Philologe, Professor an einer höheren Lehranstalt, der im siebziger Kriege an der linken Hand eine kleine Verletzung davontrug, die ihn in seiner Thätigkeit als Lehrer in gar keiner Weise hinderte, doch mit einer ganz wesentlichen jährlichen Entschädigung bedacht wurde. Warum will man den Arbeitern gegenüber, denen wahrlich der Verlust eines Fingergliedes nicht einerlei sein kann, da sie von ihrer Hände Arbeit leben, Grundsätze einführen, die weder vor der Physiologie noch vor dem Forum der Gerechtigkeit stand halten können?

Die Zukunft der „Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche" in Berlin bereitet, noch ehe der Bau vollendet ist, ihren Urhebern große Sorgen. Der Verein ist Eigenthümer der Kirche, die Gemeinde nur die Nutznießerin, die vom Eigenthümer mehr verlangt, als er zu leisten vermag; der Platz, auf dem die Kirche steht, gehört der Stadt Charlottenburg. Es ist bisher nicht gelungen, letzteren übereinigt zu erhalten, was im Bericht des Kirchenbau-Vereins lebhaft bedauert wird, da es die rechtlichen Verhältnisse klären und vereinfachen würde. Auch die anderweitige billige Regelung der Verhältnisse zur Gemeinde ist nothwendig; doch sind alle diese Fragen äußerst schwierig zu lösen, weil nach dem Bericht „so viele Juristen dabei mitsprechen, deren Weisheit im altheidnischen (!) Recht tief begründet ist".

Die schwierigste Frage ist aber die: Was wird aus der theuren Kirche dann werden, wenn der Verein sie dereinst einmal mit einem Gesammtkosten-Aufwande von ca. 7 Millionen Mark fertig gestellt haben wird? Wer will die schwierige und kostspielige Erhaltung und Beaufsichtigung übernehmen und bezahlen? Hierüber haben die maßgebenden Personen in den kirchlichen Behörden seit Jahren ernste Bedenken, da weder die Gemeinde noch die Stadtsynode dazu in der Lage sind. Der Vereinsvorstand will nur bis zur Fertigstellung und bis zum vollen Ausbau der Kirche für die Erhaltung sorgen. Was aber später werden wird, darüber ist der Kirchenbau-Verein in großer Sorge; schreibt er doch im Bericht: „Wenn nun gar einmal in späteren Zeiten in der Gemeindevertretung viele Juristen sitzen, die, gestützt auf das heilige Römische Recht, klar und schlagend nachweisen, daß eine Kirchengemeinde alles eher thun darf als einen Pfennig für Erhaltung künstlerischer Denkmäler auszugeben, — wie nahe liegt da die Gefahr, daß aus Mangel an Mitteln eine theure Kirche langsam verfällt." Als Ausweg wird nun vorgeschlagen, die Kirche zu einer Stiftskirche zu machen. Dazu bedarf es eines Stiftungskapitals von mindestens einer halben Million und gesicherter Jahreseinnahmen. Ein von Kunst- und Sachverständigen und Gemeindevertretern unter der Aufsicht der Behörden gebildetes Kollegium soll dann die Verwaltung übernehmen. Doch dazu gehört noch viel Arbeit und noch mehr Opferwilligkeit. Da in den vergangenen 10 Jahren rund 10 Millionen Mark zusammengebracht wurden für Kirchenbauzwecke, so erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß es dem Kirchenbau-Verein nochmals gelingt, in den nächsten Jahren abermals 2,5 bis 3,5 Millionen zusammen zu — betteln. —

Die Berliner Markthallen — und insbesondere die Zentral-Markthalle — sind fortgesetzt Gegenstand lebhafter Klagen seitens der Markthalleninteressenten. Vor allem sind es hygienische Mißstände, über welche Klage geführt ist. Wie gerechtfertigt diese Klagen sind, beweist der Umstand, daß jetzt auch der Verein der Schweine-Engroßschlächter Berlins Veranlassung nimmt, auf die in der Zentral-Markthalle bestehenden Mißstände hinzuweisen. Wie angeführt wurde, sind die von den Schlächtern benutzten Kühlräume infolge mangelhafter Ventilation von Miasmen und pestialischen Dünsten angefüllt. Die weitere Folge sei, daß die in den Kühlräumen aufbewahrten Fleischvorräthe infizirt und verdorben, mindestens aber minderwerthig würden, wodurch den Schlächtern wie dem kaufenden Publikum in gleichem Maße Nachtheile erwüchsen. Bemerkt sei hier, daß auch über mangelhafte Ventilation in den Fleischkammern der erst neu errichteten Schlachthofsanlagen geklagt wurde. Im weiteren wurde hingewiesen auf die in und vor der Halle lagernden faulen Obst- und Gemüse-Abfälle 2c., welche den Verkehr erschweren, den Aufenthalt in der Halle stark beeinträchtigen, eine stete Gefahr für Leben und Gesundheit nicht nur der nächsten Anwohner der Halle, vielmehr einen Seuchenherd inmitten der Stadt bilden. Da diese Mißstände schon vor langer Zeit gerügt worden sind und trotzdem, wie sich aus obigem ergiebt, noch heute unverändert fortbestehen, so muß man sich verwundert fragen, ob es denn gar keine Stelle giebt, welche Besserung erzwingen kann?

Um 39 114 Thiere im Monat September war der Auftrieb am hiesigen Viehhof geringer als im September 1896. Diese Ziffer ergiebt sich, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" schreibt, aus der Vergleichung der Angaben des amtlichen Berliner Marktberichts, auf den sich die agrarischen Blätter in ihrer fortgesetzten Ableugnung der Fleischnoth stets berufen. Gerade dieser amtliche Bericht bestätigt zweifellos das Bestehen einer andauernden Fleischnoth. Oder besteht kein Mangel an Vieh und also an Fleisch, wenn auf dem Berliner Viehhof der Zutrieb von Schweinen im September dieses Jahres gegen den Zutrieb des Jahres 1896 um mehr als 21 000 Thiere zurückgeblieben ist und gegen September 1897 um fast 14 000 Thiere? Von 83 456 Schweinen im September 1896 ist der Auftrieb im September des Vorjahres auf 76 242 und diesmal auf 62 007 Schweine herabgesunken. Der Auftrieb der Kälber ist im September 1896, 1897 und 1898 zurückgegangen von 14 476 auf 12 134 und auf 11 625, der Hammel von 69 242 auf 63 738 und auf 52 996 — also gegen 1896 bei Hammeln ein Minus von 16 246 Thieren in einem Monat. Gewachsen ist zwar der Auftrieb von Rindern, aber nur um die kleine Zahl von 1432 Stück von 1896 auf 1898 und auch dieses kleine Plus wird noch mehr als aufgewogen dadurch, daß die Rinder in diesem Jahre im Gewicht weit geringer sind. Und ebenso ist der Rückgang der Schweine (21 449) und der der Hammel (16 246 Stück) noch viel bedeutender, als er sich in diesen Zahlen ausspricht, denn die jetzt zum Markt gebrachten Thiere stehen vielfach im Gewicht und auch in Qualität gegen die der Jahre 1896 und 1897 zurück. Die obigen Zahlen also ergeben sich aus einem Vergleich der amtlichen Marktberichte und auf grund dieses Materials wollen die Agrarier wirklich ernsthaft das Bestehen einer Fleischnoth leugnen?

Klagen über die Ueberfüllung der Stadtbahnzüge gehen uns neuerdings wieder häufiger zu. Die Beschwerden haben fast ausnahmslos die Schablonenhaftigkeit zum Gegenstand, mit der die ersten, kaum von anderen Personen als von Arbeitern benutzten Frühzüge zusammengestellt sind. Die Abtheilungen der Wagen dritter Klasse bis zum Bersten gefüllt. In jedem Koupee mit neun oder zehn Sitzplätzen sind zwanzig, fünfundzwanzig Fahrgäste eingepfercht; man muß es als ein Wunder betrachten, daß bei einem System, das solchen haarsträubenden Umgang mit Menschenleben zeitigt, noch kein größeres Unglück passirt ist.

Während das Menschenmaterial dritter Klasse auf so lebensgefährliche Weise transportirt wird, räkeln sich in den nach Schema F eingehängten drei Wagen zweiter Klasse im ganzen vielleicht zehn, fünfzehn Leutchen, meist verspätete Bummler und Bummlerinnen, herum. Die Wagen sind leer, wie eine Kirche in Berlin N oder O am Sonntag Nachmittag.

Ist wirklich keine Aenderung dieses Zustandes möglich? Geht es nicht an, so fragen sich die Arbeiter, daß man es unter solchen Umständen mit einem Wagen zweiter Klasse genug sein läßt und statt der anderen beiden zwei Wagen dritter Klasse mehr einstellt? Mit solcher Maßregel wäre gewiß nicht aller Beschwerde abgeholfen, aber es gäbe sich damit doch wenigstens ein Stück guten Willens zu erkennen.

Wie unhaltbar das Verbot ist, in „auswärtigen" Lotterien zu spielen, lehrt folgende Mittheilung der amtlichen „Berliner Korrespondenz":

„Das aufdringliche Angebot von Lotterieloosen der in Preußen nicht zugelassenen Lotterien nimmt mit der Vermehrung der Klassenlotterien infolge Errichtung neuer Lotterien in den thüringischen Staaten, Lübeck und Ungarn einen immer größeren Umfang an. Die Agenten dieser Lotterien lassen kein Mittel unversucht, um das Publikum zum verbotenen Spiel zu verleiten. In neuerer Zeit gehen sie sogar so weit, Schülern von höheren Unterrichtsanstalten Prospekte und Originalloose verbotener Lotterien zuzusenden. Auch die Kolportage derartiger Loose wird in Berlin ganz offen betrieben. Nach einer Mittheilung des „Berliner Tageblatt" vom 28. August d. J. hat in dem Stadtviertel am Moritzplatz ein Mann von Haus zu Haus den sogenannten kleinen Leuten Loose der Lübecker Staatslotterie zum Preise von 2 M. angeboten. Da der Einsatzpreis bedeutend höher ist, so liegt hier anscheinend ein Schwindelgeschäft vor, so daß die Abnehmer sich nicht allein straffällig gemacht haben, sondern auch um ihr Geld geprellt sind. Bei außerdeutschen, in Preußen nicht zugelassenen Lotterien, z. B. der Ungarischen, tritt zu der gesetzlichen Strafe des verbotenen Spiels noch der fünffache Betrag des hinterzogenen Stempels hinzu. Wenn man außerdem in betracht zieht, daß die Spieler von Loosen der verbotenen Lotterien nicht einmal mit Sicherheit auf die Auszahlung der Gewinne zu rechnen haben, so kann man es nur der Unerfahrenheit und Unkenntniß des Publikums zuschreiben, daß den Agenten doch noch in vielen Fällen der Absatz der verbotenen Loose gelingt."

Wenn wir das Sozialistengesetz unsauberen Angedenkens ausnehmen, so ist bis jetzt wohl auf keine Gesetzesbestimmung mehr „gepfiffen" worden, als auf die, welche den preußischen Einwohnern verbietet, in den Lotterien von Hamburg, Mecklenburg und anderen deutschen „Ausländern" ihr Geld zu verpulvern. Wann wird dieses unhaltbare Verbot endlich fallen?

Mit einer sonderbaren Begründung hat der Vorstand der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Berlin das Gesuch eines Arbeiters um Aufnahme in eine Heilanstalt abgewiesen. Die Mittheilung des Vorstandes lautet: „Auf das Schreiben vom . . . theilen wir mit, daß Ihre Aufnahme in eine Heilanstalt zu unserem Bedauern nicht angeordnet werden kann, da Sie zu kurze Zeit im Bezirk der diesseitigen Anstalt gearbeitet haben."

Ganz abgesehen davon, daß die heutige Produktionsweise es dem Arbeiter kaum möglich macht, sich längere Zeit seines Lebens im Bezirke einer „diesseitigen" Anstalt Beschäftigung zu sichern, sei bemerkt, daß der in betracht kommende Kranke seiner Mittheilung nach bereits seit Januar vorigen Jahres in Berlin wohnt und arbeitet.

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am Montag, den 15. August, abends 6½ Uhr, am Moritzplatz, Ecke Stallschreiberstraße, Richtung nach Gesundbrunnen, ein älterer Fahrgast vom Trittbrett eines Straßenbahn-Wagens auf das Straßenpflaster fiel, werden gebeten, sich Brunnenstr. 111, Pferdebahn-Depot, zu melden. Besonders ist ein Bauarbeiter, welcher in der Hasenheide arbeitet, erwünscht. Derselbe stieg Ecke Gneisenau- und Bärwaldstraße auf; er stand rechts auf dem Hinterperron und fuhr auf Arbeiter-Wochenkarte.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 5. Oktober, Mittag 12 Uhr, werden Frl. Gertrud Mankisch und Frl. Lotte Diener ein Duett von Rossini und im Verein mit Herrn Alexander Curth ein Terzett von Diener in der Marienkirche singen. Außer Hrn. Musikdirektor Diener wirkt noch Hr. Heuer mit. Eine Arie von Diener, das ewige Licht, kommt zur erstmaligen Aufführung. Der Eintritt zu den Diener'schen Orgelvorträgen ist frei.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird alle Abende die „Urzeit des Menschen" aufgeführt. Mit Rücksicht auf die Schulferien finden am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend dieser Woche nachmittags 3 Uhr Schülervorstellungen zu ermäßigten Preisen statt.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Der Sozialdemokratische Verein „Vorwärts" hält Dienstag, den 11. Oktober, seine Generalversammlung in Gröpler's Salon, Bergstr. 147 ab. (Siehe später Inserat.) Wir ersuchen die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen registriren, diese bis Donnerstag,

den 6. Oktober, zu ordnen. Die Zahlstellen des Vereins sind: Wilhelm Krüger, Materialwaaren, Prinz Handjerystr. 58, Köpke, Restaurateur, Karlsgartenstr. 1, Netzerau, Zigarrengeschäft, Hermannstraße 50, Klein, Restaurateur, Kaiser Friedrichstr. 236, Thomas, Restaurateur, Bergstr. 102, Herrmann, Zigarrengeschäft, Kirchhofstraße 1, Sy, Restaurateur, Jägerstr. 69, Wegert, Restaurateur, Herthastr. 1, woselbst täglich Beiträge sowie Aufnahmen entgegen genommen werden. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Der Verein „Vorwärts" hält am Mittwoch, den 5. Oktober, im Lokal von O. Lange seine ordentliche Generalversammlung ab. Es findet Neuwahl des gesammten Vorstandes statt. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Die Teupitzer wollen nicht Dörfler werden. Bekanntlich wurde vor einigen Tagen die Absicht der Stadt Teupitz laut, ihr Stadtrecht aufzugeben und wieder Dorf zu werden. Dieser Wunsch scheint jedoch nur im Schooße des Teupitzer Magistrats entstanden zu sein, weil der Stadtsäckel ohne ein stärkeres Anziehen der Steuerschraube die Kosten der Selbstverwaltung nicht mehr aufbringen und besonders für den Bürgermeister nur ein unzulängliches Gehalt abwerfen kann. In der Bürgerschaft jedoch scheint der Städterstolz jedes andere Bedenken zu überwiegen, denn die Einwohner wollen von den Erniedrigungsplänen ihres Magistrats nichts wissen, sondern haben in einer Versammlung schleunigst den Beschluß gefaßt, an ihrer beinahe 500 Jahre alten Stadtverfassung auch fernerhin festzuhalten und um keinen Preis „Bauern" zu werden. Demgemäß haben denn auch die Teupitzer Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung den Antrag des Magistrats auf Ausscheiden aus dem Städteverband einstimmig abgelehnt. Der Bürgermeister jedoch soll fortan — ein besseres Gehalt bekommen.

Soziale Rechtspflege.

Mit dem Gelde, das er an sechs Zimmerer auszahlen sollte, war eines Sonnabends der Polier der Bauunternehmer Steinke und Zimmermann durchgebrannt. Die Gesellen warteten zunächst vergeblich auf ihren Wochenlohn und machten sich schließlich an die Verfolgung des Ausreißers, den sie denn auch glücklich stellten. Vom Eintritt des Feierabends bis zu dem Zeitpunkt, wo sie endlich ihren Lohn erhielten, waren fünf Stunden verflossen. Für diese Zeit verlangten die sechs Gesellen von ihren Unternehmern je 3 M. Die Herren Steinke und Zimmermann hielten sich dazu nicht verpflichtet und verweigerten den Leuten das Geld, worauf es zur Klage beim Gewerbegericht kam. Die Beklagten wandten ein, daß sie doch nicht dafür könnten, wenn der Polier mit dem rechtzeitig erhaltenen Gelde durchgehe. Der Vorsitzende Schmieder gab ihnen darauf folgende Rechtsbelehrung: Die Geschäftsinhaber seien verpflichtet, den Lohn pünktlich auszuzahlen, widrigenfalls könnten die Arbeiter für die Wartezeit eine Entschädigung verlangen. Werde die Auszahlung dem Polier übertragen, so sei dieser Stellvertreter der Unternehmer. Für die vom Polier verschuldete Versäumniß müsse der Arbeitgeber aufkommen. Die Beklagten sollten die Kläger nur ruhig freiwillig entschädigen. Das thaten die Herren denn auch.

Der Mützenmacher Salomon bot der Näherin Sch. 8 M. Wochenlohn an, nachdem sie eine Woche bei ihm gearbeitet hatte. Fräulein Sch. war damit nicht zufrieden, sie gab die Stellung auf und verlangte im Klagewege 14 M. für die Woche, in der sie gearbeitet hatte. Der Beklagte wandte ein, daß die Klägerin eine langsame Arbeiterin gewesen sei, die nicht mehr als 8 M. beanspruchen könne. Beim Engagement sei über den Lohn nichts verabredet worden. Die Kammer II des Gewerbegerichts verurtheilte den Beklagten, 12 Mark an die Klägerin zu zahlen. Der Vorsitzende führte begründend aus, der Arbeiter brauche, wenn beim Engagement kein bestimmter Lohn vereinbart sei, nicht mit dem zufrieden sein, was der Arbeitgeber nun gerade geben wolle. Auch könne sich der Arbeitgeber nicht darauf berufen, daß der betreffende Arbeiter oder die Arbeiterin zu langsam gearbeitet habe. Sei der Arbeiter in Fällen wie dem vorliegenden nicht mit dem angebotenen Lohn zufrieden, dann müsse der übliche Durchschnittslohn gezahlt werden.

Sind Lohnkellner (Aushilfekellner) versicherungspflichtig nach den Bestimmungen des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes? Bisher hat in dieser Frage nie so recht Klarheit geherrscht und in Reihen der Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer gingen die Meinungen darüber auseinander. Selbst interpellirte Beamte der Versicherungsanstalten wußten bisweilen nicht genauen Bescheid zu geben. Auf eine diesbezügliche Anfrage des „Verbandes deutscher Gastwirthsgehilfen" (Ortsverwaltung Berlin) ist diesem vom Vorstand der Versicherungsanstalt Berlin nachstehender Bescheid zugegangen:

„Personen, welche berufsmäßige Lohnarbeit verrichten, sind ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung und die Höhe des Verdienstes versicherungspflichtig nach Maßgabe des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes vom 22. Juni 1889. Diese Bestimmung findet auch auf die sogenannten Lohnkellner Anwendung. Ob sie Montags Putzarbeit verrichten oder nicht, ist unerheblich. Unerheblich ist ferner, ob sie Lohn empfangen oder auf den Bezug von Trinkgeldern angewiesen sind. Die Verwendung der Beitragsmarken liegt demjenigen Arbeitgeber ob, für welchen die Lohnkellner in der im Sinne des Gesetzes nach Mitternacht von Sonntag zu Montag beginnenden Kalenderwoche zuerst erwerbend thätig gewesen sind."

Gerichts-Zeitung.

Für die Verhandlung des Prozesses Grünenthal hat Landgerichts-Direktor Dr. Felisch zwei Sitzungstage, den 21. und 22. d. M., am Schwurgericht des Landgerichts Berlin I offen gelassen. Da verhältnißmäßig wenige Zeugen zu vernehmen sind, Grünenthal auch im großen und ganzen geständig ist, wird die Verhandlung wahrscheinlich in einem Tage zu Ende geführt werden können. Die Praxis, bei der Verhandlung von Anklagen wegen Münzverbrechens die Oeffentlichkeit auszuschließen, dürfte in diesem Falle nicht platzgreifen, da die Art, wie Grünenthal in den Besitz der 1000-Markscheine gekommen ist und sie gefälscht hat, schon eingehend in der Oeffentlichkeit behandelt worden ist. Die Vertheidigung des Grünenthal hat neuerdings neben Herrn Rechtsanwalt Henschel Herr Justizrath Dr. Sello übernommen, die Vertheidigung der Angeklagten Golz führt Rechtsanwalt Dr. Schwindt.

Auch die letzte Sitzung der diesmaligen Tagung des Schwurgerichts währte bis um die Mitternachtsstunde. Auf der Anklagebank saßen die zwei jugendlichen Kurbelstepperinnen Nowers und Thiesdorf, sowie der Bräutigam der letzteren, Kurbelstepper Kohnert, die sämmtlich unbescholten sind und sich auf die schwere Anschuldigung des Meineids, der Verleitung zum Meineide und Anstiftung zum Meineide in wiederholten Fällen zu verantworten hatten. Das Vorspiel der Anklage bildete eine Anklage wegen Verbrechens gegen keimendes Leben, die besonders verhandelt wird und vorläufig vertagt ist. In diesem Verfahren sollen sich die Angeklagten mit dem Bräutigam verabredet haben, „nichts zu sagen, wie es auch komme", und als die erste Angeklagte als Zeugin gehört wurde, soll sie trotz ihrer Vereidigung diesem Rathe gefolgt sein. Die Verhandlung hatte alle diese Verabredungen, die meist in der Fabrik stattfanden, zum Gegenstand und gestaltete sich infolge dessen äußerst langwierig. Es wurden u. a. die Richter, die mit der Sache befaßt waren, und zahlreiche männliche und weibliche Arbeitskollegen der Angeklagten vernommen und es ergaben sich wiederholt recht naive Anschauungen der Angeklagten über die Pflicht, vor Polizei und Gericht die Wahrheit zu sagen. Staatsanwalt v. Jaraszewki beantragte das Schuldig wegen Meineids gegen die K., Verleitung zum Meineide gegen die Th. und wegen Verleitung und Anstiftung in drei Fällen gegen K., der als die Seele des ganzen Vertuschungs- und Meineidsplanes hingestellt wurde. Rechtsanwalt Mosse und Rechtsanwalt Höniger beantragten die Freisprechung der beiden weiblichen Angeklagten, die unter Thränen ihre Unerfahrenheit und Unschuld betheuerten und baten, event. nicht wissentlichen Meineid, sondern nur fahrlässigen Falscheid anzunehmen. Rechtsanwalt Dr. Werthauer verwahrte den Angekl. K. gegen den Vorwurf, die ganze Sache angestiftet zu haben. Derselbe sei bei dem Vorfall überhaupt nicht betheiligt, da die Mädchen sich die Sachen allein beredet hätten. Er beantragte deshalb die völlige Freisprechung des K. Die Geschworenen verneinten denn auch die Schuldfrage bezüglich des K. und sprachen die K. und Th. nur wegen fahrlässigen Falscheides bezw. einfacher Anstiftung zum Falscheide schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte die K. und Th. zu drei bezw. sechs Monaten Gefängniß und sprach den K. frei, der aus der Untersuchungshaft, in der er sechs Monate gesessen, nachts 1/2 12 Uhr entlassen wurde.

Ein Betrug, durch den lange Zeit hindurch der Postfiskus in erheblicher Weise geschädigt sein soll, beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I in umfangreicher Verhandlung. Die Inhaber der Getreidefirma Lüdike u. Ko., die Kaufleute Karl Lüdike und Ernst Amelang befanden sich nebst ihrem Geschäftsführer Max Bomborn auf der Anklagebank. Die genannte Firma hatte seit Jahren die Lieferung von Heu, Erbsen und anderen Futterstoffen für die Ober-Postdirektion Berlin auszuführen. Im Anfang des Jahres 1896 wurde eine neue Submission für Hafer ausgeschrieben. Die Firma Lüdike u. Co. betheiligte sich an der Bewerbung und erhielt den Zuschlag, da sie etwa 12 000 M. jährlich unter dem Gebot des bisherigen Lieferanten zurückblieb. In dem Vertrage machte die Ober-Postdirektion die Bedingung, daß kein dumpfiger, schimmeliger Hafer geliefert werden dürfe, es vielmehr reine, taoellose, unvermischte Waare sein müsse, von einer Schwere, daß ein Neuscheffel, gleich 50 Liter Raummaß, nicht unter 23 Kilo wägen dürfe. In diesem Frühjahre erhielt die Postbehörde eine Anzeige ohne Unterschrift, worin behauptet wurde, daß die Firma Lüdike u. Co. keinen reinen Hafer, sondern ein Gemisch von Hafer und russischer Gerste liefere. Die Ermittelungen ergaben die Richtigkeit der Anzeige, worauf obige Anklage erhoben wurde. Den Vorsitz führte Landgerichtsrath Fritschen, die Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Stachow II, die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Dr. Ivers. Als Sachverständige waren Geh. Rath Professor Dr. Wittmack sowie mehrere Beamte der Ober-Postdirektion geladen.

Der Angeklagte Lüdike machte bei seiner Vernehmung folgende Angaben: Es sei richtig, daß er den Hafer mit russischer Gerste vermischt habe. Es seien Zusätze von 5 bis 10 pCt. gemacht worden. „Reinen" Hafer gäbe es überhaupt nicht im Handel, nur in Ausnahmefällen werde reiner Hafer gesät. Da russische Gerste denselben Nährwerth besitze wie Hafer, so könne von einer Schädigung der Postbehörde keine Rede sein. Abgesehen davon, daß die Anklage nur einen Gesammtschaden von etwa 8000 M. herausrechne, hätten die Angeschuldigten 12 000 M. billiger geliefert als der Vorgänger, und schließlich habe die Behörde eine Kaution von 15 000 Mark hinter sich. Als die Submission ausgeschrieben sei, hätten sich die Angeklagten den vom Vorgänger gelieferten Hafer angesehen, und nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß auch dieser Hafer mit Gerste vermischt war, hätten sie dementsprechend ihr Gebot gemacht. Ein Hafer, der 23 Kilo den Neuscheffel wäge, lasse sich überhaupt nicht auftreiben, ganz unmöglich sei es im Jahre 1887 gewesen, als in Deutschland wegen der Dürre nur ein leichter Hafer zu erzielen war. Wie bei allen Submissionen sei auch im vorliegenden Falle seitens der Behörde Unerfüllbares verlangt worden.

In gleichem Sinne äußerten sich die Angeklagten Amelang und Bomborn.

Die Beweisaufnahme begann mit der Vernehmung des Oberroßarztes Giesecke, welcher zur Abnahmekommission gehörte. Er meinte auch, daß man nicht so rigoros vorgehen dürfe, wenn der Hafer mit einer geringen Menge vermischt sei. Es sei in der That absolut reiner Hafer kaum zu beschaffen. Bei der Abnahme habe er sein Hauptaugenmerk darauf gerichtet, daß der Hafer rein als Futterkorn und als solches von tadelloser Beschaffenheit sei. — Postdirektor Schneider, der Vorsteher des Postfuhramts, bekundet, daß er sich in betreff der Feststellung des Gewichts auf die Angaben der Posthalterei-Vorsteher verlassen und den Hafer nur mit Auge und Nase geprüft habe. Es sei ihm bekannt, daß Hafer stets mit etwas Gerste vermischt sei und deshalb werde darüber hinweggesehen, wenn der Prozentsatz ein nicht zu hoher sei. Dies sei mehrere Male der Fall gewesen und dann sei die Lieferung zurückgewiesen worden. Etwas Gerste sei auch in den Lieferungen der Vorgänger der Angeklagten vorhanden gewesen. Die Postbehörde habe sich nach diesen Vorkommnissen selbst gefragt, daß die den Haferlieferanten auferlegten Bedingungen wohl zu schwer seien, es sei jetzt das Gewicht des Hafers auf 22 Kilo für den Neuscheffel herabgesetzt worden. Der Zeuge habe unter „reinem" Hafer auch solchen verstanden, der frei von Kehricht, Rade und anderen Unreinigkeiten sei. Die Hauptsache sei ein gutes kräftiges Futter für die Pferde und nach dieser Richtung sei an der Lieferung der Angeklagten nichts auszusetzen gewesen. Die Kündigung des Vorgängers der Angeklagten sei erfolgt, um der Postkasse Ersparnisse zuzuwenden und dies sei auch in Höhe von 14 000 M. jährlich geschehen, obgleich die Pferde ebenso gut genährt seien wie früher.

Professor Dr. Wittmack begutachtete, daß er in den Proben, die nach Eingang des anonymen Briefes entnommen wurden, etwa 25 pCt. Gerste vorfand. Ueber den Nährwerth äußerte der Sachverständige sich dahin, daß Erfahrung und Gewohnheit gelehrt hätten, daß bei uns im Norden der Hafer den Pferden zuträglicher sei als Gerste, denn der letzteren Getreideart fehle der Fettgehalt. Leider sei es in den letzten Jahren Gebrauch geworden, eine Mischung von Hafer und Gerste vorzunehmen. Daß es einen absolut reinen Hafer nicht gäbe, müsse er einräumen.

Der Staatsanwalt hielt nicht für erwiesen, daß der höhere Prozentsatz, der in den entnommenen Proben gefunden wurde, auf die Thätigkeit der Angeklagten zurückzuführen sei, es könne hier eine bösartige Handlung eines anderen vorliegen. Bewiesen sei nur, daß die Angeklagten 10 pCt. Gerste zugesetzt hätten, aber auch, daß sie annehmen durften, die Postbehörde werde darüber hinwegsehen. Es fehle sowohl an einer Täuschung, wie an einer Schädigung der Postbehörde, und deshalb beantrage er die Freisprechung der Angeklagten. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Ivers, führte noch weitere Gründe an, welche jede unredliche Absicht der Angeklagten ausschließen müßten. Der Gerichtshof fällte nach kurzer Berathung ein freisprechendes Urtheil.

In der Ertheilung von Singspiel-Konzessionen ist der Stadtausschuß in Berlin neuerdings sehr zurückhaltend. Die meisten derartiger Gesuchsteller werden mit ihren Anträgen zurückgewiesen. Auch der Lieder- und Walzerkomponist Frankl hatte dieses Schicksal, als er sich um eine solche Konzession für ein am Kölnischen Fischmarkt zu eröffnendes „Neues Theater American" bewarb. Er beschritt den Weg des Verwaltungsstreit-Verfahrens und in dem Termine vor dem Stadtausschusse drang Rechtsanwalt Dr. Schoeps mit folgenden Ausführungen durch: Das Frankl'sche Gesuch sei anders zu würdigen als irgend eins der sonst an den Stadtausschuß gelangenden. Frankl sei Jahre lang Leiter des musikalischen Theils der Aufführungen des alten American-Theaters gewesen. Seine Absicht gehe dahin, unter der Firma „Neues American-Theater" eine Singspielbühne ins Leben zu rufen, welche eine Fortsetzung des alten eingegangenen American-Theaters bilden und eine Pflegstätte des Berliner Humors in Wort und Gesang sein solle. Ein derartiges Unternehmen sei zur Zeit nach Eingehen des alten American-Theaters nicht mehr vorhanden. — Der Stadtausschuß erkannte diesen Grund als berechtigt an und ertheilte die nachgesuchte Singspiel-Konzession.

Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz waren vom Schöffengericht zu Pyritz drei Zimmerer, Bode und Genossen zu Geldstrafen von 20 und 30 M. verurtheilt worden. Sie sollten als Unternehmer, Leiter und Redner einer nicht angemeldeten Versammlung fungirt haben, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien. Das Gericht erklärte für festgestellt, daß man in der fraglichen Zusammenkunft der Bauhandwerker über die Unterstützung streikender Zimmerer gesprochen habe, und es sah hierin eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Die Versammlung hätte bei der Polizei angemeldet werden müssen. Das zuständige Landgericht wies die Berufung der Angeklagten zurück, worauf diese die Revision einlegten und folgendes geltend machten. Es handle sich garnicht um eine eigentliche Versammlung, man sei nur in einem Lokal gesellig beisammen gewesen. Die Unterhaltung habe allerdings Unterstützungsverhältnisse berührt, indessen sei nur über die Unterstützung der in ziemlich geringer Zahl am Orte anwesenden Zimmerleute gesprochen worden, also über eine Angelegenheit, die die Oeffentlichkeit nichts angehe. Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurück, indem er eine genügende Begründung des Urtheils vermißte. Es fehle vorläufig an jeder genauen Feststellung. Das Gericht zweiter Instanz müsse zunächst untersuchen, wie die Unterstützungsangelegenheit besprochen sei und ob der Ausstand, um den es sich handelte, die Allgemeinheit berührte. Ferner fehle die Feststellung, ob es der von vornherein bestimmte Zweck der Versammlung gewesen sei, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Nur dann, wenn eine Versammlung ausdrücklich zu diesem Zwecke einberufen wurde, sei sie anzumelden. Und schließlich wisse man nach den Feststellungen der Vorderrichter noch nicht, warum gerade die Angeklagten schuldig sein sollen. — Ein netter Rüffel für die Vorinstanzen.

Lustbarkeitssteuer für eine Ziehharmonika. Die Gastwirthe Keßner und Brockerhoff in Wesel hatten es geduldet, daß Gäste gelegentlich auf den in ihren Lokalen stehenden Klavieren spielten und daß Soldaten sich in ihren Schankräumen an den Klängen einer von ihnen mitgebrachten Harmonika erfreuten. K. und B. wurden daraufhin wegen Vergehens gegen eine Steuerordnung vom Schöffengericht zu Geldstrafen verurtheilt, weil sie keine Lustbarkeitssteuer entrichtet und die Anmeldung öffentlicher Lustbarkeiten zur Steuer unterlassen hatten. Sie legten Berufung ein und machten geltend, daß sie jene musikalischen Vorträge nicht veranstaltet hätten. Auch lägen öffentliche Lustbarkeiten überhaupt nicht vor. Das Landgericht sprach die Angeklagten frei, worauf die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Revision einlegte. Das Revisionsgericht gab denn auch der Revision statt und wies die Angelegenheit mit folgender hübschen Begründung in die Vorinstanz zurück: In dem Stehenlassen eines unverschlossenen Klaviers in einem öffentlichen Lokale könne schon eine Veranstaltung musikalischer Vorträge gesehen werden, wenn ein Gast darauf spiele und wenn der Wirth das Instrument habe geöffnet stehen lassen, um hierzu den Gästen Gelegenheit zu bieten. Dagegen sei es keine Veranstaltung des Wirthes, wenn sich einige Gäste eine Harmonika erst herbeiholten und dann im Lokal damit Musik machten. Dulde jedoch der Wirth das Harmonikaspiel, dann treffe ihn immerhin ein Verschulden und er sei dann verpflichtet, auch hierfür die Lustbarkeitssteuer zu entrichten.

Eine Versammlung des liberalen Bauern-Vereins „Nordost", die in einem Dorfe bei Stolp in Pommern stattfand, war der polizeilichen Auflösung verfallen. Nach vergeblichen Beschwerden klagte der Leiter jener Versammlung, Landwirth Richard Hasse, beim Ober-Verwaltungsgericht gegen den Regierungspräsidenten zu Köslin. Nach der öffentlichen Verhandlung war der Sachverhalt etwa folgender: Zu der Versammlung, zu der besonders die kleineren Landwirthe eingeladen waren, hatten sich auch mehrere Großgrundbesitzer mit ihren Inspektoren und Knechten eingefunden. Kaum hatte der Schriftsteller Brand, der Redner des Abends, seinen Vortrag begonnen, so ward auch offenbar, was die Großagrarier herbeigelockt hatte. Die im liberalen Sinne gehaltenen Ausführungen des Herrn Brand wurden fortwährend durch Zwischenrufe der Feudalen und ihrer Trabanten unterbrochen. Als ein Inspektor Hoppe sich besonders hervorthat, rief ihm Brand zu: „Wenn Sie nicht ruhig sind, fliegen Sie bald mit der Nase in den Schnee!" Jetzt entstand ein so furchtbarer Skandal, daß der Vorsitzende die Versammlung vertagte. In demselben Moment löste der überwachende Gendarm die Versammlung auf. In einem Bericht an den Landrath führte der Gendarm aus, es hätte eine derbe Holzerei gegeben, wenn die Versammlung von ihm nicht aufgelöst worden wäre. So habe Hoppe nachträglich erklärt, er sei nur durch die Auflösung verhindert worden, Brand zu ohrfeigen. Der Gendarm führte den Lärm darauf zurück, daß Brand zu heftig geredet habe. Von der Anklage, den Gendarm beleidigt zu haben, ist Brand inzwischen freigesprochen worden. Das Ober-Verwaltungsgericht hob die Beschwerdebescheide des Landraths und des Regierungspräsidenten zu Köslin auf und erklärte die Auflösung der Versammlung für unberechtigt. Gründe publizirte Präsident Persius nicht. Anscheinend ist für das Gericht maßgebend gewesen, daß die Versammlung schon vertagt war, als der Beamte ihre Auflösung aussprach.

Vereinsrecht und Dolus eventualis. Der Vorsitzende Fechtmeier vom polnischen Turnverein Sokol in Posen war angeklagt worden, sich gegen den § 17 des Vereinsgesetzes vergangen zu haben. Die Behörde machte geltend, Fechtmeier habe durch Annonce in fünf polnischen Zeitungen zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel aufgefordert, ohne im Besitze der im § 9 vorgeschriebenen polizeilichen Erlaubniß gewesen zu sein. Der Angeklagte führte dagegen aus, daß es sich garnicht um eine öffentliche Versammlung, sondern um ein Waldfest gehandelt habe. Sollte man aber darin eine Versammlung unter freiem Himmel sehen, dann könnte er trotzdem nicht bestraft werden, weil das Fest kein öffentliches gewesen sei. Er habe durch die Inserate nur die Mitglieder des Vereins „Sokol" und deren Familienangehörige eingeladen, daran theilzunehmen. Die Beweiserhebung ergab, daß sich auf dem Festplatz im Walde eines polnischen Gutsbesitzers etwa 300 Personen eingefunden hatten. Man hatte Bier mitgebracht und belustigte sich aufs beste. Es wurde geturnt, Musik gemacht und sogar bei bengalischer Beleuchtung getanzt. Zurückgewiesen wurde niemand. Tanzen durfte, wer wollte. Schöffengericht und Strafkammer verurtheilten F. zu einer Geldstrafe. Sie waren der Meinung, daß ein solches Waldfest als Versammlung unter freiem Himmel anzusehen sei, und beide Gerichte nahmen an, daß es sich um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe, weil niemandem der Zutritt verwehrt worden sei und somit jedermann, auch Nichtmitglieder, daran hätten theilnehmen können. Nach den gerichtlichen Feststellungen hätten auch thatsächlich viele Leute theilgenommen, die nicht Mitglieder des Vereins gewesen seien und auch nicht zu den Angehörigen der Mitglieder gehört hätten. Diesen Erfolg der Annoncen hätte Angeklagter vorhersehen müssen. Fechtmeier legte Revision ein, berief sich auf den Wortlaut der Annoncen und betonte, er könne wegen Verletzung des § 17 des Vereinsgesetzes unmöglich bestraft werden, denn maßgebend müsse sein, daß durch die Zeitungsanzeigen nur die Mitglieder und ihre Familienangehörigen eingeladen worden seien. Daraus gehe hervor, daß man ein öffentliches Fest nicht habe arrangiren wollen. Das Kammergericht wies jedoch die Revision zurück. Wenn auch die Einladung durch die Zeitungen nur ergangen sei an die Mitglieder und ihre Angehörigen, so ließen doch die festgestellten Thatsachen erkennen, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, weitere Kreise zu dem Feste heranzuziehen. Er habe mindestens bewußt mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Versammlung zu einer öffentlichen werden würde. Hiermit sei der Dolus eventualis gegeben. Im übrigen habe der Vorderrichter aus seinen thatsächlichen Feststellungen mit geschlossen, daß das Waldfest sich als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel darstelle.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 4. Oktober.

Opernhaus. Die beiden Schützen. Die Jahreszeiten. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. König Richard der Zweite. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Paméla. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frühlingswende. Hierauf: Eifersucht. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Mauerblümchen. Anfang 8 Uhr.
Westen. Die Jüdin. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Jocko's Streiche. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Napoleon oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Berlin wie es weint und lacht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Heinrich Heine. Vorher: Ein kleines Mißverständniß. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Eine Ehrlose. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag:
Mauerblümchen.
Mittwoch:
Mauerblümchen.
Donnerstag: **Mauerblümchen.**
Freitag: **Die Haubenlerche.**
Sonnabend:
Zum 1. Male: **Bartel Turaser.**

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassenöffnung ½7 Uhr, Anf. ½8 Uhr.
Morgen: **Die Geisha.**

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55–57.
Direktor: Rich. Schultz.
Novität. Zum **32.** Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Im 2. Bilde: **Die Moden des Jahrhunderts.**
Im 5. Bilde: **Eva's Vermächtniß.** Anfang d. Vorst. ½8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. Morgen u. folgende Tage:
Das Paradies der Frauen.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Jocko's Streiche
Burleske in 3 Akten nach d. Englischen des James Carlisle v. W. Sallis.
Jocko: Paul Herbig
vom Apollotheater in Nürnberg als Gast.
Mit grösstem Lacherfolge aufgeführt am Volks-Theater in München und Apollo-Theater in Nürnberg.
Morgen: **Jocko's Streiche.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 74. Male:
Berlin wie es weint u. lacht.
Volksstück m. Gesang in 3 Akten von O. F. Berg und D. Kalisch. Musik von Conradi.
Ferdinand: **Karl Weiß.**
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Mittwoch: **Schlunk sel. Wittwe.** Donnerstag: **Die Geier-Wally.** Freitag: **Berlin wie es weint und lacht.** Sonnabend: **Preciosa.** Sonntag: **Robert und Bertram.**

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118.
Direktion: **E. Waldmann.**
Consuela Tortajada.
Prinzessin Pocahuntas.
Familie Agoust.
Jean Chermont. Montroses.
The Troubadours.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5–10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Der berühmte k. k. Fechtmeister
Mr. Sulivian
und seine Schülerin
Petö Aranka.
Separat-Vorstellung tägl. Mittags 12 Uhr:
Von 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété
Ohne Extra-Entrée.

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von E. Sondermann u. Ch. Bischoff. Couplets von Alfred Bender. Musik von Curt Goldmann.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Novität! **Täglich:** Novität!
Tantalus
oder: **Hungrige Liebe.**
Schwank in 1 Akt v. Georg Kaiser.
Neu! Neu! Neu!
Das verschleierte Ballet!
Operetten-Burleske von Sity. Musik von Roth. In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Gesammtauftreten des durchweg neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: **Winkler und Fröbel.**
Das neue Oktober-Programm.
Neu! Wilhelm Fröbel **Neu!** als Fahrrad-Dienstmann in der Ausstattungs-Ges.-Posse
Berlin, wie es liebt und radelt!
Neu! Kriesel's Neu! amerikanische Doggen-Meute.
Der Indianer-Ueberfall.
Die Kraft-Turner Sühlsdorf. Auftreten des vorz. Schauspiel- u. Künstlerpersonals.
Nur noch kurze Zeit!
Elsa Balleni.
Anfang 7½ Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf Vorm. v. 1–11 Uhr.

Olympia-Theater

(Circus Renz) Karlstrasse.
Heute u. folgende Tage:
Größter Schlager der Saison
MENE TEKEL
Anfang 7½ Uhr.
Parquet 2,10 M. inkl. Garderobe.
Vorverkauf v. 10 Uhr vorm. an.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Charley's Tante.
Burleske.
The tree Brothers Wells.
Akrobaten an den hängenden Ketten.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Kunst-Schaubühne

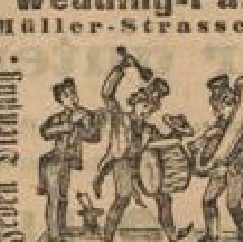
in der **Urania,**
Invalidenstrasse No. 57.
Mittwoch, 5. Oktober, ab. 8 Uhr:
In den Ateliers
Deutscher Meister.
Parquet 1 M.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Straße 97.
Novität! Täglich: **Novität!**
Isabella.
Komische Oper von **Franz von Suppé.**
Novität! Novität! Novität!
Außerdem der reizende Schwank: Neu!
Die Unentbehrliche.
Kolossaler Lacherfolg!
Gesammtauftreten des durchweg neu engagirten **Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben an allen Wochentagen Giltigkeit. – Direktion: **A. Kolig.** Artistischer Leiter: **A. Runge.**

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag: Jeden Dienstag:



Norddeutsche Sänger
Biegler, Woff, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Vorher: **Konzert.**
Entree **50** Pf., Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 M., Orch.-Log. 1,50 M., Fremden-Loge 2 M. Tageskasse 11–1 Uhr.

5¼ Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr. 9. Krautstr. 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 56562*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Frische Fische, gute Fische

empfiehlt die
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Nordenham.
Actien-Capital 3 Millionen Mark.
28 eigene Fischdampfer.
Eigene Fisch-Transport-Waggons mit Kühlvorrichtung.
Eigene Räucherei und Marinir-Anstalt.
Hauptgeschäft: **Bahnhof Börse,** Bogen 9/10.
2. Gesch.: **Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11**
(am Wilhelmsplatz).
Weitere Verkaufsstellen in Vorbereitung.
Grosser Fang, Preise billig!!

Cabliau (z. Kochen u. zum Braten geeignet) **17-20** Pf., im Ausschnitt **25-28** Pf. pr. Pfd.
Rothzungen (bester Ersatz für Seezungen) **30-35** „ „ „
Grosse Schollen (Goldbutten), sehr fein **30-40** „ „ „
Bratflundern . . . . **25** „ „ „
Seelachs 17-20 Pf., im Ausschnitt **25** „ „ „
Seehecht 32 Pf., im Ausschnitt . . . **40** „ „ „
(Grätenlos und feiner als Flusshecht, zum Braten und zum Grünkochen sehr zu empfehlen.)
Schellfische in allen Grössen **15-25** „ „ „
Heilbutten pro Pfund **45** Pf., im Ausschnitt **55–60** „ „ „
Steinbutten 1–1,25 M. pr. Pfd., **Seezungen 1,20–1,80** „ „
See-Aal 25 Pf., im Ausschnitt . . **30-35** Pf. „ „
Laberdan . . . . **35–40** „ „ „
Geräucherte und marinirte Fische täglich frisch, billigst!
Verkauf: **Wochentags bis 9 Uhr abends, Sonntags von 7–10 Uhr morgens.**
Seefischkochbücher gratis!
Johs. Skorczyk, bevollmächtigter Vertreter für Berlin.

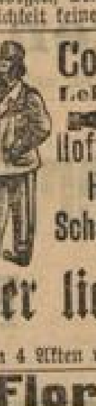
NB. Seefisch ist das billigste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.

Circus Busch

Dienstag, den 4. Oktober 1898, abends 7½ Uhr:
Elite-Abend.
Auftr. d. Hrn. **Franz Gebhardt,** Ritter p. p., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien, auf dem Lippizanerhengst Conversano.
Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhaftester Ausstattung.
Zusammenkunft der Blumen, gr. Ballet-Divertissement. Zum ersten Male: **Batoude.** Zum ersten Male: **The Namray's,** musik. Excentrics. Das lebende Monument, dress. vom Dir. Busch. Auftreten sämmtl. Klowns und Auguste.
Morgen, Mittwoch, abends 7½ Uhr: **Sport-Abend.**

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute, Dienstag, den 4. Oktober cr.:
Die beiden Waisen.
Schauspiel in 8 Bildern v. Dpenfort. Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.** Morgen, Mittwoch: Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.



Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluß:
Der liebe Onkel.
Lustspiel in 4 Akten von Rudolph Kneisel.

Flora-Säle

Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17.
1000 Pers. fassend. Vollst. neu einger.
Sonnabende 29. Oktober, 26. Nov., 10. u. 17. Dezbr. **frei!**

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bef. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. z. c. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. – Ist blutbild., bessh. bess. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. überr. 14 Flasch. drei, 50 zehn M. exkl. In Geb. (¼, ½, 1/10) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandtst. f. Berlin u. Prov.

Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nicht Flaschenzahl – Qual. entscheid.

Soeben erschienen:

Arbeiter-Notizkalender 1899

Geb. 60 Pfg. – Porto: 10 Pfg.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Rechte und Pflichten und Stellung der Arbeiter zum Innungs- und Handwerkergesetz. – Lohnzahlung und Lohnbeschlagnahme nach der Gewerbeordnung. – Was zahlt eine Arbeiterfamilie für Lebensmittel jährlich Steuern? Längen- und Hohlmaße und Gewichte der verschiedenen Länder im Vergleich zum metrischen Maße, bez. Kilogramm. – Vergleichende Münztabelle. – Adressen der deutschen Gewerkschafts-Organisationen und Fabrikinspektoren unter Angabe ihrer Bezirke. – Jährliches Wachsen der Militärausgaben, der Reichsschulden und der Zinspflichten von 1871–1899.
Die Reichstagswahlen 1898
mit Angabe der Abgeordneten und der in jedem Wahlkreise auf jede einzelne Partei abgegebenen Stimmen unter Verfügung der 1893 für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. – Einnahme- und Ausgabe-Tabelle. Notiz-Kalendarium für jeden Tag 2c. 2c.

Der Kalender dürfte auch für 1899 seine Freunde befriedigen. Gegenüber den Zwangsinnungs-Bestrebungen ist die Darlegung des neuen Handwerkergesetzes von Robert Schmidt, als Mitglied der Reichstags-Kommission für diesen Gesetzentwurf, angebracht und das Hauptinteresse dürften die tabellarischen Uebersichten über die Reichstagswahlen von 1898 beanspruchen. Die Belehrungen über Lohnzahlung und Lohnbeschlagnahme, die Adressen der Fabrikinspektoren u. Gewerkschafts-Organisationen 2c. 2c. gestalten den Kalender zu einem empfehlenswerthen
Gewerkschaftl. Nachschlagebuch
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Beuthstr. 2.

Vorzügliche 58882*
Mandarinen-Daunen

Pfd. 2 Mk. 50 Pf.
von wunderbarer Füllkraft, **nur so billig** infolge des großen Umsatzes in meinen vier Geschäften.
Bettfedern, Daunen und fertige Betten
verkauft und versendet ebenfalls am billigsten das **Spezialgeschäft** von
L. Beutler, Berlin.
Hauptgeschäft: **Ackerstr. 28,** Ecke Invalidenstr. 2. Geschäft: **Mariannenstraße 10.** 3. Geschäft: **Kurfürstenstraße 25.** 4. Gesch.: **Reinickendorferstr. 64c.** Tel.: Amt 3 5301.

Im Verlage der **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg** ist soeben erschienen und von derselben zu beziehen:
Der
Neue Welt-Kalender

für 1899.
Dreiundzwanzigster Jahrgang.
Reich illustrirt.
Preis 40 Pfennige.
Bei Einzelbezug erbitten wir Einsendung des Betrages in deutschen Briefmarken nebst 10 Pf. für Porto.
Inhalt:
Kalendarium – Postalisches. – Allerlei Statistik. – **Rückblick.** – **Messen und Märkte.** – Im Kreislauf des Jahres. – **Förster Ruhland.** Von Wilh. v. Polenz (mit Illustrationen). – **Anno 1849.** Aus der Schweizer Flüchtlingszeit. Von W. Liebknecht. – **Alte und neue Telegraphie.** Von Dr. B. Borchardt (mit Illustrationen). – Wiegenlied. Gedicht von Ludwig Lessen. – **Seine Waffen.** Von Franz Kahler (mit Illustrationen). – Proletariers Tod. Gedicht von Ludwig Lessen. – **Karl Grillenberger.** Von A. A. (mit Portrait). – **Ein Wunderwerk der Technik.** Die Eisenbahnbrücke bei Müngsten. Von A. G. (mit Illustr.) – **Fremd- und Lehnworte als Sprachbedürfniß.** Von L. Schönhoff. – Jetzt kommt er! Von Börge Janssen. – **Eleanor Marx.** Von W. Liebknecht (mit Porträt). – **Klondyke und die Goldsucher.** Von Max Schippel (mit Illustration). – Die schlimmste Geschichte. Von Börge Janssen. – **Richtiges und Falsches in der Naturheilkunde.** – Von Dr. E. Schneider – **Der Kampf der englischen Maschinenbauer.** Von Hugo Poetzsch. – Wahrheit. Von Börge Janssen. – Schlagende Wetter. Gedicht vom Schelm von Bremen. – Fliegende Blätter. – Für unsere Räthsellöser. – Auflösungen der Räthsel. – Trächtigkeits- und Brütekalender.
Hierzu vier Kupfer: Nach der Arbeit. – Heimathlos – Wirthshaus an der Landstraße. – Ein guter Tropfen, ein lustig Lied. – Ein farbiges Bild: Genesung. – Ein Wandkalender.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Vorwärts
Berlin S.W., Beuthstraße 2.

Zähne v. Mk. 2 an eventuell Theilzahl.
Frau Olga Jacobson
65/5* **Invalidenstr. 145.**

Orts-Krankenkasse für das Barbier-Gewerbe.

Außerordentliche
General-Versammlung
am **Dienstag, den 11. Oktober,** abds. 9 Uhr, Rosenthalerstr. 11/12, Rest.
Tagesordnung: 1. Wahl der Delegirten für Arbeitgeber. 9 Uhr. 2. Wahl der Delegirten für Arbeitnehmer. 10½ Uhr. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes. 268/5
Nur majorenne Mitglieder haben Zutritt. Kassenbuch legitimirt.
J. A.: **Georg Majewsky,** Schriftf.

Für die überaus große Theilnahme, welche mir anläßlich des Todes und der Beerdigung meines lieben Mannes
Julius Lissauer
entgegengebracht wurde, sage ich allen Freunden und Parteigenossen innigen Dank. [13826
Martha Lissauer.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 61502*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert

---

Verloren v. Tempelhofer-Ufer bis Lankwitzstr. 9 ein Portemonnaie mit 2 Hundertmarkscheinen, 1 Fünfmarkschein, 10 M. Gold, divers. Kleingeld, 3 Spindlermarken. Der redliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen hohe Belohnung Lankwitzstr. 9 I. abzugeben.

Für 36 Mark

fertige feine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8–12 Mark feine Hosen nach Maß. [60602*
Riesenstofflager
Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Möbel auf **Theilzahlung J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.**

Arbeitsanzüge W. Fahr Brunnenstr. 112.

Plüschgarnitur 100 M., Theilzahlung gestattet. **Teichmann,** Prinzenstr. 62.

Destillation 13796
zu verkaufen **Liegnitzerstr. 41.**

---

1 Schlafsopha u. 1 mahag. Bettstelle zu verk. Schmidstr. 9a II r. [13735

E. g. möbl. Vorderz. f. 1–2 Herren od. Damen. Brandenburgstr. 67, 3 Tr. l.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretschmar u. Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitzbrücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Jede Verhandlung ist seitens der Firma abgelehnt.
Zuzug fernhalten!
108 **Die Ortsverwaltung.**

Einpacker auf Goldleisten verlangt [1380] **Andreasstr. 10.**

Mädchen 13785
zur Bedienung einer Plättmaschine verlangen **Müller u. Sussmann,** Grüner Weg 119.

Einen **Barbierlehrling** verlangt **Schlaffke,** Rixdorf, Bergstr. 18.

Neuplätten
von Kragen und Manschetten erlernen anständige junge Mädchen und werden dann dauernd beschäftigt. Verdienst geübter Plätterinnen 15–18 M. pro Woche. **Müller u. Sussmann,** Grüner Weg 119. 13776

---

1 tüchtiger **Goldarbeiter** auf Neu und tüchtig auf Trauringe für Berlin. Nach Braunschweig 3 tüchtige Besteckarbeiter. 1 Fasser und 1 Goldpolirer für Berlin. 72/12
Arbeitsnachweis deutscher Gold- und Silberarbeiter, Holzmarktstr. 8.

Schreiberlehrling verl. A. Rohrbach u. Co., Marienstr. 28.

Arbeitsburschen
verl. **Fr. Stange,** Oppelnerstr. 48.

Klempnerlehrling
verl. **Fr. Stange,** Oppelnerstr. 48.

---

1 tüchtiger **Presser** wird verlangt. Silberwaaren-Fabrik
Körner & Proll, Prinzessinnenstraße 16. 13725

Bierkutscher,
tüchtiger, für eine Brauerei obergähriger Biere, der bereits mit Erfolg thätig war, wird bei hohem Lohn gesucht. 13788
Meldungen zwischen 9–10 Uhr und abends ½7–½8 bei **Schwabacher,** Potsdamerstr. 27b.

Gasglühlicht.

Fachleute zum Montiren, gewandt im Verkehr mit dem Publikum werden gesucht.
Deutsche Gasglühlicht-Akt.-Gesellsch.
Molkenmarkt 5.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Moabit: im Lokale Thurmstraße 84.

Tages-Ordnung: Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.
Folgende Werkstätten sind hierzu eingeladen: Weise, Beusselstr. 31; Thiemich, Thurmstr. 29; Mesche u. Co., Zwinglistr. 20; Martens, Thurmstr. 58.

Wedding und Gesundbrunnen:
im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon). Kolbergerstr. 23.

Die Kollegen von Gebr. Schaar, Chausseestraße, sind hierzu besonders eingeladen.

Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt
bei Wernau, Schwedterstr. 23.

Eingeladen zu dieser Versammlung sind die Kollegen von Brunslow (1 Treppe): Dünkel; Wichmann; Baldin; Ospalsky; Große; Hohenfeld; Gallandi; Scheulz; von 4 Treppen Schalinsky; Brockmann; ferner die Kollegen der Werkstatt von Psillie, Putbuserstraße 19.

Osten und Nordosten: bei Mann, Strausbergerstr. 3.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Obmänner. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Südosten: bei Rautenberg, Oranienstr. 180.

Obmann Meyer wohnt Wrangelstr. 23, II.
Tages-Ordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Bericht des Obmanns der Kontrollkommission. 3. Werkstellen-Angelegenheiten.
Jede Werkstelle ist verpflichtet, einen Delegirten zu entsenden.

Süden: bei Krieger, Wasserthorstraße 68.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Gauger über: „Die industrielle Reserve-Armee und die Vorschläge zu ihrer Beseitigung." 2. Diskussion. 3. Bericht der Kontroll-Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten.
Zu dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Werkstellen eingeladen: Peters, Prinzenstr. 86; Lade, Dieffenbachstr. 36; Richter, Boppstr. 4; Prüfer u. Celina, Brandenburgstr. 19; Weißmann, Dieffenbachstr. 36. Das Erscheinen sämmtlicher Kollegen ist nothwendig.

Westen und Südwesten: bei Zubell, Lindenstr. 106.

Die Kollegen folgender Werkstellen sind eingeladen: Händler, Bülowstr. 98; Körner, Kreuzbergstr. 7; Prächtel, Krausenstr. 31.

Modell- und Fabrik-Tischler
im „Vorstädtischen Kasino", Ackerstr. 144.

Die Kollegen der Firma Kapler, Prinzen-Allee, werden ersucht, sämmtlich zu erscheinen.

Musikinstrumenten-Arbeiter
im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße Nr. 106.

Tages-Ordnung: 1. Die angehenden Ueberstunden und deren Abhilfe. 2. Werkstätten-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Der Tages-Ordnung wegen muß jede Werkstatt vertreten sein.

Vertrauensmänner-Versammlungen der Drechsler

Südosten und Westen: Oranienstr. 184 bei Meßner.

Ergänzungswahl der Kommission. Besonders eingeladen sind die Kollegen von Marzahn, Bergmannstr. 91; Pfeiffer; Lausitzerstr. 43; Strauß u. Co., Manteuffelstr. 60.

Norden: Ackerstr. 145 bei Hoppe.

Ergänzungswahl der Kommission.

Osten und Nordosten: Koppenstr. 41 bei Mühle.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen: Unsere Stellungnahme zur Zwangsinnung. Besonders die Kollegen, welche bei Innungsmeistern arbeiten, sind verpflichtet zu erscheinen. 107/20

Achtung, Rabitzputzer!

Dienstag, den 4. Oktober d. Js., abends 8½ Uhr,
im Luisenhof, Buckowerstr. 9:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
der Zahlstelle III des Zentralverbandes der Maurer und verwandter Berufsgenossen.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Die Kollegen von Boswau u. Knauer und Schulz, Charlottenburg, werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

255/7] **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter
Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern des Vereins zur Kenntniß, daß sämmtliche Mitglieds-Bücher bis Ende September in Ordnung sein müssen. Sämmtliche Bücher sind an die Zahlstelle **Robert Scheere, Blumenstr. 38,** abzuliefern, wo dieselben vom Vorstande dem Zentralverbande der deutschen Brauer und verwandten Berufsgenossen behufs Umschreibung überwiesen werden.

Es werden die Mitglieder gebeten, umgehend ihre Bücher in Ordnung zu bringen und dieselben an genannte Zahlstelle abzugeben.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Maurer Charlottenburgs!

Mittwoch, den 5. Oktober d. J., abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39.

Tages-Ordnung:
1. **Vortrag über die Lohnbewegung der Maurer Deutschlands und deren Folgen.** 2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches. 263/18

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Die Lohnkommission. J. A.: Wilhelm Schulze.

Karol Weil's Seifenextrakt
ist der Freund aller wirklich sparsamen Hausfrauen.

Zur Besichtigung

der in meinem

Consumhause

ausgestellten Bedarfsartikel von **Bekleidungs-, Wäsche-** und **Haushaltungsgegenständen,**

Gardinen, Teppichen u. s. w.

lade ich hiermit ergebenst ein.

Bereitwilligste Vorlegung und Ansicht jedes gewünschten Artikels ohne Kaufaufforderung.

Wer von den **nur guten Qualitäten** zu solch aussergewöhnlichen Preisen Kenntniss genommen haben wird, soll und wird dauernder Abnehmer werden.

Herrmann Schlesinger,

Pücklerstrasse 39.

Direct von Aachen!!

weltberühmt durch **prämiirte erstklassige** Tuche, liefern wir zu **bekannt** bill. Preisen
Herren-Anzug- und Paletotstoffe vom **einfachsten** bis **elegantesten.**
Tausende Anerkennungsschreiben!
Grosse Musterauswahl **franco** an Jedermann. Keine **Kaufverpflichtung.**
Monopol-Cheviot unsere **berühmte** Specialität, schwarz, blau, braun, 3 mtr. zum soliden, gediegenen Anzug, für **Mk. 12.**
Garantie für reine Wolle und echte Farbe. Die durch unsere Bücher bewiesene Zahl von **30000** Kunden bestätigen unsere hervorragende Leistungsfähigkeit.
Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.

Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden
preisgekrönten dänischen Kautabak
aus der größten Tabaksfabrik Dänemarks **C. W. Obel, Aalborg** und **Kopenhagen.** — **General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8.** Telephon-Amt VII 3861. 5404L*

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

„Hülfe!" „Hülfe!"

Ohne ärztliche Untersuchung

kann jede männliche sowie auch **Jede weibliche Person** im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse **„Hülfe"** für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. **Aufnahme kostenlos** im Bureau der **„Hülfe"**, Berlin SO, **Skalitzerstr. 82, I** (am Schlesischen Thor).

Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! [6190L*

Central-Festsäle Central-Theater.

Fernsprecher Amt IV No. 2770. **Alte Jakobstr. 32.** Fernsprecher Amt IV No. 2770.

Vergröss. Festsäle mit neuer Bühne
und elektrischem Licht.

Säle für Gesellschaften, Hochzeiten, Festlichkeiten und **Versammlungen** von 100 bis 1000 Personen.
Einige Sonnabende und Sonntage noch frei.
Gefl. Bestellungen erbitte in meiner Stehbierhalle.

6007L* **Franz Müller.**

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22.

Elektromonteur-Kursus.

Praktische und technische Ausbildung. [1312b
Montag, Mittwoch und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Seydelstrasse 30a.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131. Koulante Zahl.-Bed. **H. & M. Lewent.** Beamten ohne Anzahl.

Für 3 Mark

Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht

im Riesenstofflager
14. Kronenstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. [6059L*

Gr. Möbelverkauf,

passende Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 15, Möbel-Ausstattungsmagazin, sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verliehen gewesenen und zurückgesetzten Möbel, Kleiderspind 20, Küchenspind, Kommoden 15, Bettstelle mit Matratze 20, nußbaumfournirte Kleiderspinden und Wäschespinden 36 Mark, Muschelspinden und Vertikow 36, französische Muschelbettstellen mit Matratzen 40, Säulen-Kleiderspinden, Trumeaux, Plüschgarnitur 60 Mark, Buffets, Koulissentische, Paneelsofas, Damen-, Herrenschreibtische. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportirt. 5196L*

---

ff. Harzer Kanarien-Roller

mit prachtvollen Touren, Licht- und Kunstsänger, à St. 6, 8 10 u. 12 M., 3 St. 15, 20, 25 u. 30 M. mit Porto u. Verpackung; gebe dieselben 14 Tage auf Probe, jedoch nur gegen Nachn. oder Betrag vorher einsenden. Anfr. mit Retourmarke an 6133L*
L. G. Müller, Vogelzüchterei in Nordhausen a. Harz.

Maler!
Privat-Schule
für Dekorationsmalerei.
Blumenmalen, Modern (Englisch) etc.
10 Stunden wöchentl. Monat 10 M.
Oskar Hüttel, Dek.-Maler.
Beusselstr. 65.
Anmeldungen: Sonntag 9—2, Mittwoch 7—9 Restaur. **Robakowsky,** Wielefstr. 3 (Ecke Bredowstraße).
Beginn: Anfang Oktober. [6096L*

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 6165L*

Theilzahlung

ohne Preiserhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.

Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor. 18

Jeden Morgen
von 7 Uhr ab: Verkauf von **Lieferen, Rückenfett, Knochenfleisch 2c., Bratenschmalz,** sowie alle übrigen **Fleisch- und Wurstwaaren** z. billigst. Preisen.
Wurstfabrik
Wilhelmstr. 56,
Hof rechts. [1327L*

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst Frankfurter Allee 110 I,** Ecke Königsbergerstr.

Großer Möbelverkauf
Neue Königstr. 59.

In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Theilzahlungen unter den kulantesten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt.

Möbel auf **Theilzahlung**
Gr. Frankfurterstr. 34
S. Lichtenthal
Ausstattungs-Magazin, altes renom. Geschäft, besteht schon über 20 Jahre.

Wegen Räumung.

Gardinen und [61422*
Stores,
crême und weiss, fabelhaft billig.
Gardinen-Lager
J. Adler, Teppichhaus
Spandauerstrasse 30,
gegenüber dem Rathhause.

Wichtig für Brautleute!

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause.
Bukow, Tischlermeister, **Invaliden-Straße 13.**

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden. Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8
Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Große Hamburgerstr. 20. I.

Betten, Steppdeck., Gardin., Portiär., Stores, Wäsche, Wollfeldecken, **Winterpaletots,** Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoiruhren, Operngläs. verk. spottbill.
Pfandleihe, Neanderstr. 6.

Sophastoffe
auch **Reste**
in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** [6103L*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Viel billiger wie **Fleisch** sind **Seefische** direkt vom Küstenfangplatz **Geestemünde** (Nordsee).
Filialen von **Herm. Reinhold,** Geestemünde:
1. Wöhlertstrasse 1. 30. Weissenburgerstrasse 30. 24. Britzerstrasse 24.
Telephon Amt III. 3106.

Als **billigstes Volksnahrungsmittel** empfehle von täglicher Zufuhr:

ff. Nordsee-Lachs	Pfd. 20 Pf.	ff. grossen Schellfisch	Pfd. 25 Pf.	ff. Seehecht	Pfd. 30 Pf.	ff. Seezungen	Pfd. 120 Pf.
im Ausschnitt	„ 30 Pf.	ff. „ Cabliau zum Braten und Kochen	„ 20 Pf.	ff. Austernfisch	„ 30 Pf.	ff. gr. Scholle (Goldbutt)	„ 40 Pf.
ff. Bratflundern	Pfd. 20-25 Pf.	ff. Dorsch	„ 20 Pf.	ff. Rotzungen	„ 30 Pf.	ff. Goldbarsch (Seezander)	„ 25 Pf.
ff. Schellfisch zum Braten	Pfd. „ 15 Pf.	ff. See-Aal	„ 20 Pf.	ff. Steinbutt	„ 100 Pf.	ff. Flusszander	„ 55 Pf.
ff. mittel „	„ 20 Pf.			ff. Knurrhahn	„ 20 Pf.	ff. Heilbutt	„ 55 Pf.

Täglich ff. Räucherwaaren und Marinaden zu niedrigsten Preisen.

Seefisch ist das billigste Volks-Nahrungsmittel und ersetzt das Fleisch vollständig.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Sozialistische Presse Deutschlands.

IV. Quartal 1898.

Zentral-Organ.

„Vorwärts" Berliner Volksblatt, Beuthstr. 2, SW. 19
Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit." Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furthbachstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Altenburg „Altenburger Volkszeitung" Kunstgasse 12.
Bant „Norddeutsches Volksblatt" Neue Wilhelmshavenerstraße 38.
Bielefeld „Volkswacht" Schulstr. 20.
Bochum „Volksblatt" Johanniterstr. 10.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung", „Märkisches Volksblatt", St. Annenstr. 33.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund" Kannengießerstr. 13.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung" Haukenstr. 21/22.
Bremerhaven „Norddeutsche Volksstimme" Am Markt 6.
Breslau „Volkswacht" Neue Graupenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck" Hohenthorstr. 2.
Dortmund „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung" Westenhellweg 120.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung" Zwingerstr. 22.
Düsseldorf „Niederrheinische Volkstribüne" Graf Adolphstraße 43.
Elberfeld-Barmen „Freie Presse" Kleine Klotzbahn 10.
Erfurt „Tribüne" Futterstr. 7 p.
Frankfurt a. M. „Volksstimme" Großer Hirschgraben 17.
Fürth „Fürther Bürger-Zeitung" Königstr. 95.
Gera „Reußische Tribüne" Zschochern 54.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle" Geiststr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo" Gr. Theaterstr. 44.
Harburg „Volksblatt" Großer Schippsee 4 p.
Hannover „Volkswille" Burgstr. 9.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung" Lorenzstr. 23.
Kiel „Schleswig-Holstein'sche Volks-Zeitung" Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung" St. Agatha 3.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung" Mittelstr. 6/7.
Ludwigshafen „Pfälzische Post" Oggersheimerstr. 10.
Lübeck „Lübecker Volksbote" Johannisstr. 50.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt" Altstadt 20.
Magdeburg „Volksstimme" Breiteweg 127.
Mainz „Mainzer Volkszeitung" („Hessische Volksstimme") Margarethengasse 13.
Mannheim „Volksstimme" R. 3, 14.
München „Münchener Post" und „Augsburger Volkszeitung" Senefelderstr. 4 I.
Nürnberg „Fränkische Tagespost" Weizenstr. 12.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt" Große Marktstr. 25.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt" Rosmaringasse 15.
Stettin „Volks-Bote" König Albertstr. 15.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht" Furthbachstr. 12.
Würzburg „Fränkische Volkstribüne" Stifthaugerpfaffengasse 3.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Burgstädt „Die Volksstimme" Augustusstraße.
Chemnitz „Der Beobachter" Gartenstr. 29.
Crefeld „Niederrheinische Volkstribüne" Brettstr. 44.
Dessau „Volksblatt für Anhalt" Landstr. 38.
Dortmund „Westfälische Volkstribüne" Lüdenscheid, Louisenstr. 7.
Dresden „Der Volksfreund" Gerbergasse 1.
Falkenstein „Vogtländische Volkszeitung", Anzeiger für Stadt und Land.
Forst i. L. „Märkische Volksstimme" Frankfurterstr. 11.
Gotha „Volksblatt für die Herzogthümer Coburg und Gotha" Mohrenberg 7.
Greiz „Reußische Volks-Zeitung" Untere Silberstr. 1.
Halberstadt „Halberstädter Arbeiterzeitung" Bakenstr. 37.
Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne" Knochenstr. 32 p.
Offenburg i. B. „Volksfreund" Kesselstraße 12.
Rostock „Mecklenburgische Volkszeitung" Hopfenmarkt 19.
Solingen „Bergische Arbeiterstimme" Kaiserstr. 29.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt" Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Aachen „Aachener Volksblatt" Kurhausstr. 14.
Breslau „Die Wahrheit" Neue Graupenstr. 5/6.
Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt" Bahnhofstr. 23.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge" Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Saalfeld „Thüringer Volksfreund" (Thür. Waldpost) Rosmaringasse 15.
„Thüringer Volksblatt" (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 15.
„Neustädter Volksblatt" Rosmaringasse 15.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Bant „Die Nord-Wacht" Neue Wilhelmshavenerstr. 38.
Berlin „Gazeta Robotnicza" Andreasstr. 78a.
Braunschweig „Der Landbote" Kannengießerstr. 13.
Essen „Der Weckruf" Brüningstr. 8a.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung" Kirchenplatz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung" Bakenstr. 37.

Monatlich einmal erscheinend.

Hanau „Der Bauernfreund" Philipp Ludwigs-Anlage 9.

Witzblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon" Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob" Furthbachstr. 12.

Illustrirte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden" Beuthstr. 2 SW. 19. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt" Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

IV. Quartal 1898.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer", Seeburgstr. 3/5.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaaren-Industrie", Wilhelmstr. 2, parterre.
Berlin „Die Ameise", Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Marchstr. 22 I.
„Bildhauer-Zeitung", Neanderstr. 3.
„Allg. Fahr-Zeitung", Schützenstr. 58.
„Der Gastwirthsgehilfe", Judenstr. 36.
„Der Steinarbeiter", Rixdorf, Steinmetzstr. 14.
Bochum „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung".
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung", Langestr. 100 I.
Burgstädt „Der Textilarbeiter", Marienstr. 285.
Gotha „Schuhmacher-Fachblatt", Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands", Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 8 I.
„Der Arbeiter" (für Bau- und Hilfsarbeiter) Eilbeck, Konventstr. 5.
„Glück auf!" (für Former), Hamburg-Eilbeck, Konventstr. 5.
„Der Grundstein" (für Maurer), St. Georg, Neue Brennerstr. 19 I.
„Holzarbeiter-Zeitung", Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.
„Bruder Schmied", Uhlenhorst, Herderstr. 21, Haus 8 II.
„Fachzeitung für Schneider", Lehmweg 41 II.
„Vereins-Anzeiger für Maler ꝛc.", Barmbeck, Vogelweide 19.
„Der Zimmerer", Barmbeck, Fehlerstr. 28 I.
Leipzig „Buchdrucker-Wacht", Mittelstr. 7.
Leipzig „Der Tabakarbeiter" (für Zigarrenarbeiter), Mittelstr. 7.
Leipzig-Schkeuditz „Graphische Presse", Schkeuditz.
Linden-Hannover „Brauer-Zeitung", Falkenstr. 29 II.
Löbtau-Dresden „Der Fachgenosse" (für Glas-, Porzellan- u. Thonwaaren-Arbeiter), Reisewitzerstr. 34.
Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung", Weizenstraße 12.
Offenbach a. M. „Die Glaser-Zeitung".
Stuttgart „Buchbinder-Zeitung", Heusteigstr. 30.
„Der Handschuhmacher", Eierstr. 21 II.
Zwickau „Glück auf!" (für Bergarbeiter), Rosenstraße 25 II.

Monatlich dreimal erscheinend.

Berlin „Der Töpfer" (Fachblatt für Töpfer und Ziegler), Rosenthalerstr. 57.

Alle 14 Tage erscheinend.

Altenburg „Einigkeit", Publikationsorgan für die deutschen Müller und Konditoren, Pfeffer- und Lebküchler-Verbände, Mauergasse 4b.
Berlin „Der Courier", Zentralorgan für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, C., Heiligegeiststraße 15, Hof part.
„Die Einigkeit", Organ der Vertrauensmänner-Zentralisationen Deutschlands, Dresdenerstr. 110 IV.
„Die Gewerkschaft", Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen städtischen Betrieben, Berlin 14, Neue Jakobstr. 26.
„Der Handels-Angestellte", N., Schönhauser Allee 151.
„Der Handels-Hilfsarbeiter", Organ für alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands, C., Kommandantenstraße 25 I.
„Lederarbeiter-Zeitung", N., Prinzen-Allee 90.
„Sattler- und Tapezirer-Zeitung", N., Invalidenstraße 118.
Allg. Steinsetzer-Zeitung", NW., Waldenserstr. 18.
„Solidarität", Organ aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Chausseestraße 53.
Braunschweig „Barbier- u. Friseur-Zeitung", Rosenhagen 5.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung", Buchgasse 10.
Hamburg „Deutsche Bäcker-Zeitung", Organ des Bäcker-Verbandes, Ibastr. 15/17.
„Der Schiffszimmerer", Eilbeck, Konventstr. 5.
„Gärtner-Zeitung", Organ für die Interessen der Gärtner und ihrer freien Vereinigungen, Marktstraße 10, H. 1 p.
„Handlungsgehilfen-Blatt", Grindelthal 11.
„Der Kupferschmied", Eilbeck, Wandsbecker Chaussee 180 II.
„Der Seemann", Konventstr. 5.
Hannover „Der Proletarier" (für Fabrik- ꝛc. Arbeiter und Arbeiterinnen), Burgstr. 41.
Leipzig-Reudnitz „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure", Kohlgarten 30 I. Georg Wagner.
„Correspondenzblatt der Tapezirer", Gemeindestr. 19 I.
Pforzheim „Der Goldarbeiter", St. Georgenstr. 50.
Stuttgart „Die Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Furthbachstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Der Bäcker", Organ für die Interessen der Bäckergesellen Berlins und Umgegend, Klosterstr. 101.
„Correspondenz-Blatt des Verbandes der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands", Chausseestr. 43, 4 Tr.
Der Bureau-Angestellte", N., Arkonaplatz 3 II.
„Deutscher Maschinist und Heizer", Organ der Maschinisten und Berufsgenossen Deutschlands, SO., Pücklerstr. 55.

• • •

Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir zu Beginn jeden Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Adreß- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns behufs Vormerkung mittheilen zu wollen.

Berlin, den 3. Okt. 1898. **Der Parteivorstand.**

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bureau-Angestellte! Heute Abend 8½ Uhr findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal) eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr P. Litfin über: „Die Bedeutung gewerkschaftlicher Vereinigung für die Bureau-Angestellten" und Herr G. Bauer über: „Stellungnahme zu den Wahlen der Delegirten der Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, der Versicherungs-Gesellschaften ꝛc. beschäftigten Personen" referiren werden. Wegen der Bedeutung der Tagesordnung bitten wir um zahlreiche Betheiligung.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der klassenbewußten Handlungsgehilfen Deutschlands ist jetzt einen großen Schritt vorwärts gekommen. Als vor zirka 10 Jahren die ersten Versuche einer Organisation der Handlungsgehilfen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung unternommen wurden, mußte man sich auf die Errichtung lokaler Organisationen beschränken. Stärker und stärker trat aber das Bedürfniß einer zentralen Organisation hervor. Der erste Handlungsgehilfen-Kongreß, der Ostern 1896 zu Berlin stattfand, erklärte sich im Prinzip für eine Zentralorganisation und beauftragte die Agitationskommission, die nothwendigen Schritte für die Errichtung einer solchen zu veranlassen. Unglücklicherweise trat bereits Anfang 1897 eine Spaltung ein und eine Anzahl lokaler Organisationen verschmolzen sich zu einem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, der seinen Sitz in Hamburg erhielt. Dem in Berlin erscheinenden „Handels-Angestellten" erstand ein Konkurrenzblatt in dem Organ des Zentralverbandes. Die drei größten lokalen Organisationen: Berlin, Dresden und München, und auch Stuttgart, hatten sich dem Zentralverbande nicht angeschlossen. Die Folge war, daß weder der Zentralverband, noch die lokalen Organisationen sonderliche Fortschritte machten. Eine Vereinigung der verschiedenen Organisationen wurde unumgänglich nothwendig. Im Juli dieses Jahres wurden von Berlin aus Einigungsverhandlungen eingeleitet, die am Sonntag ihren Abschluß gefunden haben. Auf einer Zusammenkunft von Vertrauensleuten aus Berlin, Dresden und München, sowie einem Vertreter des Zentralverbandes wurde vorgestern die Auflösung der drei „Freien Vereinigungen der Kaufleute" und der Anschluß an den Zentralverband beschlossen. Das Organ des Verbandes erscheint vom 1. November ab in Berlin; der Redakteur desselben wird aus der Mitte der Berliner Kollegen gewählt. Mit dieser Verschmelzung ist eine einheitliche Organisation unter den wenigen klassenbewußten Handlungsgehilfen endlich erreicht worden, und es ist kein Zweifel, daß jetzt die sozialistischen Ideen unter den Handlungsgehilfen eine weitere Verbreitung gewinnen werden. Die Mitgliederzahl des Zentralverbandes ist infolge der Verschmelzung von 400—500 auf etwa 1000 gestiegen. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern freien Rechtsschutz und Unterstützung bei Stellenlosigkeit; das Verbandsorgan wird gratis geliefert. Bisher war es den im Reiche verstreuten sozialdemokratischen Handlungsgehilfen schwer, sich für eine der bestehenden Organisationen zu entscheiden; aus diesem Grunde unterließen sie in der Regel einen Beitritt überhaupt. Nachdem eine Organisation geschaffen ist, werden auch sie derselben beitreten und ihr damit einen neuen Zuwachs zuführen. Die Geschäftsstelle des Verbandes ist Hamburg, Grindelthal 11.

Der Streik der Steinmetzen und Steinschleifer bei der Firma Heinig in Rostock dauert fort. Der Stand des Streiks ist für die Arbeiter günstig. Wird für Fernhaltung des Zuzuges gesorgt, muß die Firma die Forderung der Arbeiter anerkennen. — Es sind noch zu unterstützen: 3 ledige, 29 verheirathete Streikende mit 61 Kindern. 13 Steinmetzen sind abgereist und haben anderweitig Arbeit gefunden.

Aus Elmshorn wird uns geschrieben: „Zur Aussperrung sämmtlicher Lederarbeiter Elmshorns scheint der Streik in der Piening'schen Gerberei führen zu wollen. Wieder liegt der Fall vor, daß eine Unternehmerkoalition, hier die vereinigten Arbeitgeber der Lederbranche, die Lohnforderung der Arbeiter eines Etablissements zur Machtfrage für die gesammte Branche proklamiren. Die Arbeiter der Piening'schen Gerberei waren in den Ausstand getreten, weil sie sich die völlig unmotivirte Herabsetzung der Akkordsätze um mehr als 20 pCt. nicht gefallen lassen wollten. Schon in den Verhandlungen des als Einigungsamt von beiden Seiten angerufenen Gewerbegerichts hatte Herr Piening den krassesten Machtstandpunkt des Unternehmers insofern hervorgekehrt, als er Zugeständnisse, die er der Lohnkommission der Ausständigen kurz nach Beginn des Streiks gemacht hatte, zurücknahm und wörtlich erklärte: „Je länger der Streik dauert, desto weniger zahle ich und desto schärfere (!) Bedingungen stelle ich". Seien innerhalb 24 Stunden (!) seine Vorschläge von den Streikenden nicht akzeptirt, so betrachte er sie als nicht gemacht und stelle „noch niedere (!) Sätze". Dem Nachweis der Arbeitervertreter, daß in Hamburg z. B. bedeutend höhere Löhne in dieser Branche gezahlt würden, als in Elmshorn, begegnete Piening mit der Bemerkung, in Elmshorn sei die Wohnungsmiethe billiger, als in Hamburg, deshalb brauchten seine Arbeiter nicht soviel zu verdienen. Der Schiedsspruch des Einigungsamtes, der im wesentlichen Piening's Standpunkt sich zu eigen machte, wurde denn auch von den Arbeitern in öffentlicher Versammlung einstimmig abgelehnt. Und zwar war es weniger die Formulirung der Lohnfrage, welche die Zurückweisung der Vorschläge des Einigungsamtes herbeiführte, als der Umstand, daß der Schiedsspruch nicht die Maßregelung der Streikenden seitens des Fabrikanten klipp und klar ausschloß. Daraufhin faßte der „Verein der Arbeitgeber der Lederbranche in Elmshorn den Beschluß, von Montag den 3. Oktober ab in den hiesigen Betrieben keine Häute mehr einzuweichen und innerhalb 14 Tagen die Hälfte aller beschäftigten Arbeiter zu entlassen. Der Beschluß wurde der Lohnkommission der Lederarbeiter in einem Schreiben, das von den 16 Arbeitgebern der Lederbranche unterzeichnet war, zugestellt. Damit ist die Machtfrage aufgerollt und der Krieg in der frivolsten Weise erklärt. Es ist gar keine Frage, daß, wenn die Hälfte der Elmshorner Lederarbeiter aufs Pflaster geworfen wird, die andere Hälfte auch nicht ruhig weiterarbeiten wird. In diesem Sinne wird eine zu Montag einberufene Lederarbeiter-Versammlung zweifellos zu dem Unternehmer-Ukas Stellung nehmen.

In Leipzig sind die Klempner, Schlosser und Mechaniker der Acetylen-Gasapparat-Gesellschaft Prometheus in den Ausstand getreten. Sie fordern dieselben Löhne und Arbeitszeit, wie sie von der dortigen Innung gewährt werden.

Eine große Aktion war seitens der Mannheimer Staatsanwaltschaft gegen die dortige Boykottkommission, die anläßlich der letzten Brauereiarbeiterbewegung dort in Thätigkeit getreten war, eingeleitet worden. Sie sollte durch die Aufforderung zum Boykott verschiedener Brauereien und Wirthschaften „groben Unfug" verübt haben. Eine ganze Reihe Spießbürger traten als Zeugen auf; sie behaupteten, beunruhigt zu sein, indem sie zu befürchten hätten, nicht ruhig mehr ihren Schoppen trinken zu können. Half alles nichts! Der Gerichtshof stellte sich auf den Standpunkt, daß das große Publikum nicht beunruhigt sei, für die Art der Verbreitung seien die Angeklagten nicht verantwortlich zu machen. Die Mitglieder der Kommission sowohl als auch der Redakteur der „Volksstimme", der in seinem Blatte zum Boykott aufgefordert hatte, wurden freigesprochen.

Dagegen wurden der Verfasser und Verleger eines Boykott-Flugblattes zu 50 bezw. 25 M. Geldstrafe verurtheilt, weil angenommen wurde, die Angeklagten haben durch die Herausgabe desselben das Verbot des vorher verausgabten Flugblattes umgehen wollen.

Eine Konferenz pfälzischer Gewerbegerichte, die in Lambrecht tagte, beschloß, darauf hinzuwirken, daß die Urtheile der Gewerbegerichte, wenn sie als Einigungsamt fungiren, für Unternehmer und Arbeitnehmer bindend sein sollen.

Ausland.

In der Baumwollen-Weberei von Gedde in Kopenhagen ist, wie uns telegraphisch mitgetheilt wird, ein Streik ausgebrochen.

Partielle Bergarbeiter-Streiks sind auf der Grube Marihaye bei Lüttich und auf einigen Schächten bei Flému ausgebrochen. In beiden Fällen handelt es sich um eine geringe Erhöhung des bisherigen Lohnes, welche die Unternehmer nicht bewilligen wollten.

Versammlungen.

In der Versammlung der Zahlstelle 1 der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter berichtete Gutsch, daß das Stiftungsfest mit einem Defizit von 69,60 M. abschließe. Nach den Berichten des Kassirers betrug die Einnahme im dritten Quartal 1495,26 M., die Ausgabe 1269,26 M. Schlüter wird, da er die Beleidigung gegen die Lohnkommission öffentlich zurückgenommen hat, wieder zum Verein zugelassen. Körig weist den ihm gemachten Vorwurf, er habe die Löhne gedrückt, mit Entschiedenheit zurück. Schließlich wird noch mitgetheilt, daß Böttcher rechts und Schönrock links der Spree als Spediteure des Fachorgans bestimmt sind.

Friedrichsfelde. In einer öffentlichen Maurer-Versammlung, die am 28. September hier tagte, referirte Schulze-Berlin über die Lehren des letzten Maurerstreiks. Am Schlusse seines mit Beifall aufgenommenen Vortrages fordert der Redner die Anwesenden auf, den gegen das Koalitionsrecht geführten Kampf mit dem Massenbeitritt zur Organisation zu beantworten. Sodann wird die Gründung einer Zahlstelle Friedrichsfelde des deutschen Maurerverbandes beschlossen. Den Vorstand derselben bilden: Gluve, Schmolke, Hebold, Schulz, Henschel und Drele. Ferner wurde bestimmt, die Mitgliederversammlungen jeden Mittwoch nach dem ersten des Monats, abends 8 Uhr, bei Mömber, Wilhelmstr. 10, stattfinden zu lassen. Mit einem Hoch auf das Gedeihen der Zahlstelle schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Bildungsverein für Frauen und Mädchen in Rixdorf. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Christoph, Steinmetzstr. 54. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über: „Frauenkrankheiten". Frauen als Gäste willkommen. Männer haben keinen Zutritt.

Verein selbständiger Fensterputzer. Heute Abend: Sitzung im Vereinslokal.

Bureau-Angestellte. Große öffentliche Versammlung: heute Abend 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, großer Saal. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung gewerkschaftlicher Vereinigung für die Bureau-Angestellten. 2. Stellungnahme zu den Orts-Krankenkassen-Wahlen. Referenten: P. Litfin und G. Bauer.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet während der Parteitagswoche am Dienstag, den 4., Donnerstag, den 6., und Freitag, den 7. Oktober, abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

N. H. Es gab zwei verschiedene Kriegsminister mit denselben Familiennamen.

O. L. Ohne weiteres, wenn bereits zwei überwachende Beamte vorhanden sind.

200 Ohligs. Ganz richtig, so sehen blödsinnige Verleumdungen aus. In der Mitte der 60er Jahre lehnten vielmehr Männer wie Karl Marx, Wilhelm Liebknecht und Robert Schweichel ihre Mitarbeiterschaft für die „Nordd. Allg. Zeitung" und den „Preußischen Staats-Anzeiger" ab. Das sind geschichtliche Thatsachen, woran auch das stärkste Hornvieh nicht rütteln kann. Brief folgt.

M. L., Marienburgerstraße. Könnte die Frau nicht einmal zu uns kommen?

E. W., Dunckerstraße. Es kam in diesem Falle wohl mehr darauf an, daß der Schutzmann die Wahrheit beschworen hat, als darauf, wie er dies that.

O. G. Vielleicht hilft Ihnen das Wöchnerinnenheim im Krankenhause am Urban.

Blankoller. Die Angelegenheit ist am 1. Oktober auch von uns in der Gerichtszeitung behandelt worden.

S. 100. Vor etwa drei Jahren war unseres Wissens eine zeitlang eine Pferdebahn-Linie Kreuzbergstraße—Tegeler Chaussee eingerichtet.

Berliner
Genossenschafts-Bäckerei

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht)

Neue Hochstr. 18 Schutz- Marke. **Plan-Ufer 16.**

Telephon: Amt III Nr. 2931.

Arbeiter, Parteigenossen!

Das Brot ist unstreitig das wichtigste Volksnahrungsmittel; und doch wird der Art seiner Zubereitung und seiner Qualität von seiten der am meisten Brot essenden Bevölkerung den Arbeitern, wenig Interesse entgegengebracht.

Im Jahre 1892 wurde in mehreren Volksversammlungen die Gründung einer Genossenschafts-Bäckerei beschlossen, um der Arbeiterschaft ein wirklich gutes Brot zu liefern. Die Hoffnung, die man auf dieses Institut gesetzt, erfüllten sich nicht. Da man auf diesem Gebiet zu wenig Erfahrung hatte, ging das Geschäft zu grunde. Wir Arbeiter, die wir in der Genossenschafts-Bäckerei gearbeitet, hatten aber die feste Ueberzeugung, daß bei richtiger Leitung eine Genossenschaft in dieser Branche wohl bestehen könnte und gründeten unter dem Namen **Berliner Genossenschafts-Bäckerei** eine neue Genossenschaft.

Nach zweijährigem Bestehen können wir zufrieden sein. Denn durch eine streng reelle Bedienung unserer Kundschaft stieg unsere Produktion von 700 Stück Broten à 0,50 M. auf 3000 Stück täglich. Durch unseren großen Umsatz sind wir nicht nur in der Lage, allen in unserem Betriebe beschäftigten Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu bieten, sondern können auch unserer Kundschaft ein Brot liefern, welches, was Güte und Schmackhaftigkeit anbetrifft, von keinem anderen Brot erreicht wird.

Darum, Genossen, unterstützt uns durch Entnahme unseres Brotes dahin, daß wir in die Lage kommen, noch bedeutend mehr Arbeiter zu beschäftigen. Es arbeiten bis jetzt 19 Mann im Betriebe. Unser Gewinn kommt nicht einem einzelnen zu gute, sondern kann nur laut Statut zu Geschäftserweiterungen verwendet werden. Wir geben Euch das Versprechen, unser ganzes Können daran zu setzen, den ganzen Betrieb dahin umzuwandeln und zu vergrößern, daß ein jeder Genosse mit Stolz von dem Geschäft sagen kann: Es wurde von Arbeitern gegründet und es wird von Arbeitern geleitet und es geht alles gut. Namentlich Ihr Frauen, kauft in den Geschäften nur unser Brot, ein Versuch wird Euch überzeugen, daß Ihr, die Ihr auch mit jedem Pfennig rechnen müßt, von uns ein preiswerthes und namentlich gutes, reines Roggenbrot bekommt; jedes Brot trägt unsere Schutzmarke. Man achte genau darauf, weil vielfach versucht wird, minderwerthe Waare für unser Produkt zu verkaufen.

Der Vorstand.

R. Kelm, Kassirer. K. Petersohn, Geschäftsführer.

In folgenden Geschäften ist unser Brot **täglich frisch**

à 25 Pf., 50 Pf., 75 Pf. und 1,00 Mark

zu haben:

Norden.

Ackerstr. 79, **Freiberger.**
Ackerstr. 129, **Tappert.**
Ackerstr. 56, **Jonas.**
Ackerstr. 46, **Griepentrog** (liefert frei Haus).
Antonstr. 34, **Ladschofski.**
Brunnenstr. 61, **May.**
Brunnenstr. 85, **Lietzke.**
Brunnenstr. 93, **Körner.**
Buchholzerstr. 6, **Steuigke**
Burgsdorfstr. 5, **Drescher.**
Boyenstr. 8, **Kroll.**
Christianenstr. 6, **Degen.**
Chausseestr. 104, **Pawlitzki.**
Demminerstr. 23, **Rükfort.**
Diedenhofenerstr. 4, **Blankenburg.**
Gartenstr. 54, **Schulz.**
Gartenstr. 148, **Lehmann.**
Gartenstr. 157, **Wellron.**
Gartenstr. 2, **Puhle.**
Gartenstr. 82, **Nilius.**
Hussitenstr. 31, **Scholz.**
Hochmeisterstr. 31, **Dähne.**
Jadmunderstr. 20, **Becker.**
Invalidenstr. 11, **Prusch.**
Kastanien-Allee 49, **Kösling.**
Kösliner Str. 11, **Knorr.**
Lortzingstr. 10, **Nawrodt.**
Lottumstr. 16, **Peters.**
Müllerstr. 34, **Petz.**
Müllerstr. 163a, **Krüger.**
Müllerstr. 7a, **Gleinert.**
Oderbergerstr. 44, **Kaiser.**
Pappel-Allee 22, **Masuch.**
Pankstr. 24b, **Hensing.**
Reinickendorferstr. 46, **Freier.**
Rheinsbergerstr. 22, **Hübner.**
Ryksstr. 44, **Muchnow.**
Saarbrückerstr. 31, **Brenner.**
Swinemünderstr. 42, **Oestmann.**
Swinemünderstr. 88, **Stahn.**
Swinemünderstr. 104, **Klemmt.**
Schliemannstr. 16, **Brusch.**
Schwedterstr. 33, **Dierke.**
Schönholzerstr. 16, **Lühmann.**
Stralsunderstr. 64, **Neumann.**
Strasburgerstr. 32, **Hanneke.**
Streliterstr. 40, **Matthies.**
Veteranenstr. 2, **Löwe.**
Wollinerstr. 15, **Kolofski.**
Weißenburgerstr. 26, **Wiegand.**
Wedding 8, **Blättermann.**
Wiesenstr. 15, **Stolzenburg.**
Wiesenstr. 29a, **August.**
Wildenowstr. 6, **Georg.**
Zehdenickerstr. 14, **Löwe.**

Gesundbrunnen.

Biesenthalerstr. 17, **Tauzki,** liefert frei Haus.
Freienwalderstr. 21, **Reetz.**
Prinzen-Allee 62—63, **Tiez.**
Prinzen-Allee 52, **Stein.**

Nord-Osten.

Barnimstr. 46, **Helke.**
Barnimstr. 3, **Nauer.**
Bödikerstr. 1, **Parchen.**
Bödikerstr. 10, **Parchen.**
Borsdorferstr., Genossenschaftshaus, **Wendling.**
Fürstenwalderstr. 6, **Nintisch,** liefert frei Haus.
Fruchtstr. 62, **Leme.**
Georgenkirchstr. 12, **Vogeler.**
Königsbergerstr. 11, **Wittig.**
Hildeberstr. 7, **Ewald.**
Hildeberstr. 2, **Wulf.**
Langestr. 96, **Palleit.**
Liebigstr. 11, **Radau.**
Memelerstr. 23, **Tannenberg.**
Memelerstr. 51, **Schwalbach.**
Memelerstr. 50, **Sommerfeld.**
Mühlenstr. 60, **Parchen.**
Pallisadenstr. 21, **Kind.**
Pallisadenstr. 54, **Müller.**
Posenerstr. 21, **Glöthe.**
Petersburgerstr. 78, **Kaufmann.**
Rüdersdorferstr. 18, **Maaß.**
Warschauerstr. 29, **Wegemund.**
Zorndorferstr. 52, **Moritz.**

Moabit.

Beusselstr. 79, **Kynast.**
Beusselstr. 9, **Kroschinski.**
Beusselstr. 29, **Eichmann.**
Havelbergerstr. 15, **Klatt.**
Huttenstr. 3, **Schulz.**
Jagowstr. 17, **Faul.**
Lessingstr. 32, **Bartsch.**
Lübeckerstr. 8, **Keul.**
Quitzowstr. 129, **Schulz.**
Rostockerstr. 3, **Franke.**
Rostockerstr. 5, **Böhm.**
Rostockerstr. 26, **Schulze.**
Rostockerstr. 46, **Steputat.**
Siemensstr. 3, **Windmüller.**
Salzwedelerstr. 9, **Sachse.**
Sickingenstr. 2, **Muchow.**
Stephanstr. 23, **Pieper.**
Waldstr. 3, **Hartmann.**
Wittstockerstr. 6 **Unbehauen.**
Wittstockerstr. 4, **Köppen.**
Waldenserstr. 21, **Drendel.**
Wilhelmshavenerstr. 50, **Kröger.**
Zwingliestr. 16, **Selö.**

Süd-Osten.

Adalbertstr. 15, **Noak.**
Adalbertstr. 21, **Glaubig.**
Admiralstr. 19, **Barnak.**
Böckhstr. 49, **Köppen.**
Brixerstr. 38, **Müller.**
Cuvrystr. 30, **Sardeller.**
Cuvrystr. 32, **Waalk.**
Cuvrystr. 22, **Kriesel.**
Cuvrystr. 45, **Helfer.**
Dieffenbachstr. 76, **Berger.**
Dieffenbachstr. 26, **Fieseke,** liefert frei ins Haus.
Falckensteinstr. 29, **Scholz.**
Falckensteinstr. 12, **Mörike.**
Forsterstr. 21, **Fiege.**
Gräfestr. 8, **Plaß.**
Gräfestr. 68, **Fuhrmeister.**
Görlitzerstr. 72, **Leppak.**
Görlitzerstr. 67, **Donath.**
Görlitzerstr. 43, **Winkler.**
Grünauerstr. 33, **Bücher.**
Glogauerstr. 29, **Andrä.**
Kottbuserstr. 18, **Halfpap.**
Kottbuserstr. 11, **Arbeiter-Konsumverein Befreiung.**
Kottbuser-Ufer 58, **Petras.**
Kottbuser-Ufer 44, **Faust.**
Kottbuser-Ufer 72, **Purrmann.**
Köpnickerstr. 126, **Legler.**
Köpnickerstr. 112, **Weigel.**
Lausitzerstr. 20, **Röhle.**
Lausitzerstr. 38, **Etzin.**
Liegnitzerstr. 3, **Görsch.**
Liegnitzerstr. 39, **Schulz.**
Liegnitzerstr. 15, **Kästner.**
Lübbenerstr. 26, **Müller.**
Mariannenstr. 33, **Meier.**
Mariannenstr. 41, **Schulze.**
Maibach-Ufer 4, **Knuth.**
Manteuffelstr. 38, **Sommern.**
Manteuffelstr. 4, **Hamann.**
Manteuffelstr. 2, **Schulz.**
Manteuffelstr. 68, **Henniehenß.**
Moskauerstr. 47, **Melzer.**
Moskauerstr. 49, **Grimpe,** liefert frei Haus.
Reanderstr. 4, **Herrmann.**
Naunynstr. 9, **Fiedler.**
Naunynstr. 11, **Günther.**
Naunynstr. 21, **Hilger.**
Naunynstr. 65, **Krahel.**
Oppelnerstr. 42, **Lenz.**
Oppelnerstr. 32, **Werner.**
Ohmgasse 6, **Reich.**
Pücklerstr. 55, **Neumann.**
Reichenbergerstr. 162, **Grost.**
Reichenbergerstr. 171, **Klische.**
Reichenbergerstr. 149, **Fischer.**
Reichenbergerstr. 72, **Wittenberg.**
Reichenbergerstr. 142, **Helfer.**
Reichenbergerstr. 123, **Schlicht.**
Ratiborstr. 5, **Dietrich.**
Ratiborstr. 1, **Böttcher.**
Skalitzerstr. 94b, **Hennig.**
Skalitzerstr. 28, **Jonas.**
Skalitzerstr. 24a, **König.**
Skalitzerstr. 66, **Kerzel.**
Skalitzerstr. 126, **Block.**
Sorauerstr. 2, **Schwarzenstein.**
Sorauerstr. 29, **Jolldau.**
Schönleinstr. 33, **Zimmermann.**
Wendenstr. 4, **Lange.**
Wilmsstr. 7, **Aßmann.**
Wienerstr. 31, **Jeratsch.**
Wrangelstr. 101, **Engel.**
Wrangelstr. 109, **Balkenholl.**
Wrangelstr. 22, **Wilhelm.**
Wrangelstr. 119, **Kurko.**
Wrangelstr. 14, **Parchen.**
Wrangelstr. 75, **Kudraß.**
Wrangelstr. 63, **Beier.**
Wrangelstr. 68, **Neumann.**
Urbanstr. 119, **Menzel.**
Urbanstr. 124, **Kahl.**
Urbanstr. 36, **Berger.**

Rixdorf.

Berlinerstr. 94, **Busch.**
Berlinerstr. 14, **Horst.**
Falkstr. 7, **Homuth.**
Hermannstr. 230, **Glaubig.**
Kopsstr. 18, **Arbeiter-Konsum-Genossenschaft „Befreiung".**
Kaiser Friedrichstr. 236, **Moritz.**
Kaiser Friedrichstr. 241, **Manglus.**
Lessingstr. 32, **Libscher.**
Lessingstr. 30, **Homuth.**
Mühlenstr. 20 **Wagner.**
Mahlowstr. 31, **Göttled.**
Pannierstr. 6, **Duckert.**
Pannierstr. 53, **Buchholz.**
Prinz Handjerystr. 48, **Tasse.**
Ziethenstr. 30, **Jahn.**
Straße 20 1, **Kunst.**

Zentrum, Westen und Südwesten.

Albrechtstr. 5, **Neumann.**
Albrechtstr. 23, **Bauer.**
Arndtstr. 26, **Schmidt.**
Alexanderufer 5, **Laue.**
Annenstr. 47, **Utrecht.**
Alexandrinenstr. 44, **Brose.**
Alexandrinenstr. 122, **Marquardsen.**
Alexandrinenstr. 116, **Arnholz.**
Alexandrinenstr. 35, **Bischof.**
Alexandrinenstr. 39, **Lenkeit.**
N. Alexanderstr. 10—11, **Wittenberg.**
Beselstr. 4, **Steindiß.**
Dennewitzstr. 67, **Malike.**
Dresdenerstr. 105, **Wähnelt.**
Dresdenerstr. 51, **Bading.**
Fisherstr. 9, **Fischer.**
Fidicinstr. 16, **Günther.**
Gitschinerstr. 80, **Rinnemann.**
Grenadierstr. 15, **Frieseke.**
Grenadierstr. 26, **Löwe.**
Hollmannstr. 58, **Kunert.**
Hollmannstr. 2, **Ritzenhein.**
Heilige Geistkirchstr. 37, **Werner.**
N. Hamburgerstr. 4, **Genzmann.**
Jägerstr. 65, **Ziersch.**
Neue Jakobstr. 5, **Kretschmann.**
Kurfürstenstr. 172, **Toike.**
Katzlerstr. 8, **Guhl.**
Katzlerstr. 13, **Brink.**
Lindenstr. 111, **Küter.**
Lützowstr. 65, **Geigals.**
Marienstr. 12, **Schmidt.**
Markthalle Zimmerstraße, Stand 196, **Krumpelt.**
Markthalle Lindenstraße, Stand 236/37, **Scherzer.**
Planufer 15, **Freese.**
Planufer 76, **Amon.**
Ritterstr. 19a, **Suppek.**
Ritterstr. 14, **Striese.**
Solmserstr. 18, **Pioke.**
Stallschreiberstr. 8, **Heyprich.**
Steinmetzstr. 52b, **Pfeil.**
Tettowerstr. 41, **Mansfeld.**
Waterloo-Ufer 9, **Scherzer.**
Waterloo-Ufer 6, **Döring.**
Willibald Alexisstr. 16, **Wüsterhaus.**
Zossenerstr. 17, **Purrmann.**
Zossenerstr. 37, **Mix.**
Zossenerstr. 11, **Radke.**

Schöneberg.

Apostel Paulkirchstr. 28, **Gebert.**
Barbarossastr. 8, **Busche.**
Belzigerstr. 62, **Kahmarek.**
Belzigerstr. 3, **Manglus.**
Gleditschstr. 26, **Windmüller.**
Goltzstr. 30, **Buks.**
Gothenstr. 31, **Horn.**
Gothenstr. 28, Wirthschaftsverein Schöneberg.
Hauptstr. 7, **Beile.**
Herbertstr. 3, **Werner.**
Hohenfriedbergstr. 7, **Hannemann.**
Koburgstr. 15, **Beile.**
Koburgstr. 5, **Ehring.**
Kaiser Friedrichstr. 12, **Müller.**
Kaiser Friedrichstr. 4, **Schulze.**
Kaiser Friedrichstr. 6, **Lehmann.**
Kolonnenstr. 38, **Hoffmann.**
Kyffhäuserstr. 15, **Pommerenke.**
Kyffhäuserstr. 17, **Mosch.**
Merseburgerstr. 3, **Gerecht.**
Nollendorfstr. 38, **Schiller.**
Pallasstr. 13, **Kablitz.**
Sedanstr. 14, **Paul.**
Siegfriedstr. 9, **Sernau.**
Stubenrauchstr. 2, **Steinbach.**
Neue Winterfeldstr. 51, **Linke.**
Ziethenstraße, **Weichert.**

Charlottenburg.

Bleibtreustr. 5, **Gertig.**
Goethestr. 37/38, **Kliemke.**
Keithstr. 5, **Maier.**
Kleistr. 5, **Lukas.**
Kantstr. 55, **Röder.**
Kantstr. 109, **Sauermann.**
Kaiser Friedrichstr. 61, **Reimann.**
Mastenstr. 34, **Sump.**
Pestalozzistr. 100, **Binnetweiß.**
Pestalozzistr. 11, **Meude.**
Pestalozzistr. 17, **Müller.**
Pestalozzistr. 30, **Gudat.**
Pestalozzistr. 23, **Rehfeld.**
Potsdamerstr. 31, **Schimmak.**
Potsdamerstr. 19, **Wunsch.**
Potsdamerstr. 3, **Simon.**
Sophie Charlottestr. 27, **Marth.**
Spreestr. 2, **Grosch.**
Schlüterstr. 67, **Preuß.**
Schlüterstr. 69, **Höft.**
Schillerstr. 98, **Krüger.**
Schillerstr. 94b, **Rönnebek.**
Schillerstr. 92, **Pierow.**
Straße 6a, **Wend.**
Wallstr. 62, **Schulze.**
Wielandstr. 65, **Noak.**
Weimarstr. 32, **Bauß.**

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.